

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.20 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei im's Haus. Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags-Nummern mit Austr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Von Abonnenten: 3.20 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark, pr. Monat. Einzeln in der Post-Vertheilung-Freiliste für 1895 unter Nr. 7123.

Vorwärts

Ausfertigung-Gebühr beträgt für die fünfgrößte Zeitung oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Leitender Redakteur: Axel J. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 13. Dezember 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Zur Kampagne gegen Felix Faure.

(Eig. Bericht.)

Paris, 10. Dezember 1895.

Die Panamisten und Krantjunker in Rußland darüber, daß alle ihre Anschläge gegen das Kabinett Bourgeois sich gegen sie selber richten, suchen nun eine Kampagne gegen Felix Faure zu inszenieren, da sie es ihm nicht verzeihen können, daß er nach dem Sturz Ribot's Bourgeois mit der Bildung des Kabinetts betraut hatte. Durch ihre Hilfe gegen Brissou zum Präsidenten der Republik gewählt, betrachten sie es als einen von Faure an ihnen verübten Verrath, einem Radikalen die Minister-Präsidentenschaft übertragen zu haben. Anfangs hatten sie dies wohl als einen sehr geschickten Zug Faure's bezeichnet. Sie meinten nämlich, daß sich das Kabinett Bourgeois keine 48 Stunden werde halten können und so der Beweis geliefert werden würde, daß ihre Politik im Einklang mit den Wünschen des Landes und seiner Vertreter stehe und sie demzufolge allein berechtigt und befähigt seien, die Regierung zu bilden. Nun sie sich mit jedem Tage mehr enttäuscht sehen, mit jedem Tage mehr erfahren müssen, daß die Sympathie des Landes für das Kabinett Bourgeois in demselben Maße steigt als die Verachtung für dessen Vorgänger, suchen sie sich an Felix Faure zu rächen. Doch wagt dieses Gesindel nicht offen herauszutreten und sucht ihm darum auf Schlechtwegen vorzukommen. Es giebt keinen in der Kammer verkehrenden Zeitungs-korrespondenten, dem nicht schon seit vierzehn Tagen mit geheimnisvoller Miene zugerannt worden wäre, daß gegen Faure und seine nächsten Angehörigen solch gravirende Dinge vorlägen, daß er, wenn sie bekannt würden, keine 24 Stunden mehr Präsident der Republik bleiben könnte. Und all' dies sollte, wie geistelt ward, durch Dokumente bewiesen sein, die bald dem einen, bald dem andern Journal zum Ankauf angeboten worden seien. Es fiel mir natürlich nicht ein, diese in Finstern schleichenden Anschuldigungen auch nur andeutungsweise widerzugeben. Ich hätte derselben überhaupt nicht Erwähnung gethan, wenn sich nicht der bouapartistische Abgeordnete und politische Leiter des „Petit Caporal“, Herr Cunéo d'Ornano, mit folgendem, seinem in der Freitag's-Nummer erschienenen Leitartikel angehängten Postskript hervorgewagt hätte: „Wir werden morgen sagen, warum und wie der Kongress sich bald in Versailles infolge der fatalen Demission des Herrn Felix Faure versammeln und konstituirten bleiben wird, um die Verfassung zu revidiren.“ Der Morgen kam, aber anstatt der versprochenen Aufklärung kam vielmehr eine Verdächtigung der Radikalen und Sozialisten, eine Verdächtigung der Gegner der Konspiratoren. In einem „Die Demission des Herrn Felix Faure“ betitelten Artikel, in welchem einleitend darauf hingewiesen wird, daß der „Figaro“ dem vom „Petit Caporal“ übernommenen Postskript ein Fragezeichen angehängt hat, sagt nämlich Herr Cunéo d'Ornano: „Das ist indessen nicht unser Geheimniß, obwohl uns selber gewisse Aktenstücke — echt oder falsch — angeboten wurden, deren man sich bedienen wird, um Herrn Felix Faure in die Flucht zu jagen, wie man Herrn Casimir Perier in die Flucht gejagt hat, um ihn zur Abdankung zu zwingen. Nein, das ist kein Geheimniß mehr. Man will Herrn Felix Faure vorläufig noch schonen, aber unter der Bedingung, daß er gehorcht.“

In der That ist das kein Geheimniß mehr, in der That will „man“ gewisse Aktenstücke — echt oder falsch — gegen Herrn Felix Faure anspielen und ihn angeblich nur unter der Bedingung schonen, daß er gehorcht; aber nur mit dem Unterschied,

daß unter dem „man“ weder die Radikalen und noch weniger die Sozialisten zu suchen sind, die ja gerade in ihrem Kampfe gegen Casimir Perier gezeigt haben, daß sie nicht auf Schlechtwegen wandeln, ihre Gegner nicht meuchlings anfallen, sondern ihnen, allen Gefahren trohend, im offenen Kampfe offen entgegen-treten. Und jetzt, wo den Freunden und Stützen Perier's das Best entzissen ist, sollten sie auf einmal den Kampf derjenigen führen, deren Politik bei dem Regierungswechsel eine so arge Schlappe erlitten hat? Und welchen Sinn hätte es gar erst seitens der Radikalen, die eben durch die Verurteilung Bourgeois' als Ruder kamen, gegen Faure zu ziehen? Um so zu handeln, müßten sie ja gerade rein verrückt sein. Um wie viel glaubhafter erscheint es dagegen, wenn die „Agence libre“ mit Bezugnahme auf das obenangeführte Postskript meldete, daß dasselbe der Beginn einer Kampagne sei, deren Hauptlinien seit der Bildung des Kabinetts Bourgeois von den Gegnern des gegenwärtigen Regimes vorgezeichnet wurden, hinzufügend, daß die Kampagne erst in dem Momente zum Ausbruch kommen sollte, wo der Präsident der Republik vom Jaren die offizielle Ein-ladung erhalten haben würde, den im nächsten Frühjahr in Moskau stattfindenden Anordnungsfeierlichkeiten beizuwohnen, und daß Herr Cunéo d'Ornano diesem Datum voran-geeilt sei, da jüngst noch die Parole ausgegeben war, die ausländischen Korrespondenten zu inspiriren und diese Kampagne in den englischen und italienischen Blättern zu beginnen. Als die Seele dieser Kampagne ward der ehemalige boulangistische Abgeordnete von Tours, Jules Delahaye, bezeichnet, dessen Standhaftigkeit wie reaktionäre Bestrebungen nur allzu be-kannt sind.

Indessen wurde immer weiter geistelt und den Sozialisten, je weniger sie sich geneigt zeigten, das schmutzige Geschäft ihrer Gegner zu verrichten, immer mehr die Absicht zugeschoben, Faure vernichten zu wollen, wie sie Perier vernichtet haben. Die Herren hofften eben, daß die Sozialisten schließlich doch anbeifen würden. Anstatt dessen kommt heute die „Petite République“ und macht alle ihre Hoffnungen zu Schanden. Weit entfernt, einen Feldzug gegen Faure zu eröffnen, deckt sie nämlich den ganzen Plan der feigen Urheber dieses Feldzuges auf und tritt zugleich all' die im Dunkeln ausgeführten Verdächtigungen und Verleumdungen nieder, indem sie die Thatfachen ans Tageslicht zieht, um welche diese Schurken ihr Lügengewebe weben und als Waffen gegen Faure gebrauchten. Diese Thatfachen sind nun kurz folgende: Im März 1881 heirathete in Amboise ein Fräulein Guinot einen Anwalt namens Belluet, der drei Monate darauf durchbrannte und wegen mehrfacher Veruntreuungen in contumaciam zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden war. Seine im schwangeren Zustand zurückgelassene Frau gebar im Februar 1882 ein Mädchen, das von einem ihrer Oheimen erzogen und 1862 die Frau des gegenwärtigen Präsidenten der Republik wurde. Ihr Vater, den sie nie gekannt hat, starb 1848 in Pamplona, und hatte der Familienrath namens des Kindes auf die Erbschaft Verzicht geleistet. Felix Faure hatte bereits 1861, da er in einer Lederfabrik in Amboise angeheiratet war, um des Mädchens Hand angehalten, es aber erst vier Jahre später, nachdem er in Havre ein eigenes Geschäft gegründet hatte, als Frau heimgeführt. Bevor er jedoch die Zulage erhalten wurde ihm erst vom obigen Mittheilung gemacht, worauf Herr Faure, was jeder rechtschaffene Mann nur billigen kann, ge-antwortet, daß Fräulein Belluet nicht für die Schuld ihres Vaters verantwortlich sei.

Das ist alles. Mit recht sagt darum die „Petite République“, man ziehe welchen Arbeiter immer zu Rathe, erzähle ihm die Sache und frage ihn um seine Ansicht; er würde antworten, daß Felix Faure recht gehandelt hat.

Was wird nun die Bande, die sich an Felix Faure rächen will, weil er das Kabinett Bourgeois zu den Geschäften bernfen, jetzt gegen ihn aussindig machen? . . .

Sächsischer Landtag.

(Eigener Bericht.)

Dresden, 10. Dezember.

Die Feigheit und die Furcht vor der Sozialdemokratie hat unter den Kartellbrüdern des Landtags eine Verwüstung des Gehirns angerichtet, die nie kläglicher sich zeigte, als bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Landtagswahlen. Die Kartell-reddner verschlangen sich hinter der Rücksicht, sie hätten erst an eine Aenderung des Landtags-Wahlrechts gedacht, als der sozial-demokratische Antrag eingebracht worden wäre. Dabei sieht fest, daß bereits bei den Landtags-Wahlen ein konservativer, Milder, die Karte verrieth und er-kärte, es würden Maßnahmen getroffen werden, die auf Befestigung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Landtage hinielen. In ihrer Presse ließen sie in den letzten Tagen noch die Lüge verbreiten, daß man gar nicht an eine Verschlechterung des Wahlrechts dachte. Und heute drückten alle Redner den Wunsch nach dem Klassenwahl-System aus, das ein indirektes werden soll.

Bei dem größten Theil des Volkes findet die Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages Anklang, deshalb ist eine Verstärkung der Fraktion bei den nächsten Wahlen sicher. Deshalb hinaus mit den Sozialdemokraten aus dem Landtage! Denn hat das edle Kartellgeschwister wenigstens im Landtage Ruhe.

Natürlich ist der Streich auf Verhandlungen mit der Re-gierung hinter den Kulissen zurückzuführen.

Bei der heutigen Beratung begründete unser Redner, Stolke-Gesau, den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahl-rechts in ausführlicher, sehr wohl begründeter, eindringlicher Rede. Klein, der Pakt war zwischen den Kartellbrüdern ab-geschlossen. Der Abg. Rehnert hatte für die Konservativen den Schwinkel zu erklären, der künftig mit den Wählern getrieben werden soll. Rehnert polemisierte gegen Stolke in einer Weise, die oft das Gelächter der Sozialdemokraten herausforderte und manchen seiner Freunde nervös machte. Die alten, an ihm bekannten Wippchen zerrten wie gewöhnlich die Würde und den Ernst der Berathung herab und er gerade war es, der die von dem alten eingemurzelten Haß gegen die arbeitenden Klassen erfundenen Phrasen über die Brutalität des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts, das dem Unverstand die Ent-scheidung in die Hand gäbe, reproduzirte. Er sprach von Rechte des Besitzes, und rühmte die Öffentlichkeit der Stimmabgabe. Natürlich war er auch, für das indirekte Klassenwahl-System und beantragte folgende Resolution:

In der Erwägung, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht den Verhältnissen und Interessen des Landes nicht entspricht,

in der Erwägung, daß diesen Interessen eine Aenderung des Wahlrechts nur dient in der Richtung, daß das Wahl-system auf dem Prinzip der Verhältnisse der Leistungen der einzelnen Staatsbürger an

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von H. W. M. von Walthausen.

In diesem Augenblick trat auch schon das Dienstmädchen Hanne ein und begrüßte den Fremden noch ganz besonders mit großer Ehrfurcht.

„Der Herr Major wünscht nachher ein Glas warmes Wasser auf sein Zimmer,“ befahl Georgine und Hanne ging wieder hinaus.

Brambach suchte nach seinem mißlungenen Bohrerjuche harmlos zu erscheinen und frag: „Kamen denn auf dem Schiffe Cholera-Todesfälle vor und wie hieß das Schiff?“

„Das Schiff war der Hojodampfer „Milano.“ Einige Passagiere litten an dem Wechselfieber, an der Malaria, und ich glaube schon, von diesem Sumpffieber angesteckt zu sein. Auch sollen, ehe ich an Bord kam, drei Cholera-leichen ins Meer verfenkt worden sein,“ sagte der Major, indem er sich erhob; „ich bin, wie Sie sehen, glücklich mit dem Leben davon gekommen.“ Er verbeugte sich und schritt nach seinem Zimmer, welches Georgine zuvorkommend öffnete und hinter ihm schloß.

Dann winkte sie ihren sehr zornig dreinblickenden Mann und verschwand mit ihm in der gegenüberliegenden Thür. Auf ihrer Stirne lagerte ein Gewitter.

Als sie nach ihrem Wohnzimmer gelangt und beide allein waren, da gab es eine heftige Szene.

Georgine herrschte ihrem Manne zu: „Wie kannst Du mir auf eine so plumpe Manier den Major anbringen wollen, wie kannst Du seine Verwandten so verdächtigen?“

„Du ahnst freilich nicht, wie dringend nöthig ich Geld brauche,“ brummte Brambach. „Ich gebe heute ein Fest, zu dem alles geborgt ist — der Bieth zum Weißen Hof hat es übernommen, und ich weiß noch nicht, wie ich diese gewiß nicht unbedeutende Ausgabe decken soll. Ich bin

heute noch Hofbuchdrucker, Eigenthümer der Landeszeitung, und vielleicht morgen schon läßt mir die Papierfabrik wegen prolongirter Wechsel die neuen Maschinen abspänden oder mich einstecken.“

„Steht es so schlimm?“

„Es steht sehr schlimm.“

„Du hast aber doch laufende Einnahmen.“

„Diese decken aber eben die laufenden Ausgaben. Wir stehen mitten im Quartal, die Abonnementsgelder sind ver-brannt, neue kann ich noch nicht erheben.“

„So laß Dir vom Major wieder einen kleinen Wechsel alzeptiren.“

„Das ist ja eben, was mich so empört gegen diesen reichen Fiß, daß er mir nie einen größeren Wechsel unter-schreiben will und mich kaum nur eine große Summe retten. So verschwenderisch er gegen Dich ist, so geizig ist er mir gegenüber.“

„Zahlt er uns nicht für die beiden Zimmer, die er selbst mit ausgefuchtem Komfort angestattet hat, eine an-sehnliche Jahresmiete? Legt er nicht immer eine „Pensions-vergütung für mehr als ausgezeichnete Bewirthung“, wie er es nennt, hinzu?“

„Das fehlte mir auch noch, daß ich einen so spleenigen Geldprohen umsonst beherbergte. Was er zahlt, er-fahre ich kaum, es langt ja nicht einmal für Deine noblen Passionen.“

„Zuleht bin ich noch schuld, daß Dir Geld fehlt.“

„Wer sonst als Du mit Deiner Ruh- und Gefallsucht! In die feinsten Kreise drängst Du Dich hinein, willst durch die neuesten Moden, durch auffälligen Geschmack tonangebend werden. Das Thenerste tragen, alles mitmachen, das kostet Geld und ruiniert den Mann.“

„Hat Dir aber den Titel: Hof-Buchdrucker gebracht. Meine Kousine, die Hofdame Blanta von Bobheim, ist meine Freundin. Ich kann mit ihr nur verkehren und sie im

Schloße besuchen, wenn mein Auftreten auch äußerlich ihrer Stellung entspricht, wenn mein Anzug nicht absteht. Du weißt, sie hat Einfluß bei Hofe, sie hat uns und Dein Blatt empfohlen. Wenn ich darnach strebte und es errang, in den feinsten Kreisen Eingang zu finden, so habe ich damit Dich erhoben, Deinen, meinen Namen ans Licht gezogen und bekannt gemacht. Daß dies ohne Aufwand, ohne Opfer zu bringen nicht möglich ist, müßte Dir doch einleuchten. Durch mein Auftreten habe ich den Nimbus um unser Haus verbreitet, als wäre es ein wohlhabendes. Ich habe Dir Kredit verschafft und ihn erhalten. Ohne mich hättest Du Dich nie emporgerafft und sähest noch tief in Deiner niederen Sphäre. Du weißt am besten, daß mein glänzendes Auftreten, unsere ganze Existenz nur äußerer Schein, nur Blendwerk und kluge Berechnung ist. Du weißt freilich nicht, wie ich mich winde, um es zu ermög-lichen, immer elegant und appart zu erscheinen. Du hast keine Ahnung, was in hohen Kreisen verlangt wird und denkst noch, Du brächtest für mich Opfer.“

„Ist es nicht ein Opfer, daß ich diesen verrückten Eng-länder in meinem Hause dulde und gestatte, daß er meine Frau anpöht?“

„Das erpärt Dir eben manche Ausgabe.“

„Aber um welchen Preis? Daß er mich zum Hahwei macht und mir Hörner ansteht!“

„Darüber lache ich!“

„Freilich lachst Du darüber. Wohl auch über mich, wenn ich mit ansehen muß, wie er mit schmachtenden, ver-lieben Blicken und Worten Dir beständig nachstellt und begegnet.“

„Du solltest lieber mitlachen über einen so närrischen Gedanken, anstatt Dich eifersüchtigen Gedanken hingeben und zu glauben, was nicht der Fall ist.“

(Fortsetzung folgt.)

direkten Staatsneuern aufgebaut wird unter aus-
drücklicher Wahrung des Grundgesetzes, daß eine Entziehung des
Wahlrechts derjenigen, die dasselbe jetzt besitzen, nicht eintritt,
wolle die Kammer beschließen; über den Antrag Präsdorf
zur Tagesordnung überzugehen.

Genosse Goldstein erwiderte diesem Emporkömmling in
trefflicher Weise. Wie die bekannte Zukunftsstaats-Debatte im
Reichstag, so verlief auch die Wahlrechts-Debatte im Landtag.
Die Macht der Stimmenmehrheit steht freilich auf der Seite der
Gegner, deren lächerliche und schamlose Ausführungen von
unseren Rednern arg gegeißelt wurden. Auch Stolle ergriff
noch einmal das Wort und führte die Gegner, besonders Mehnert,
zum Gelächter für die Tribünen gründlich ab.

Der nationalliberale Abg. Schill, der Freund Ludwig
Boll's, gab den Segen der Nationalliberalen zu dem
schönen Plane, das Dreiklassenwahlrecht einzuführen, und der
alte Streit, ein ehemaliger Abg., war ganz begeistert für die
indirekte Klassenwahl. Kurz, die Reaktion umfaßte alles, was
zu den bürgerlichen Parteien zählt. Den Jubel dieser vollstän-
digen Gesellschaft erregte es, als der Minister des Innern die
Erklärung abgab, daß die Einstimmigkeit der Kartellparteien bei
der heutigen Beratung — als ob nicht alles abgekartet
wäre! — bei der Regierung die Absicht erzeugt habe,
noch diesem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der
dem Wunsche der Kartellparteien entspreche.

Das jetzige Jenseits-Wahlrecht, das noch hunderttausende
von Reichstags-Wählern von der Landtagswahl ausschließt, soll
vernichtet und das reaktionärste, was nur jemals erdacht ist,
an seine Stelle gesetzt werden. Das sächsische Volk wird also
vergewaltigt und entrechtet.

Die Antisemiten Schubert und Theuerhorn stimmten
für den Kartellantrag auf Übergang zur Tagesordnung.

Dem konservativen Abg. Opitz, der seine Zukunftsstaats-
Rede zum so und so vielen Male in verschlechterter Weise hielt,
sowie dem Minister und all' den Kartellrednern diente Gold-
stein in einer vortrefflichen Schlussrede, die die ökonomische
Untermischnis, die politische Vergewaltigung, die Furcht
und die Freigebigkeit der Gegner weidlich geißelte und die geistige
Ueberlegenheit der Sozialdemokratie über die vermodernde,
geistlose Reaktion dokumentierte! Schämten hätten sich die Gegner
müssen, wenn sie noch Scham besäßen, wie ihre Unwissenheit,
Herrschaftsucht, Verlogenheit und Charakterlosigkeit ihnen von
Goldstein vor Augen gehalten wurde. Sogar die verlogenen
„Dresdener Nachrichten“ schreiben, daß Goldstein die gegnerischen
Ausführungen zerpfückt habe, verschweigen aber die Rede
vollständig.

Nun, wir werden dafür sorgen, daß im Lande bekannt
wird, was sich die Gegner leisteten.

Wie unlesbar den Gegnern die Anwesenheit der Sozial-
demokraten im Landtage ist, daß zeigte die der Wahlrechts-
Debatte vorhergehende Beratung über den Ankauf der Eisen-
bahnen Bittau-Nitrich und Altenburg-Zeitz. Be-
züglich der ersten Bahn erklärte Stolle-Gesau, wieso es zu
dem Ankauf gekommen sei.

Natürlich waren die Stolle'schen Ausführungen der Regierung
höchst unangenehm, da die von ihm erzählten Thatsachen
Sachsen als eine unter Preußens Pflichten
stehende preussische Provinz erscheinen lassen. Um
diesen Eindruck zu verstärken, kann freilich nichts Besseres ge-
macht werden, als die Einführung des „elendesten aller Wahl-
systeme“, wie es für das preussische Abgeordnetenhaus besteht.
Armes sächsisches Volk, wie wirst Du mißachtet und gequält!

Politische Uebersicht.

Berlin, 12. Dezember.

Aus dem Reichstage. Man soll nicht prophezeien.
Die Wahrheit dieses Wortes haben wir am eigenen Leibe
erfahren. Gestern schrieben wir im Leitartikel: „Die
Budgetdebatte sei zu Ende, die paar Redner, die noch
sprechen, werden nur Monologe halten.“ Wir müssen ge-
sehen, daß wir mit dieser unserer Weissagung ganz gründ-
lich daneben gehauen haben. Der heutige vierte Tag der
Staatsdebatte war weitaus der lebendigste.

Eine Nachlese war's freilich nur, aber sie brachte reich-
licheren Ertrag als die Ernte selbst.

Den Anfang machte der Führer der Antisemiten,
Zimmermann. Die Matienzzeit ist für diese Partei ja vor-
bei; abgesehen davon, daß die Durchschnittsbildung des
deutschen Wählers doch eine zu hohe ist, als daß die
blöde Rassenhass ein dauerhaftes Anziehungsmittel für
einen größeren Kreis bilden könnte, so sind die Ahlwardt,
Wöfel, Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann
doch auch so unedelicate Gestalten, daß mit ihnen an der
Spitze auch eine bessere Sache als der Antisemitismus eine
ist, in kürzester Zeit hätte Fiasko machen müssen.

Im übrigen darf es wohl als ein Zeichen der Zeit
bezeichnet werden, daß sogar Zimmermann sich über die Ver-
gewaltigung des Volkes durch die Reaktion beschwert, und
daß er die Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie als
morsche Bretter bezeichnet, die in Trümmer gehen werden,
wenn man auf sie treten will. Die geplante Wahlreform
in Sachsen hängt den Antisemiten den Brotkorb hoch, des-

Literarisches.

Der Prozeß Liebknecht, Verhandlung wegen Majestäts-
beleidigung vor dem Landgerichte zu Breslau am Donnerstag,
den 14. November 1895. Mit einem Vor- und Nachwort von
W. Liebknecht. Preis 10 Pf. Berlin 1895. Verlag der
Expedition des „Vorwärts“. 81 S. gr. 8°.

Am meisten Ansehen unter den Prozeßen in der
Periode des Septemberkurzes erregte der Prozeß Liebknecht.
Er ist auch von historischer Bedeutung für die Geschichte
der deutschen Justiz, noch in späterer Zeit wird man
sich an ihn erinnern, wenn man die Zustände Deutsch-
lands am Ausgange des 19. Jahrhunderts schildern wird. Des-
halb ist es sehr verdienstlich gewesen, in Broschürenform die
Verhandlungen des Prozesses herauszugeben. Der Werth der
Schrift wird durch das Vor- und Nachwort Liebknecht's in hohem
Maße gesteigert. Wir sind sicher, daß keiner unserer Leser die
Broschüre ohne Nutzen lesen wird.

Sein Jubiläum. Ein Bild aus dem Handwerkerleben, in einem
Aufzuge von Ernst Preckang. Berlin 1896. Verlag der
Expedition des „Vorwärts“. Preis 40 Pf.

Ein ehrender Schuhmachermeister feiert das Jubiläum seiner
50-jährigen Berufsthätigkeit unter den allerkräftigsten Verhältnissen.
Ein Stück Handrath nach dem andern hat ins Pfandhaus wandern
müssen, des Meisters Weib ist infolge von Arbeit, Sorge und
Entbehrungen krank geworden, der Meister selbst hat alle Hoffnung
außer der auf Gott verloren, an den er noch glaubt. Da entdeckt er,
daß seine Frau ihr letztes Schmuckstück, die Ohrringe, die sie als
Brautgeschenk empfing, veräußert hat, um ihm an seinem
Jubiläumstage eine Kleinigkeit kaufen zu können. Er ruft in
seiner Verzweiflung Gott um Hilfe in seinen finanziellen Nöthen
an. Da kommt der Gerichtsvollzieher und pfändet dem Meister
ein Stück Möbel, weil er dem Leberhändler die Lappalie von
12 M. nicht bezahlen kann. Am selben Tage stellt sich eine
Deputation ein, die dem Meister das Diplom bringt, worin
er zum Ehrenmitglied der Innung ernannt ist. Der Ober-
meister der Innung hält als Sprecher der Deputation

halb die plötzliche Einsicht bei den Antisemiten, daß die Re-
aktion sich breit macht.

Nach der antisemitischen Zeremonie kam ein voll-
parteilicher Frontangriff. Der Württemberger Hausmann
rückte im zweiten Theile seiner Rede dem Septemberkurze
starkst Zuhörer, als da sind Tendenzprozesse, Kolonial-
standale, Eröcker- und Hammerstein-Affären so energisch
auf den Leib, daß den Herren am Bundesrathstische er-
schütterlich unheimlich zu Muth wurde. Besonders der Herr
Kriegsminister, von dem der Redner meinte, daß er die
Umgangssprache der Militärkasinos und Kasernenhöfe in
das Parlament einzuführen sich bemühe, sah gar grimmig
drein, als diese Kritik nicht bloß auf der äußersten Linken
lebhaften Zustimmung fand.

Hausmann hatte von Tendenzprozessen gesprochen und
davon, daß die Göttin Justitia die Binde verloren habe.
Bebel schlug später in denselben Kerben, indem er unter Be-
zugnahme auf den Herrn Hammerstein und dessen Flucht
auf die Thatsache verwies, daß man Sozialdemokraten wegen
Lappalien in Untersuchungshaft stecke. Der Justizminister
besprach, daß Tendenzprozesse inszenirt werden; Bebel er-
widerte darauf: Was die Späßen von den Dächern
pfeifen, kann auch vom Bundesrathstische aus nicht ge-
leugnet werden.

Die Versicherung des Leiters der preussischen Justiz,
daß an dem verspäteten Vorgehen gegen Hammerstein den
Staatsanwalt nicht die leiseste Schuld treffe, und daß sich
dies „aus den Akten ergebe“, erregte allgemeine Heiterkeit.

In der Epiphusarbeit, nachzuweisen daß es bei uns
keine Tendenzprozesse gäbe — als wenn nicht jeder poli-
tische Prozeß seiner Natur nach ein Tendenzprozeß
wäre! — suchten die Herren Emmeccus und Stumm den
Minister zu unterstützen. Ein Bemühen, das unser Genosse
Bebel freilich zu schanden machte.

So brachte der heutige Tag eine äußerst animierte
Debatte, welche die ganze Sitzung ausfüllte und bei der,
wie immer, wenn es interessant sein soll, die Sozialdemokratie
den Mittelpunkt bildete.

Die Kampfweise unserer Gegner hat in der
heutigen Sitzung des Reichstages eine klassische Illustration
erfahren. Rein anderer als der Herr Reichskanzler selbst
schwang die Zitate-Keule, um uns zu zerhacken. In
seiner vorgefertigen Auslassung hatte er gesagt, wir Sozial-
demokraten hätten das Vaterland für einen reaktionären
Begriff erklärt. Darauf erwiderte Bebel der Wahrheit
gemäß, daß der fragliche Ausspruch bei Bakunin, dem
Anarchisten zu finden sei. Heute nun erhob sich
der Herr Reichskanzler, zückte Bebel's furchtlich des Jrethums,
bezeichnete Liebknecht als den Urheber des furcht-
lichen Wortes und begann unter lautlosem Schweigen
das corpus delicti, das sich in „Schutz und Trutz“ findet,
zu verlesen:

Vaterland in Eurem Sinn. —
Als der Herr Reichskanzler an die drei letzten Worte
kam, stockte er sichtlich und die Sozialdemokraten fingen an
zu lachen. Doch er war tapfer und las weiter:

„Ist uns ein reaktionärer kulturfeindlicher Begriff.“
Liebknecht brachte in kurzer persönlicher Bemerkung
nur festzustellen, daß das „in Eurem Sinn“ sich auf die
Hammersteine, König Stumm, kurz die ganze Sippe der
Reaktionäre beziehe, von denen der bürgerlich
liberale französische Schriftsteller Paul Louis Courier
schon vor 75 Jahren gesagt: „Die Worte Vaterland und
Vaterlandsliebe werden von ihnen nur gebraucht zur Be-
schönigung von Attentaten auf die Frei-
heit und die Interessen des Volks.“

Im Zusammenhang lautet die zitierte Stelle aus „Schutz
und Trutz“:

„Das Wort „Vaterland“, das Ihr im Munde führt,
hat keinen Zauber für uns; Vaterland in Eurem Sinne ist
uns ein überwindener Standpunkt, die Menschheit läßt sich nicht
in nationale Grenzen einsperren; unsere Heimath ist die Welt:
ubi bene ibi patria — wo es uns wohl geht, d. h. wo wir
Menschen sein können, da ist unser Vaterland; Euer
Vaterland ist für uns nur eine Stätte des Glends, ein
Gefängniß, ein Jagdgrund, auf dem wir das
geheute Wild sind und mancher von uns nicht einmal
einen Ort hat, wo er sein Haupt hinlegen kann. Ihr nennt
uns scheltend „vaterlandslos“ und Ihr selbst
habt uns vaterlandslos gemacht!“

So zitiert der deutsche Reichskanzler. Und da wundert
König Stumm sich, daß wir um seine „Zitate“ uns nicht
kummern.

Bei dieser Gelegenheit wandte Liebknecht sich noch
gegen eine Aeußerung des Herrn von Mantuffel, der etwas
von „unaufändigem Erwerb“ der Hammerstein-Papiere ge-
munkelt hatte; der Freiherr schenkte die Redaktion des
„Vorwärts“ mit der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“

den üblichen phrasenreichen Speech, der Meister aber wirft das
Diplom, das für ihn in seiner Noth völlig bedeutungslos ist,
dem Schwäher vor die Füße und erklärt, daß er eingeschwen, wie
sein ganzes Handwerkerleben nichts als bittere Täuschung ge-
wesen sei. Der Kontrast zwischen ihm, dem trotz 50-jähriger uner-
müdlicher Thätigkeit seinem Weibe nun im Alter nur
noch das „Armenhaus oder der Strick“ bleibt, und den reichen
Leuten, die trotz ihres Nichtsthuns im Genuß aller möglichen
Annehmlichkeiten schweben können — dieser Kontrast hat dem Meister
die Weisheit beigegeben der jetzigen Gesellschaftsordnung klar gemacht.
Er weiß nun, daß sie untergehen und der Ordnung wird
weichen müssen, wonach die sozialistische jüngere Generation,
darunter sein Weib, mit ganzer Seele strebt. Das sagt dem
Meister sein Verstand; mit seinen Empfindungen aber würgelt
er in der alten Epoche, wo das Handwerk noch goldnen Boden
hatte. Deshalb und weil er sich in dem langjährigen freudlosen
Kampfe um die Erhaltung seiner Illusion von der Weiter-
herlichkeit geistig und körperlich ausgereiben, hat er weder
Neigung noch Kraft, mit den sozialistischen Jüngeren für die
Verwirklichung ihres Ideals thätig zu sein. Er fühlt sich
zu nichts mehr nütze und um seinem gleichfalls armen
Weibe, der ihm ein Unterkommen angeboten hat, nicht
zur Last zu fallen, geht der alte Meister gemeinsam
mit seinem treuen Weibe freiwillig den Weg, von wannen man
nicht wiederkehrt.

Die nun der dem Arbeiterstande angehörende Verfasser diese
Tragödie aus dem Handwerkerleben uns vorgeführt weiß, daß
es höchst lobenswerth. Nirgends findet sich eine Ueber-
treibung, und die Personen, die in dem Stück auf-
treten, sind keine phrasenschwanzenden Theater-Figuren,
sondern Menschen, wie sie täglich im Leben vorkommen,
aber doch verklärt vom Hauch der Poesie. Kurz, es ist
eine treffliche Dichtung, die hier der Arbeiterwelt besprochen wurde.
Wie das Stück den Leser gefangen nimmt, so wird es, gut ge-
spielt, wohl auch von den Breiten herab wirken, die die Welt
bedeuten. Da an Irenischem Apparat weiter nichts nöthig ist,
als die Einrichtung einer Schuhmacherwerkstatt, und da zur
Darstellung nur 7 Personen erforderlich sind, so wird das
Stück auf jeder Arbeiterbühne aufgeführt werden können.

zu verwechseln, die seinerzeit Briefe — sogar Briefe
preussischer Prinzen — in unanständiger Weise in ihren
Besitz gebracht und veröffentlicht hat. Er schloß: „Was
die Hammerstein-Briefe betrifft, so werden sie veröffentlicht
werden, wie und wann es uns beliebt.“

An Bebel's Staatsrede hat die „Freisinnige Zeitung“
allerhand auszusagen. Bebel habe zu leidenschaftlich ge-
sprochen und die Rede sei insofern falsch angelegt gewesen,
als die allgemeinen „großen Gesichtspunkte“ vor den Einzel-
heiten des Staats behandelt worden seien. Letzteres ist
richtig, erklärt sich aber sehr natürlich daraus, daß Bebel,
der sich mit Liebknecht in das umfangreiche Material
getheilt hatte, infolge der Dispositionen des Seniorens-
konvents, die unserer Fraktion keinen zweiten Staats-Redner
gestatteten, das ganze Material zu behandeln hatte.
Und da er an Heiserkeit leidet und befürchten mußte,
mit seiner schwierigen Aufgabe nicht zu Ende zu kommen,
so stellte er das für uns wichtigste: die General-
abrechnung mit den Feinden, naturgemäß voran.
Und diese Generalabrechnung konnte, in anbeacht der Art
der Angriffe, nicht zu leidenschaftlich sein. Daß unser Ge-
nosse, trotz löplicher Judisposition seine ganze Auf-
gabe erledigen konnte, und trefflich erledigt hat, zeugt von
außerordentlicher Willenskraft. Welch' schlechter Geschmack
ist es aber, daß die „Freisinnige Zeitung“ eine solche Ver-
merkung macht und den ihr nahestehenden Abgeordneten
Nichter, dessen Verdienste als Staats-Redner wir allezeit
rückhaltlos anerkennen haben, in den Verdacht kleinlicher
Eifersüchtelei bringt!

Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“
wurde gestern polizeilich zu seiner Vernehmung wegen
der Lokalnotiz „Der Gerichtsassessor sucht ein Zimmer“ in
Nr. 267 des „Vorwärts“ vorgeladen. Genosse Kunert ver-
weigerte zur Sache die Auskunft, wie bei drei früheren
polizeilichen Vernehmungen aus den Monaten September,
Oktober und November. Gegen unsere Kollegen sind zur
Zeit wegen sogenannter Preßvergehen bereits anhängig
gemacht: eine Privatklage, zwei Anklagen wegen zwei-
und dreifachen „groben Anstüß“, sowie endlich eine
Anklage wegen Majestätsbeleidigung. — In letzterer
Strafsache ist zwar die Eröffnung des Hauptverfahrens von
dem Landgericht I (Strafkammer III) abgelehnt und die
Beschlagnahme der Nr. 260 des „Vorwärts“ aufgehoben
worden; allein es kann nicht einen Moment zweifelhaft
sein, daß die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht
gegen diesen Beschluß Widerspruch erhoben haben wird.
Was das unter dem Septemberkurze zu bedeuten hat, ist
unsicher zu errathen.

Gute Rathschläge giebt in der „Kreuz-Zeitung“ ein
leitartikler „v. D. W.“ den „noch leidenden“ Landwirthen.
Er schreibt:

„An dieser Stelle habe ich es wiederholt beklagt,
wie grundverkehrt es ist, den Behörden gerade
durch die Steuererklärung einen falschen
Begriff über die Rentabilität der Land-
wirtschaft zu geben durch die Nonchalance,
mit der die Einschätzung gehandhabt wird.“

„v. D. W.“ — offenbar zu den „Edelsten“ gehörig —
wirft hier den Herren Landwirthen vor, daß sie sich „mit
Nonchalance“ zu hoch einschätzen, also, sei es aus
Nennomisterei oder um über ihre finanzielle Lage zu
täuschen — andere Beweggründe können wir uns nicht
denken — den Einschätzungs-Behörden falsche Angaben
machen. Sehr schmeichelhaft ist das nicht und spricht auch
nicht für besondere „Sittlichkeit auf dem Lande“.

Die Herren Landwirthe, welche die guten Rathschläge
des „v. D. W.“ verstehen, werden sich nun „mit
Nonchalance“ niedriger einschätzen — und schämen sie
sich zu niedrig ein, so haben sie wenigstens die Geun-
thigung, den Tadel des „v. D. W.“ vermieden zu haben.

Zweierlei Recht. Im Reichstag wird von den
Nationalliberalen mit dem Pathos sittlicher Entrüstung
bestritten, daß die Feinde der Sozialdemokratie ein anderes
Recht für uns und ein anderes für die kapitalistischen
Parteien fordern. Nun schreibt heute Abend die „Kreuz-
Zeitung“ mit dünnen Worten: „Die Partei der Revolution
— soll heißen die Sozialdemokratie — hat keinen
Anspruch darauf, ebenso behandelt zu
werden, wie diejenigen, auf welche der
Staat sich stützt.“ Und die „Kreuz-Zeitung“ fügt
hinzu, daß sie das schon oft gesagt habe.

Nun, deutlicher kann man nicht sein.

Die Scheidung im konservativen Lager macht
weitere Fortschritte. Die „Kreuz-Zeitung“ theilt mit: „Der
Abg. Hüpeden ist aus der konservativen Reichstags-
fraktion ausgetreten. Er neigt zur Richtung Raumann.“

Professor Hüpeden ist Abgeordneter für Rassel und hat
sich gegen die Parteistellung der sozialistischen Pfarrer er-
klärt. Gleichzeitig kommt aus Frankfurt die Nachricht, daß
dort eine Versammlung der jüngeren Christlich-Sozialen be-
schlossen hat, selbständig vorzugehen. Es wurde ein Aus-
schuß von sieben Mitgliedern gewählt, der die „Grund-
züge“ für dieses selbständige Vorgehen feststellen soll. Das
kame also auf eine Programmfestsetzung hinaus und damit
wären die Anfänge zu einer eigenen Parteibildung ge-
macht. Wie wird sich denn nun aber Professor Wagner
stellen? Wird er zu den Alten oder den Jungen gehen? —

Die Mollusken-Partei und der Antrag Ranig.
Zu den Unterzeichnern des Antrags Ranig gehören auch
vier Nationalliberale. Das ging selbst der „National-Zig.“
wider den Strich. Das Blatt meinte, ein Nationalliberaler
dürfte doch nicht einen solchen Antrag unterschreiben. Jetzt
liest man in der „Nationalliberalen Korrespondenz“:

„Die Thatsache, daß einige Mitglieder der nationalliberalen
Fraktion des Reichstages den Antrag Ranig unterschrieben
haben, ist in verschiedenem Maaße, welche als Ver-
treter der Anschauungen und Interessen der national-
liberalen Partei bewährt sind, Gegenstand einer sehr ab-
fälligen Kritik gewesen. Es ist infolge dessen zu einer Aus-
sprache in der Fraktion gekommen, in welcher man einstim-
miger anerkannt hat, daß in dieser Thatsache ein Grund zum Austritt
der betreffenden Mitglieder aus der Fraktion nicht zu erblicken
sei. . . . Nach der Meinung der nationalliberalen Unter-
zeichner des Antrages enthalten die vorgedachten Aeußerungen
eine wesentliche Modifikation desselben; die große Mehrheit der
Fraktion aber vermag sich davon nicht zu überzeugen, und
man wird die Hoffnung nicht aufzugeben brauchen, daß auch
die von ihr abweichenden Mitglieder, sowie diejenigen unserer
Parteigenossen im Lande, welche bislang noch von dem Antrag
Ranig eine Hilfe für die Landwirtschaft erhofft haben, sich im
weiteren Verlauf immer mehr von der Unbrauchbarkeit des-
selben in seiner alten wie in seiner neuen Fassung überzeugen
werden. Auf alle Fälle aber wird der agitatorisch-demagogischen

Ausbeutung des Antrages König von der gesamten national-liberalen Partei nach wie vor mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden."

Letztere Bemerkung ist höchst sonderbar. Sollen denn die vier Kanister auch an dieser Entgegengeretere sich beteiligen? Können die Nationalliberalen überhaupt noch etwas „mit Entschiedenheit“ thun? Zunächst hat diese blöde Erklärung die erregten Wasser der nationalliberalen Parteipresse indes nicht beruhigt. So erklärt der „Hannoversche Courier“, von der „National-Zeitung“ wohlgefällig zitiert: „Die übergroße Mehrzahl der Anhänger unserer Partei ist der Überzeugung, daß auch die Freiheit in wirtschaftlichen Dingen, die in unserer Partei proklamirt ist, ihre Grenzen habe, und daß der Antrag König jenseits dieser Grenzen liegt.“

Es wird aber schwerlich gelingen, aus dem Brei der nationalliberalen Partei noch ein festes Bauwerk zusammenzubacken. —

Im Spiegel des Auslandes. Der „Standard“, das Haupt-Tagesorgan der englischen Konservativen, beschäftigt sich wieder in einem langen Leitartikel mit den anomalen Verhältnissen in Deutschland. Der Artikel ist unübersehbar, da er Personen behandelt, die alle Welt sieht, über die aber in Deutschland kein Wort der Kritik gesagt werden darf. Um den Inhalt des Artikels anzudeuten, theilen wir nachstehendes Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ mit:

London, 10. Dezember. Im Anschluß an die Demission Köllers bespricht der Standard das Vorgehen der deutschen Behörden gegen die Sozialisten; er sieht in dem Wachsen der Sozialdemokratie lediglich ein Symptom großer Unzufriedenheit und einen entschiedenen Protest gegen die herrschende Art des Konservatismus. Zur Erklärung der Unzufriedenheit weist der „Standard“ auf das Anwachsen des Heeres- und Flotten-Stats der letzten fünf Jahre und infolge dessen der Reichsschuld hin, was nicht nur das Wohl der Massen, sondern die Nation als Ganzes bedrohe. Das Letztere gegen die Sozialisten beliebte Vorgehen werde daher erfolglos bleiben. Die Vaterlandsliebe und das Interesse für des Reiches Wohl sind nicht beschränkt auf diejenigen, die Meinungen bekennen, die die Herrschenden für ausschließlich rechtgläubig erklären, und wer bekennt, was er denkt, darf nicht als illoyal gelten. Die Veranlasser der neuesten Maßnahmen übersehen eben, daß Freiheit und freie Rede bei den Deutschen ein altes Vorrecht der Freigeborenen war. Das Festhalten an diesen Grundsätzen hat die Entwicklung der Sozialdemokratie in England verhindert, die Rückkehr zu ihnen würde auch in Deutschland segensreich wirken.

Schade, daß die „Feuerspritzen“ unseres scherzliebenden Kriegsministers nicht bis nach England reichen — er würde dann gewiß Lust bekommen, sie an den „Schmierfinken“ zu probieren, die solche unpatriotische Gedanken über Vaterlandsliebe, Militarismus und andere Dinge aussprechen. —

Majestätsbeleidigungs-Chronik. In Hannover erhielt wegen mehrfacher Majestätsbeleidigungen der frühere Müller und jetzige Invalidentrenten-Empfänger Karl Vochte aus Gr. Vochte in der Strafkammer-Sitzung vom 9. d. Mts. eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten zubüßend.

In Reg wurde wegen Majestätsbeleidigung der Arbeiter Johann Wawroth aus Landsberg von der Strafkammer zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt. Der domizilllose, schon mehrfach vorbestrafte Arbeiter hatte die beleidigenden Ausdrücke bei seiner Verhaftung gethan. —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath nahm in seiner heutigen Sitzung den Antrag der zuständigen Ausschüsse zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Butter etc. an. Der Gesetzentwurf, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeß-Ordnung wurde mit einigen Änderungen ebenfalls angenommen. —

Die Kommission für Arbeiterstatistik hat ihre am Dienstag begonnenen Beratungen am Mittwoch Nachmittag beendet. Die Untersuchung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Bezahlungsverhältnisse im Handelsgewerbe war der erste Gegenstand. Am Schluß der Debatte wurde dem Reichszentralrathe anheimgegeben, eine den Beschlüssen entsprechende Vorlage auszuarbeiten zu lassen. Es wurde zur Feststellung des Berichtes ein Unterausschuß eingesetzt. Man hofft, daß der Reichstag bald in die Lage kommen wird, diese Vorlage zu erhalten. Beim zweiten Punkt: Untersuchung über die Arbeitszeit in den Getreidemühlen entschied man sich dafür, die Vernehmung einer Reihe von Auskunftspersonen stattfinden zu lassen.

Deutsche Landsknechte. Da das Gerücht verbreitet ist, daß in Spanien eine Fremdenlegion zur Bekämpfung der kubanischen Insurgenten gebildet werde, hat sich eine große Anzahl junger Männer im spanischen Generalkonsulat in Hamburg und in den spanischen Konsulaten in Bremen und Köln gemeldet, mit dem Ersuchen, in die genannte Legion aufgenommen zu werden. Man mußte jedoch das Anerbieten zurückweisen, da die Nachricht von der Bildung einer Fremdenlegion jeder Begründung entbehrt.

Diese Thatsachen sind doch auch nur ein Zeichen grenzenloser Noth. Aus Begeisterung für die spanische Regierung läßt sich sicher kein Deutscher als todsgeweihter Landsknecht für das kubanische Fiebernest anwerben. —

München, 11. Dezember. Die Kammer der Reichsräthe nahm heute den Gesetzentwurf, betreffend die provisorische Steuererhöhung und weiterhin den Militäretat an. Eine längere Debatte knüpfte sich an den Ausschussantrag, der Reichsrath möge der Resolution der Kammer der Abgeordneten auf thunlichste Herabminderung der Pensionierung von Offizieren zustimmen. Mehrere Redner erklärten sich ausdrücklich mit dem Prinzip der Verzögerung der Arme einverstanden und bekämpften den Ausschussantrag. Der Kriegsminister erklärte die in der Resolution zum Ausdruck kommenden Wünsche können nur in sehr geringem Maße erfüllt werden. Nur wenige Offiziere würden gegen ihren Willen pensionirt. Möge der Antrag angenommen oder abgelehnt werden, er, der Kriegsminister, werde sich stets nur von der Rücksicht auf die Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit der Armeeeiten lassen. Schließlich wurde der Ausschussantrag mit 88 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Der bayerische Parlamentarismus hat redlich die Behandlung verdient, die ihm von seinen der Minister zu Theil wird. —

*) Nationalliberale Blätter sind sehr böse über unseren vor einigen Tagen veröffentlichten Leitartikel mit diesem Titel. Wir haben keinen Sinn für die Größe unseres Vaterlandes. Und namentlich standhaft mit man sich darüber, daß wir sagen, in Deutschland befinde keine Pressefreiheit mehr. Für die Nationalliberalen besteht sie allerdings.

Frankreich.

Paris, 11. Dezember. Deputirtenkammer. Bei dem Kapitel „Bekleidung und Ausrüstung der Arme“ ersuchte Gérauld Richard (Soz.) die Regierung, die Urheber und Theilhaber des Lederrings zu erforschen und zu bestrafen. Kriegsminister Cavaignac erklärte, das Syndikat dieser Spekulation habe sich in Amerika gebildet, es sei aber kein Anzeichen dieses Ringes in Frankreich entdeckt worden. Der Antrag Gérauld Richard's wurde sodann angenommen.

Ein von Sembat (Sozialist) eingebrachtes Amendement auf Aufhebung der Votschaft bei dem Vatikan wurde mit 933 gegen 157 Stimmen abgelehnt, nachdem der Minister des Innern Bourgeois das Amendement bekämpft und erklärt hatte, man müsse diese Votschaft aufrecht erhalten, so lange Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan bestehen. Die Regierung werde, fügte der Minister hinzu, einen Gesetzentwurf über die Vereinigungen vorlegen, welche eine für alle Parteien unentbehrliche Maßnahme bilden.

Belgien.

Die neugewählten Gemeinderäthe sollen am 16. d. Mts. ihre erste Sitzung halten. Vor Eintritt ihres Amtes sollen die Gemeindevorsteher „Trene dem König, sowie Beobachtung der Verfassung und der Gesetze“ schwören. Bisher wurde diese Eidesleistung auch von der Regierung so sehr als eine bloße Formalität betrachtet, daß man gegen Vorbehalte bei der Eidesleistung niemals etwas einwandte. Nun wo die Sozialdemokraten einen so großen Sieg gleich bei der ersten Beteiligung bei den Gemeinderathswahlen errungen haben, wird in einem Rundschreiben des Ministers des Innern strenge Einhaltung der Eidesformel gefordert. Man hofft damit den Sozialdemokraten einen Stein in den Weg zu werfen. So wie bisher, so wird auch diesmal die belgische Regierung in ihrem Kampfe gegen unsere Bruderpartei den kürzeren ziehen.

Weihnachten soll in Brüssel der Kongreß sämtlicher sozialdemokratischer Gemeinderäthe stattfinden. —

Brüssel, 12. Dezember. Der „Soir“ meldet, daß eine Kabinetskrise in Aussicht stehe, da die Minister über die Frage, ob die Einbringung der Vorlage, betreffend die Militärreorganisation möglich sei, nicht einig seien. —

England.

London, 11. Dezember. Eine Deputation der Landwirtschaftlichen Vereinigung“ besuchte Lord Salisbury und den Schatzkanzler Hicks Beach, um eine Änderung der Biersteuer, durch welche das Brauen von Bier aus englischer Gerste, Malz und Hopfen unterstützt wird, zu besprechen. Lord Salisbury verordnete der Deputation, die Regierung sei sorgsam darauf bedacht, ein passendes Heilmittel für die Schwierigkeiten der Landwirtschaft anzuwenden. Trotzdem er immer Gegenständigkeitsbestimmungen habe, habe er nie Schutzpolitik vorgeschlagen. Jeder Minister sei tadelnswürdig, der die Hoffnung auf Wiedereinführung der Schutzpolitik führe. Sir Michael Hicks Beach ersuchte die Deputation, ihre Vorschläge schriftlich zu unterbreiten, betonte jedoch nachdrücklich die in der Praxis vorliegende Schwierigkeit in der Unterscheidung zwischen englischer und ausländischer Gerste und Hopfen. Welcher Art auch immer ein Vorschlag sei, er dürfe nicht einen maßvollen Schutz enthalten. — Der Hauptvorschlag der Deputation ging dahin, die Steuer auf Bier, welches aus englischen Produkten hergestellt wird, um einen Schilling per Barrel (Zonne) zu vermindern und die Steuer auf Bier aus ausländischen Produkten um denselben Betrag zu erhöhen. —

Rumänien.

Die Wahlen sind nun zu Ende. Im dritten Wahlkörper wurden 88 Liberale und zwei Kandidaten der Banerpartei gewählt. Das Kabinet besitzt eine starke Neuzugabe-Majorität, die ihm aber keineswegs ein langes Leben garantiren muß! Dies beweist die parlamentarische Geschichte aller Länder, in denen die Wahlen wie in Rumänien unter dem Hochdruck der Regierung gemacht werden. —

Türkei.

Konstantinopel, 12. Dezember. Der Minister des Aeußern machte heute sämtlichen Votschaltern Mitteilung von drei Vorbehalten, welche die Pforte bezüglich der Durchfahrt der zweiten Stationschiffe machte. Erstlich müßten die zweiten Stationschiffe leichte Fahrzeuge sein, was denn auch thatsächlich der Fall ist. Sodann sollen die Schiffe nicht gleichzeitig einlaufen; das war auch von seiner Seite beabsichtigt, es war vielmehr immer ein succesives Einlaufen geplant. Schließlich soll die diesmalige Bewilligung keinen Präzedenzfall für die Zukunft bilden. Dieser letztere Vorbehalt konnte, da er gegen das Vortragsrecht verdirbt, nicht bewilligt werden. Das englische Stationschiff ist unterwegs, die Ankunft des italienischen ist angekündigt. Das österreichisch-ungarische Schiff trifft am 14. d. M. ein.

— Zur Affäre Said Pascha wird aus Konstantinopel gemeldet:

Vor dem Verlassen der englischen Botschaft richtete Said Pascha ein Schreiben an Sir Ph. Currie, in welchem er dem Votschafter für die gewährte Gastfreundschaft dankt, sowie für die Bemühungen, um vom Sultan das Trade betreffs seiner Sicherheit zu erlangen, welches allerdings in Hinblick auf die persönlich erhaltenen Zusicherungen unnötig erscheint.

Die von Said Pascha gestellten und vom Sultan genehmigten Bedingungen, unter denen er die englische Botschaft verlassen hat, sind folgende: Garantie der Sicherheit für sich und seine Familie, völlige Freiheit, seinen Wohnsitz nach Oudünken zu wählen, die Versicherung, daß er nie irgend ein Amt anzunehmen brauche, und daß ihm seine Pension regelmäßig ausgezahlt werde. —

Itala.

Savannah, 11. Dezember. Eine starke Insurgenten-Abtheilung, welche auch Artillerie mitführte, griff das Fort Kemanganagua an. Der Ausgang des Angriffs ist noch unbekannt. Es geht das Gerücht, daß eine neue Flüstier-Expedition bei Kap Mayfi gelandet ist. —

Parlamentarisches.

Der Antrag Kropatschek-Jacobköfeler zur Handwerkerfrage lautet: den Herrn Reichszentralrathe zu ersuchen, dem Reichstage alsbald Gesetze vorzulegen, durch welche 1. die Erlaubnis zur selbständigen Betreibung eines Handwerks unter vollständiger Zusammenlegung verwandter Gewerbe von dem vorausgegangenen Nachweis der Befähigung abhängig gemacht wird, — 2. die Wanderlager und Wanderaktionen ganz verboten werden, — 3. der § 1006 der Gewerbe-Ordnung dahin abgeändert wird, daß die in demselben den Innungen in Aussicht gestellten Vorrechte auch gegen die Arbeitgeber, welche selbst zur Aufnahme in die Innung nicht fähig sind, geltend gemacht werden können, — 4. bestimmt wird, daß die Vorrechte aus §§ 1006 und 1007 beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen einer Innung dann gewährt werden müssen, wenn sie die Mehrheit der selbständigen Handwerker ihres Bezirks in sich vereinigt, — 5. vorgeschrieben wird, daß aus der Bezeichnung jedes kaufmännischen oder gewerblichen Geschäfts das Geschlecht und der Name des Inhabers erkennbar sein muß, — 6. demjenigen eine Strafe angedroht wird, der nach erkannter Zahlungs-Unfähigkeit Geschäfte auf Kredit macht, ohne den anderen Theil zuvor davon in Kenntniß gesetzt zu haben.“

Die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages bezieht die Frage der gemischten Transilager. In der eingeleiteten Besprechung wurde auch auf die Resolution der Mehrheit

des Reichstags vom 14. März 1894 Bezug genommen. Schließlich wurde einstimmig dahin entschieden, noch vor der Vertagung des Reichstags an den Reichszentralrathe eine Interpellation zu richten, in wie weit die Reichsregierung die Zusage, die den gemischten Transilager und den Mühlenlagern gewährten Zollerlöse einzuschränken, erfüllt habe. Abg. Dr. Fahn (fraktionslos) hatte das Referat des Vorfanges übernommen und entwickelte seinen der Börse gegenständig gestimmten Standpunkt in eingehenden Ausführungen. Graf Krnim (Reichspartei) ging in ähnlicher Weise, wie der Referent, vom Gesichtspunkt aus, daß die Ausschreitungen der Börse einzudämmen seien und plädierte namentlich für die Einschränkung des Terminhandels in Produkten. Die Debatte führte vorläufig zu keiner Beschlußfassung.

Partei-Nachrichten.

Rheinischer Provinzial-Parteitag. Das rheinische Agitationskomitee beruft den Provinzial-Parteitag, der ursprünglich Anfang Januar stattfinden sollte, nunmehr auf den 19. und 20. Januar 1896 nach Solingen ein.

In Kellinghusen tagte am 8. Dezember eine Konferenz für den Schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Aus dem Bericht der Vertrauensperson, des Genossen Kellermann, entnehmen wir, daß in diesem Jahre im Wahlkreise 37 Volkerversammlungen stattgefunden haben. Die Sozialabtreiber wurden fast überall mit Hochdruck betrieben. Aber trotzdem ist unsere Organisation vorwärts geschritten. Genosse Martik wurde als Kandidat des Kreises, Genosse W. Kellermann als Vertrauensperson einstimmig wiedergewählt.

Das Rechtsbureau des sozialdemokratischen Volksvereins in Ebersfeld wurde durch Beschluß der letzten Versammlung des genannten Vereins in der bisherigen Form vorläufig aufgehoben, da die Herren Rechtsanwältin Land und Jarmahr bei ihren harten Berufspflichten sich dem Unternehmen nicht mehr in wünschenswerther Weise widmen können.

Freie Sozialdemokratie. Jetzt soll es endlich Ernst werden mit der freien Sozialdemokratie. Der aus Anhängern des Dr. Müdt bestehende Verein „Vorwärts“ in Pforzheim hat am Sonntag, den 15. d. Mts., vormittags 11 Uhr, in das Restaurant Kalnbach in Karlsruhe eine Konferenz angefangen behufs Gründung einer freien sozialistischen Vereinigung. Zu dieser Konferenz werden alle Sozialisten, welche der jetzigen offiziellen sozialdemokratischen Parteileitung aus verschiedenen Gründen nicht mehr folgen wollen, eingeladen. Eine Tagesordnung wird nicht angegeben; sie soll erst am Ort und Stelle bekannt gemacht werden. Unsere Partei-gitter!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Anlagen über Anlagen hagelt es in Nürnberg über die Parteigenossen. Unter dem Sozialistengesetz gehören Anlagen gegen Nürnberger Genossen zu den Seltenheiten. Der „neue Kurs“ jedoch hat auch hier die Gesetzesmächter viel feinfühlig gemacht. Die Anwendung des großen Unzufriedenheitsparagrafen auf die Presse ist nichts Neues mehr. Neuerdings hat man entdeckt, daß wenn Arbeiter auf Mittel weisen, um ihre Rechte gegenüber den Fabrikanten zu wahren, sie sich hierdurch eines — Versuchs der Erpressung schuldig machen sollen. So wurde vor einiger Zeit aus Anlaß des Streiks in der Nürnberger Wollspinnfabrik der Anarchist Müller wegen Erpressungsversuch zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt. Wegen des gleichen Streiks hat nun Genosse Karl Dertel eine Anklage wegen Erpressungsversuch erhalten. Dertel soll die That in einer Unterredung mit dem Fabrikanten Marschütz begangen haben.

Preßprozeß. Am Dienstag stand vor der Erfurter Strafkammer gegen den verantwortlichen Redakteur der „Thür. Tribüne“ Termin an wegen Beleidigung des Reichstags-Abgeordneten Farrer Frau in Gohfeld bei Bielefeld. Da ein vor dem Termin durch den Verteidiger des Angeklagten gestellter Antrag auf Ladung des Redakteurs Groth in Haft abgelehnt worden war, wurde der Antrag vom Verteidiger in der Verhandlung nochmals gestellt und ihm vom Gericht nach längerer Berathung stattgegeben. —

In Kiel wurde der Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ wegen Polizeibeleidigung zu 80 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt!!

Vom Schöffengericht zu Kirchberg wurden heute die Genossen B. Höder aus Schneberg wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 1 Woche Gefängnis, Herm. Schmidt aus Jwidau, Becker und Schwedler aus Kirchberg wegen Aufruhrs zu je 15 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Vergehen sollen 14 Tage vor der Landtags-Wahl in Borkenrodorf und auf dem Wege nach Kirchberg begangen worden sein. Höder wurde damals gefesselt nach Kirchberg eingeliefert.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung. Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 12. Dez., nachmittags 5 Uhr.

Stadtrath Marggroff hat die Annahme der Wiederwahl zum Stadtrath auf fernere 6 Jahre erklärt.

Die Akten betreffend die Wiederwahl resp. Neuwahl von Stadtverordneten, die im November d. J. stattgefunden hat, sind ausgelegt. Proteste sind eingelaufen gegen die Wahl der Stadtv. Langenbucher (33. Wahlbezirk, 3. Abth.) und Hellriegel (13. Wahlbezirk, 2. Abth.). Der Wahlprüfungs-Ausschuß hat beide Wahlen für gültig erklärt. Das Referat erstattet Stadtv. Mielel. Im Falle Langenbucher wird gerügt, daß das liberale Wahlkomitee sog. Wahlorten zur Stadtverordnetenwahl verhandelt hat, welche den amtlichen Legitimationskarten täuschend, auch in der Farbe, nachgeahmt waren. Hinzugefügt waren die Worte: „Zu wählen ist der bisherige Stadtverordnete Klemmermeister Langenbucher“, während am Schluß gesagt war: „Diese Karte dient zur Information bei der Wahl.“ (Auf den amtlichen Karten steht statt „Information“: „Legitimation“). Der Zusatz „Amtliche“ und die Unterschrift „Magistrat“ fehlen. Solcher Karten sind etwa 200 vom Wahlvorstand als Legitimation angenommen worden. Der Ausschuß hat diesen „geschickten Wahltrick“, den liberalen Kandidaten als amtlich empfohlen erscheinen zu lassen, zwar wenig geschmackvoll und durchaus verwerflich gefunden, sieht aber das Verfahren nicht als auf Täuschung der Wähler berechnet an; auch sei es völlig dem Ermessen des Wahlvorstandes überlassen, wie er die Identität der erichtenen Wähler feststellen wolle, und daß eine falsche Person aufgetreten und auf Grund dieser Karten der Wahlvorstand getäuscht worden sei, sei im Protest nicht einmal behauptet.

Stadtv. Singer: Der Referent hat sich die seinen juristischen Gründe des Ausschusses für die Gültigkeit zu eigen gemacht. Es liegt jetzt wie eine Kraft in der Luft, der dolus eventualis grassirt, nur daß er sonst zu ungunsten des Angeklagten angewendet wird, während er hier zu gunsten des Wahlvorstandes angeführt wird, den wir hier gar nicht vor unser Forum zu ziehen haben. Dem ist auch der Vorwurf einer ungesetzlichen Handlung gar nicht gemacht worden; es wird nur behauptet, daß der Wahlvorstand seitens des liberalen Wahlkomitees einer Täuschung ausgeführt worden ist, die die Rechtsgültigkeit der Wahl erschüttern kann. Das Wahlkomitee hat es mit diesem Trick verstanden, die Wähler in den Glauben zu versetzen, daß sie diese Karten vom Magistrat angefaßt erhalten haben, wenn es auch vor dem Strafrichter mit dem Ein-

wand, daß die Karten nicht vollständig gleichartig seien, durchkommen würde. Bei öffentlichen Wahlen giebt es aber doch noch ein anderes Forum, und vor diesem wird nicht bestritten werden können, daß jener Wahltrieb darauf berechnet war, den Eindruck zu machen, als sollten diese Karten die amtlichen Legitimationen ersetzen. Daran ändert nichts, daß auch noch der Name des liberalen Kandidaten aufgedruckt war. Ueber diese Form der Agitation gehe ich hinweg, das liegt in der Natur des Wahlkampfes und vorläufig erregt das Geleg gegen den unläuteren Wettbewerb noch nicht. (Weiterkeit.) Aber anders sieht sich die Sache an, wenn diese Manipulation auf das Resultat von Einfluß gewesen ist. Der Wahlvorstand hat auf Grund dieser Karten 200 Wähler als legitimirt zur Wahl zugelassen. Es ist nicht erwiesen, daß der Wahlvorstand in der That diese Karten als nicht genügende Legitimation angesehen hat und sich anderweit über die Identität der Wähler vergewissert hätte, und daraus kommt es an. Gerade weil der Wahlvorstand in den Glauben versetzt worden ist, daß die Legitimation des Wählers durch etwas legitimirt sei, was den Charakter einer Legitimation nicht besitzt, befreite ich die Giltigkeit der Wahl. Man kann sich ja freilich in unserem Polizeistaate auch mit einer Menge anderer Dokumente legitimiren, aber sie alle sind doch zum Unterschied von diesen Karten wirkliche, echte Dokumente. Sind aber 200 solcher nicht legitimirenden Karten abgegeben, so müssen diese auf Grund fälschlicher Legitimation abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt, dem Gewählten und der Gesamtzahl abgezogen werden, womit Herr Langenbuecher die Mehrheit verlieren würde. Ich appellire an Ihre Objektivität; aber da wir noch nicht in der Lage sind, dem Einzelnen ins Herz zu sehen und da über Motive nicht abgeurteilt wird, dürfte es bei der bisherigen Objektivität bleiben, womit aber die Unrichtigkeit meiner Auffassung noch nicht erwiesen ist. Ich wiederhole meinen Ausdrucksantrag auf Anstellung von Beweishebungen wegen seiner Ausdruckslosigkeit nicht, obwohl wir beim Mangel eines Reglements für die Stadtverordneten-Wahlen alle Ursache hätten, auf die ordnungsmäßige Legitimation unserer Mitglieder zu sehen. Ich kann nicht anders, als heute gegen die Giltigkeit der Wahl stimmen.

Nachdem hierauf in gemeinsamer Sitzung der beiden städtischen Räte um 6 Uhr die Wahl von 8 Mitgliedern und 8 Stellvertretern des Steuererschusses der Gewerbesteuerklasse I für den Bezugsbezirk Berlin vorgenommen worden ist, setzt die Versammlung die Erörterung der Wahlprüfung fort.

Stadtv. Horwich tritt dem Referenten bei, erklärt die Heranziehung des dolus eventualis durch den Kollegen Singer für sehr unglücklich und empfiehlt, für die Giltigkeit zu votiren.

Stadtv. Neumann ist für Ungiltigkeit der Wahl aus Gründen der bürgerlichen Moral. Man würde damit billigen, was das Komitee gethan, ja für die Zukunft noch eine Ermunterung zu ähnlichem Vorgehen geben.

Nachdem Stadtv. Cassel vom Standpunkte des Juristen gegen diesen ganz isolierten Standpunkt des Vordrögers polemisiert, wird die Giltigkeit der Wahl beschlossen.

Der zweite Protest rügt, daß im Wahllokale während der Wahl Agitation und Beeinflussung zu Gunsten des Kandidaten Hellriegel stattgefunden hat und daß der Wahltrieb nicht von allen Seiten zugänglich gewesen ist. Zeugen dafür werden namhaft gemacht. Der Ausschuss ist bei seiner Erwägung dieser Protestangaben davon ausgegangen, daß ein Wahlreglement für die Stadtverordnetenwahlen nicht existirt, daß Unterhaltungen im Wahllokale unvermeidlich seien, daß es sich nicht um öffentliche Diskussionen, sondern um erlaubte Privatgespräche handle, sowie daß die Reglements für die Wahlen zu parlamentarischen Körperschaften nicht ohne weiteres für die Kommunalwahlen gelten könnten. Der Ausschuss hält auch diese Wahl für gültig.

Stadtv. Singer: Der Protest illustriert sehr deutlich den Mißstand des Mangels eines solchen Reglements. Eben deshalb beziehen sich die Protesterheber auf die für andere Wahlen existirenden Reglements und gegen diese sind eine Reihe unter Beweis gestellter Verstöße vorgekommen. Nicht gehört dazu die Anwesenheit von Personen, die dem Wahlkreis nicht angehören; in dieser Beziehung liegen u. a. bindende Reichstags-Entscheidungen vor. Die behauptete Agitation aber wäre, wenn erwiesen, ein Kassationsgrund, und deshalb habe ich im Ausschuss auch hier Beweishebung beantragt. Ich wiederhole den Antrag nicht, sondern bringe nur meinen Dissens mit dem Referenten zum Ausdruck.

Stadtv. Meyer: Wenn keine Instruktion existirt, kann sie auch nicht verletzt sein; über das, was sein könnte, haben wir nicht zu befinden. Es ist gar nichts von Agitation und Beeinflussung behauptet worden, sondern es ist nur von Diskussionen, nicht einmal von öffentlicher Diskussion die Rede.

Stadtv. Singer: Auch die Behauptung des Protestes, den Wahltrieb betreffend, scheint mir der Beachtung werth. Herr Meyer legt in den Protest hinein, was er aus demselben herauszulesen wünscht. Ich mache mich keineswegs zum Vertreter von Bormirren, für die kein Beweis angeboten ist, muß aber allerdings nach der heutigen Debatte konstatiren, daß es recht schwer ist, liberale Wahlen anzusehen.

Stadtv. Sachs II ist erfreut, daß Herr Singer auch für die Wahlfreiheit in der zweiten Abtheilung eintritt, legt ihm dann aber unter, daß er bestimmte Behauptungen verallgemeinere, um daraus haltlose Schlüsse zu bauen.

Die Wahl des Stadtv. Hellriegel wird für gültig erklärt. Der Magistrat ersucht, da er mit dem Abbruch der Alten Post, Königstraße 1-6, auf jeden Fall sofort nach Neujahr vorzugehen beabsichtigt, die Versammlung um ihre Zustimmung zur öffentlichen Ausbietung des Grundstücks zum Abbruch, wenn bis zum 1. Januar 1896 nicht ein Käufer gefunden ist, der ungekäuert mit der Freilegung des in die neue Straßenflucht fallenden Terrains vorgehen kann.

Nach kurzer Debatte, an welcher sich die Stadtv. Jacobi, Hätt, Sachs II. und Wallach beteiligen, wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Nachdem die Uraniasäulen-Gesellschaft in Konrad gerathen ist, steht die Einstellung des Betriebes und speziell der Uhren schon zum 15. Dezember bevor. Der Magistrat hält es für im öffentlichen Interesse liegend, die Uhren weiter in geregelter Weise zu erhalten, will den Betrieb aus städtische Rechnung übernehmen und einstellt auf drei Monate gegen 1500 M. monatliche Vergütung derselben der Gesellschaft „Normalzeit“, die ihn in letzter Zeit befragt, übertragen.

Stadtv. Wommsen erklärt sich gegen diese Art der Sanierung eines verunglückten Unternehmens.

Auf Antrag Schwalbe geht die Vorlage an einen Ausschuss.

Schluss nach 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Die Hauptkasse des deutschen Metallarbeiter-Verbandes veröffentlicht folgende Bilanz: Einnahme 17 818,37 M., Ausgabe 13 136,61 M., Kassenbestand 4 681,76 M.

Streik der Manometerarbeiter in Chemnitz. Wie das „Lips. Tagebl.“ berichtet, ist der in der Manometerfabrik des Herrn Max Schubert ausgebrochene Streik beendet. Von den streikenden Arbeitern sollen 19 die Arbeit wieder aufgenommen haben, die übrigen entlassen worden sein.

Neue Zahlstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Ein großer Theil der organisirten Metallarbeiter Nürnberg's beabsichtigt mit Rücksicht auf den immer engeren Zusammen-schluss der Industriellen vom 1. Januar 1896 ab eine allgemeine Zahlstelle zum Deutschen Metallarbeiter-Verbande zu gründen. Bisher sind die Metallarbeiter in Berufssectionen als Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes organisiert gewesen.

Buchdruckerbewegung in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Buchdrucker gedenken in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie wollen die Unterstützung der tarifstreuen Druckereien in Anspruch nehmen und gegen die sich dort immer mehr geltend machende Tariflosigkeit vorgehen.

Drei Diamantschleifereien in Antwerpen sind geschlossen worden, weil die Arbeiter in den Ausstand getreten sind.

Aus Madrid wird berichtet, daß 400 Arbeiter der Astorga-Eisenbahn wegen einer Lohnherabsetzung in den Ausstand getreten sind.

Aus Hainin im nördlichen Frankreich wird mitgetheilt, daß daselbst in zwei großen Spinnereien der Ausstand erklärt wurde. Mehr als 1000 Arbeiter feiern. Eine der Spinnereien, welche etwa 100 Meter von der belgischen Grenze entfernt ist und beinahe ausschließlich belgische Arbeiter beschäftigt, ist von Gendarmen besetzt worden.

In La Louviere in Belgien haben, der „Närrischen Zeitung“ zufolge, am Dienstag 350 Bergleute die Arbeit eingestellt.

Streiks in England. Nach der „Labour Gazette“ brachen im Juli 1895 49 neue Streiks aus; 42 von ihnen, über die genauere Daten vorliegen, erstreckten sich auf 14 249 Arbeiter; im August brachen 52 neue Streiks aus, 43 von ihnen bezogen sich auf 42 631 Arbeiter; im September waren es 66, von denen 60 sich auf 9893 Arbeiter erstreckten. Ende Juli waren etwa 8000, Ende August und September je 6700 Arbeiter im Ausstande.

In Londoner Bäckergerwerbe gährt es wieder. Der Ausschuss des Gewerkschafts der Bäcker und Konditoren trifft Vorbereitungen zu einem neuen Ausstande, um einen neunmündigen Arbeitstag und Einführung eines Minimallohnes durchzusetzen.

Die Glasgower Konferenz von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter des Schiffbau-Gewerbes in Belfast und an Clyde hatte folgendes Ergebnis. Den Arbeitern an Clyde wurde von den Unternehmern eine sofortige Lohnerhöhung um 1 Farthing pro Stunde und vom 3. Februar ab eine Lohnerhöhung von abermals 1 Farthing zugesprochen; den Arbeitern in Belfast bewilligte man vom 3. Februar an eine Lohnerhöhung von 1 Shilling wöchentlich. Diese Lohnerhöhungen sollen von den bezeichneten Terminen ab sechs Monate lang unverändert bleiben. Die Vertreter der Arbeiter in der Konferenz lehnten die Zustimmung zu diesen Vorschlägen für ihre Person ab, willigten aber ein, daß sie der Abstimmung der Arbeiter unterbreitet würden. Auf der Konferenz ist es also nur über diesen Punkt zur Einigung gekommen. Es bleibt nun abzuwarten, wo für sich die Allgemeinheit der Schiffbau-Arbeiter an Clyde und in Belfast entscheiden wird. Gefordert hatten die unabhängigen Lohnerhöhungen, die viel bedeutender waren, als die auf der Konferenz vorgeschlagenen sind. Die Konferenz hat ihre Verhandlungen so lange ausgezögert, bis das Ergebnis der Abstimmung vorliegt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hong, 11. Dezember. (W. Z. B.) Amtlich wird gemeldet, daß bei der Verhaftung eines Santrie (Befehl an einer Priester-schule) auf der Insel Madura in Niederländisch-Indien die Bevölkerung einen Widerstand leistete, gegen den die Polizeimacht unzulänglich war. Tags darauf gelang es einer Kompanie Soldaten, 150 bewaffnete Aufständische zu zerstören, welche 29 Tote und 12 Verwundete auf dem Plage ließen. Der Santrie und sechs seiner Anhänger wurden verhaftet. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Rom, 11. Dezember. (W. Z. B.) Wie der „Agenzia Stefani“ aus Langer unter dem heutigen Tage mitgetheilt wird, ließ der Sultan von Marokko der italienischen Gesandtschaft die Summe von 76 545 Pefetas zur Verfügung stellen, um damit einen Theil der von den italienischen Staatsangehörigen erhobenen Ansprüche auf Entschädigung zu befriedigen.

Kairo, 11. Dezember. (W. Z. B.) Gestern Abend überfiel ein Detachement Kameelreiter der Perwische unermutet das Dorf Anendan (?) im Norden von Wadybalsa. Nach Plünderung des Dorfes und Verbrennung der Einfriedigungen für das Vieh lebten die Perwische in die Wüste zurück. Veritene Detachements sind zur Verfolgung der Räuber aufgebracht.

des Kritikers. Durch einen Mißbrauch der Klagefrist fühlte sich der Verteidiger des Dr. Leipziger beleidigt und ließ Dr. Löwenstein durch den Angeklagten Slowronnel auf glatte Pistololen und fünf Schritt Barriere fordern. Der gleichzeitig mit letzterem zu Dr. Löwenstein gesandte Rechtsanwalt Merlecker hatte nur die Aufgabe, von Dr. Löwenstein eine Erklärung darüber zu verlangen, daß er den in der Klageschrift enthaltenen beleidigenden Passus nur im Auftrag seiner Mandanten und nicht in der Absicht der Beleidigung geschrieben habe. Rechtsanwalt Merlecker erklärte die Antwort des Dr. Löwenstein für eine gewundene und entfernte sich, während der Angekl. Slowronnel nochmals sich bemühte, Herrn Dr. Löwenstein zu bewegen, zu rezigniren. Er verweigerte eine verlangte Bedenkzeit und entfernte sich in der Meinung, daß Dr. Löwenstein sich verständigerweise überhaupt nicht schließen wolle. Letzterer beauftragte alsdann, um eine solche irrtümliche Auffassung nicht plötzlichen zu lassen, seinerseits einen Vertrauensmann mit seiner weiteren Vertretung in dem „Ehrenhandel“, ein diesbezüglich an Slowronnel gerichteter Brief war aber irrtümlich an das Bureau des „Kleinen Journals“ gerichtet und kam dadurch merkwürdigerweise verspätet in die Hände des Adressaten. Leipziger kam, wie wir am 8. Oktober berichteten, nicht zum Duell. Das längere Ausbleiben einer Antwort brachte den Dr. Löwenstein zu falschen Schlüssen, daran reichten sich andere Mißverständnisse und als nun noch eine den Dr. Leipziger angeblich beleidigende Darstellung der dort aus Komische streifenden Affäre im „Vorwärts“ erschien, die nach der durchaus falschen Auffassung des ersten Angeklagten nur durch den Dr. Löwenstein veranlaßt sein konnte, wurde aus dem Zweikampf nichts. — Der Staatsanwalt beantragte für jeden der drei Angeklagten drei Monate Festungshaft. Justizrath Reinholz beantragte für Dr. Leipziger und Slowronnel eine mildere Strafe. Rechtsanwalt Dr. Sello bat um die Verurteilung seines Klienten Dr. Löwenstein und damit um das Anerkenntniß, daß er den Zweikampf ernstlich habe annehmen wollen. Der Gerichtshof erwog, daß Dr. Leipziger sich habe beleidigt fühlen können und die Forderung nicht frivol gefehlt habe und verurtheilte ihn zu 1 Monat Festungshaft, Slowronnel aber nur zu 1 Woche Festungshaft. Bezüglich des Angeklagten Dr. Löwenstein überzeugte sich der Gerichtshof aus den vorgeführten Thatsachen nicht, daß dieser die Herausforderung angenommen habe und sprach diesen Angeklagten daher frei. — Wer hätte gedacht, daß unsere erste Zeit soviel Stoff zur Komit bietet!

Die Ausschreitungen im Antie scheinen in Nizdorf epidemisch zu werden. Gestern beschäftigte schon wieder ein solcher Fall die erste Strafkammer am Landgericht II. Wegen Vergehens im Antie und Mißbrauchs der Waffe war der Amtsdienner Heinrich Schmidt aus Nizdorf angeklagt. Es handelte sich um eine Säbelfähre, die der diesjährigen Sedanfeier einen blutigen Abbruch gab. Neben Schmidt hatte der Zimmermann Karl Zöpfer und der Klavierarbeiter Hugo Leonhardt auf der Anklagebank Platz zu nehmen, die beide wegen groben Unfugs, bezw. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung angeklagt waren. Bis zu einem gewissen Punkte stimmten die beiden Parteien, die sich auf der Anklagebank gegenüber standen, überein. Danach sand das anlässlich der Sedanfeier von seiten der Gemeinde veranstaltete Festschmaus erst am 3. September in der Nizdorfer Vereinsbrauerei statt. Nach Schluß des Festes begaben sich verschiedene Teilnehmer in das an der Ecke der Hermann- und der Ansebestraße belegene Koster'sche Lokal, um noch einen Schlüsschoppen zu trinken. Dort lag im Vorgarten der Amtsdienner Heinrich, der den ganzen Tag Dienst gethan und dabei auch getrunken hatte, erwidert im Vorgarten und schlief, als der Amtsdienner Schmidt hinzu kam, seinen Kameraden ermunterte und mit demselben am Büffet noch ein „Steibidel“ trank. Da die im Vorgarten sitzende Gesellschaft sehr fröhlich und dabei sehr laut war, so schloß der Wirth sein Lokal, die Gäste entfernten sich und nur die beiden Amtsdienner blieben im Lokal zurück. Unter der abziehenden Gesellschaft befanden sich auch die Mitangeklagten Zöpfer und Leonhardt, von denen der erstere sehr groß und kräftig, der andere klein und unterseht ist. Dieser Kontrast zwischen den beiden Männern erinnerte die fidele Gesellschaft an die Ringkämpfer Abd und Cannon und einer machte den Vorschlag, die beiden Männer sollten einmal zusammen ringen. Das ließen sich dieselben nicht zweimal sagen. Sie gingen auf den weichen Promenadenweg, zogen ihre Röcke aus und der Ringkampf begann. Die Wäfen derselben wurden von den Zuschauern von lautem Lachen begleitet. Da kam der Nachwächter Buschowski hinzu, der die Szene als ruhethorendem Lärm auffaßte und die Ringkämpfer sowie die Zuschauer zum Auseinandergehen und zur Ruhe aufforderte, von Zöpfer aber die Antwort erhielt: „Wenn Du was willst, dann kannst Du mal mitringen, Du kommst aber unten zu liegen!“ Da der Wächter seine Autorität nicht geltend machen konnte, so begab er sich nach dem Koster'schen Lokal, um die beiden Amtsdienner zu seiner Unterstützung herbeizurufen. Heinrich erklärte: „Ach was, mag der Wächter sehen, wie er fertig wird. Der drückt sich immer und wir möchten ihm die Kostanten aus dem Feuer holen!“ Schmidt erwiderte jedoch: „Nein, ich bin Beamter, und wenn ich von einem anderen Beamten um Hilfe angerufen werde, dann muß ich Folge leisten, das ist meine Pflicht!“ worauf er nach der Strafe ging. Von diesem Zeitpunkte an trennen sich die Darstellungen der Parteien. Schmidt — der nebenbei bemerkt — auf Kündigung angestellt war und gleich nach dem Vorfall gekündigt wurde, hat die Kündigungsgeld nicht abgemartet; er ist aus dem Dienst getreten und Restaurateur geworden — Schmidt also behauptete vor Gericht, er sei gar nicht angetrunken gewesen und habe den ganzen Tag fröhlichsalber nur Selterwasser getrunken. Als er auf die Strafe gekommen sei, habe er den Singenden erst im guten zugeredet, und da dies nichts fruchtete, mit Arretirung gedroht. Auch das sei fruchtlos geblieben, weshalb er die Weiden auseinanderriß. Nun hätten sich beide angriffsweise, der eine von rechts, der andere von links, gegen ihn gewandt; Zöpfer habe ihn vor die Brust gestossen und Leonhardt habe ihn an der Kehle gepackt. In der Nothwehr habe er dem Zöpfer einen Säbelschlag über den Kopf gegeben, und als dieser noch einmal auf ihn losstürmte — noch einen zweiten scharfen Hieb auf die gegen ihn erhobene Hand gegeben. Nun sei Zöpfer zu Boden gefallen, Leonhardt habe ihn jetzt ebenfalls von neuem ergreifen wollen, sei aber über Zöpfer gefallen und nun habe er noch einige Hiebe mit der flachen Klinge auf die am Boden Liegenden fallen lassen. Die beiden Mitangeklagten und mit ihnen mehrere Zeugen des Vorfalls stellten die Sache jedoch so dar, daß Schmidt gleich bei dem Veranstreuen aus dem Lokal nach dem Säbel gegriffen und blindlings losgehauen habe, doch sagten mehrere Zeugen mehr zu ungunsten des Schmidt aus, als wie die Mitangeklagten selbst. Ausschlaggebend war das Zeugniß des Gattinwirths Noßner, welcher zunächst behauptete, daß Amtsdienner Heinrich sich passiv verhalten, Schmidt aber erklärt habe, daß es seine Pflicht sei, dem Wächter beizustehen. Angetrunken sei auch Schmidt gewesen. Derselbe habe den Ringkämpfern erst noch gut, wenn auch energisch zugeredet und noch zu Leonhardt gesagt: „Schämen Sie sich! Sie sind ausländischer Leute Kind und machen auf der Strafe solchen Radau! Scheeren Sie sich nach Hause!“ Da aber seiner Aufforderung zum Weggang nicht Folge geleistet worden sei, habe Schmidt schnell seinen Säbel gezogen und zugehauen. Der praktische Arzt Dr. Vogel hat bei Leonhardt nur eine kleine Verletzung an einem Vorderarm konstatiert, die 1-1 1/2 Wochen zur Heilung gebraucht, dagegen hat Dr. Hormscher bei Zöpfer eine schwere Kopfwunde und eine Verletzung der vier Finger der linken Hand konstatiert. Zwei Finger waren durchgehauen, zwei bis auf den Knochen durchschritten. Einzelne Knochenheile mußten herangezogen werden.

werden, die Finger seien aber steif geblieben und die Bewegungsfreiheit und Gebrauchsfähigkeit der Hand in der gewerlichen Thätigkeit werde für immer ausgeschlossen bleiben. Wegen Verlust eines wichtigen Gliedes im Sinne des § 224 des Strafgesetzbuchs war Anklage nicht erhoben worden, immerhin beantragte Staatsanwalt Kblermeyer drei Jahre Gefängniß und dauernde Unfähigkeit zur Verkleidung eines öffentlichen Amtes. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagten Zöpfer und Leonhardt nur — unter Freisprechung von Widerstand und Beleidigung — wegen groben Unfugs zu je zehn Mark Geldstrafe, dem ein Ringkampf auf öffentlicher Straße sei zweifellos ein grober Unfug. Dem Schmidt wurde Pflichttreue und langer anstrengender Dienst zu gute gehalten, doch habe er alles das, was ihm zu gerechnet werden könne, durch den unerhörten Mißbrauch der Waffe, zu welcher nicht die mindeste Veranlassung vorgelegen habe, verscherzt. Das Urtheil lautete daher auf zwei Jahre Gefängniß und Unfähigkeit zur Verkleidung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von fünf Jahren. Der Antrag des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung wurde abgelehnt.

In 30 M. Geldstrafe wurde von der Rieker Strafkammer der Redakteur Klüs der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ verurtheilt, weil er in einer Schilderung über die ungesetzliche Art der Sistierung eines Dienstmädchens das Wort „brutal“ angewendet hatte, und sich dadurch 2 Polizeibeamte beleidigt fühlten. In der fünfständigen Verhandlung traten die Zeugen, Polizeibeamte und Zivilisten, in ihren Aussagen sich schroff gegenüber, so daß der Gerichtshof erklärte, keiner der beiden Zeugenparteien einen bestimmteren Glauben beimessen zu können, und eine Beleidigung nur wegen des angewendeten Wortes brutal erfolgt sei, sonst wäre die Wahrheit des Thatsachens erwiesen. Der Staatsanwalt hatte nur drei Monat Gefängniß beantragt.

Verantwortlicher Redakteur: Feih Annert, Schöneberg-Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Pading in Berlin, Pierzu 2 Verlagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 291.

Freitag, den 13. Dezember 1895.

12. Jahrg.

Reichstag.

o. Sitzung vom 12. Dezember 1895, 1 Uhr.
Am Bundesratssitzung: v. Posadowsky, v. Bötticher,
Bronsart v. Schellendorff, Hallmann.

In der Fortsetzung der ersten Beratung des Reichs-
Haushaltsetats für 1896-97 erhält das Wort

Abg. Zimmermann (Reform-P.): Die Zeit des Reichs-
tages ist durch die späte Einberufung sehr beschränkt und
nach Schluß des Reichstages wird die offizielle Presse los-
gelassen und behauptet dann, daß der Reichstag nichts geleistet
habe. Unter den Vorlagen befinden sich diejenigen betreffend
die Handwerkskammern und betreffend die Margarine; beide
werden nicht ausreichen, der Noth des Mittelstandes abzuhelfen.
Und das Witzengesetz wird, wie Herr Barth schon behauptet, der
Börse keine großen Schmerzen machen. Wenn jetzt an die
Zeit vor 25 Jahren erinnert wird, dann muß man sich dessen
erinnern, was in der Zeit für den Mittelstand geschehen ist.
Für das Groszkapital ist viel geschehen, für die Arbeiter etwas
unter dem Druck der Verhältnisse, für die produktiven Stände
ist nichts geschehen, und die Handwerkskammern sind auch nur
eine leere Schüssel, in der nichts Genießbares sich befindet.
Solange nicht etwas Anderes vorgelegt wird, ist die Vorlage für
uns unannehmbar, die Handwerkskammern können erst der
Schlüssel zum Wohlstand sein. Der Mittelstand fährt laute
Klagen über die Ausschreitungen des Genossenschaftswesens. Die
Veantwortsachen dehnen sich in ihrer Thätigkeit immer weiter
aus. Die keine Vorlage über das Genossenschaftsgesetz bringt
gar nichts.

Herr Barth hat das hohe Lied der Handelsverträge gesungen;
aber wo ist denn der Nutzen der Verträge für die Industrie?
Fürst Bismarck hat auch oft zweifelhaftes Gewissen zu Hilfe ge-
nommen, aber er war auch der Handwerker, der die Weisen in
die Ecke bannte; seine Nachfolger haben diese Handwerker
nicht. Man wird den Eindruck nicht los, daß in den
regierenden Kreisen Kräfte walten, die einen Fortschritt
nicht zulassen; es geht einen Schritt vorwärts und einen
zurück. Warum werden den Handwerkern nicht Staats-
arbeiten übertragen, warum werden die Juden dabei berücksichtigt?
In Sachen ist das möglich, warum nicht überall sonst auch?
Die Unterbeamten haben berechtigte Klagen, namentlich in der
Postverwaltung.

Die Wünsche des Reichstages sind fast sämtlich
abgelehnt worden vom Bundesrat, so z. B. bezüglich der Gleich-
stellung der Zivil- und Militärämter und bezüglich der Aus-
gleichung der Ungleichheiten, welche sich bei den Dienstalters-
stufen für die Postbeamten ergeben haben. Meine Freunde
haben vielfach darauf hingewiesen, daß eine Vereinigung
der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung notwendig ist. Es
ist bedauerlich, daß zur Konferenz nicht praktisch er-
fahrene Leute aus dem Mittelstande und aus dem Arbeiterstande
eingeladen worden sind. Die öffentliche Meinung glaubt, daß
Herr v. Bötticher sozialen Fragen nicht sehr geneigt ist; es soll
und freuen, wenn die öffentliche Meinung Unrecht behält. Be-
züglich der Petroleumvertheuerung hat der Staatssekretär von
Bötticher Ermittlungen verprochen; es ist aber nichts von
diesen Ergebnissen bekannt geworden. Es ist schlimm, wenn
ein Land abhängig wird von auswärtigen Waren-
männern. Wir kommen dadurch in die Lage des
Belagerten, welcher den Strid schon um den Hals hat.
Wenn der Petroleumkönig Rockefeller sich großen Grundbesitz
aufweist, so kann uns das gleichgültig sein; aber wenn er seine
Machstunden benutzt, um als Präsident des Lederringes durch
Kauf des Leders dasselbe um 40 Pct. zu vertheuern, so sollte
man dagegen einschreiten. England macht jetzt den Versuch,
seine Kolonien zollpolitisch zusammenzuschließen. Auch dieses
Vorgehen verdient große Beachtung. In solchen Vorgängen
liegen die vernichtendsten Kritiken für unsere ganze Handels-
politik; wir müssen uns endlich darauf besinnen, daß nur ein
nationales Wirtschaftssystem uns vor Gefahren bewahrt.

Wenn der Kampf gegen die Sozialdemokratie
den Mittelpunkt aller Aufgaben bildet, dann muß man auf die
Wurzeln zurückgehen, auf den Liberalismus und seine Gesetz-
gebung, welche die Sozialdemokratie gefördert hat. Man treibt
eine nervöse Politik dem Sozialismus gegenüber.
Alle Maßnahmen sind gerichtet, der Sozialdemokratie Wasser auf
ihre Mühle zu leiten. Nach Erledigung des Umsturzgesetzes
traten allerlei Streitigkeiten unter den Sozial-
demokraten auf, die neuesten Maßnahmen dagegen waren
geeignet, die Partei wieder zusammenzuschließen. Die Schimpfereien
über die nationalen Gedächtnisse haben in den
Reihen der Genossen durchaus nicht den erwarteten Weifall
gefunden. Wenn man die Sozialdemokratie nicht verfolgt, dann
wird sich eine ruhige sozialreformatorische Bewegung herausbilden.
Wenn gegenüber den sozialpolitischen Bestrebungen von Gelehrten
und Professoren gesagt wird, das sei ein Spiel mit dem Feuer,
so muß doch dagegen protestiert werden. Es ist ein tiefer heiliger
Eruß, welcher diese Männer zur Beschäftigung mit sozialen
Fragen drängt! Die heutige großkapitalistische Entwicklung
kann doch nicht die letzte Stufe sein; es muß eine Fortbildung
geben und ich glaube nicht, daß der soziale Zukunftsstaat die
nächste Stufe sein wird. Gegenüber dem wachsenden
Reichtum einer und der Verarmung andererseits muß
ein Ausgleich gefunden werden. Wir sehen, wie
heute die Grundlage des Reichstages, das
allgemeine gleiche Wahlrecht bekämpft wird,
vorläufig nur außerhalb des Hauses, nebenbei in
Hamburg, wo man den Wollen einzureden sucht, daß durch die
Verfechtung dieses Wahlrechts die Verhältnisse gebessert werden
könnten. Es wird sich zeigen, ob innerhalb des Hauses Parteien
verhanden sind, welche das Wahlrecht ändern wollen, wie sich
das in Sachen schon gezeigt hat, wo man eine Art Drei-
klassen-Wahlrecht schaffen will, ein System, welches vom Fürsten
Bismarck für alle Zeiten als das kleinste aller Wahlssysteme ge-
brandmarkt ist. Mit solchen kleinen Mitteln sind die Ab-
gründe nicht zu überbrücken, welche jetzt vorhanden sind.
Wenn man den Sozialdemokraten auch den Mund
verschließt, die sozialen Fragen bleiben. Eng-
land ist heute sicherer vor der Revolution als jemals. In Italien
kann Crispi nur durch die eiserne Faust die Revolution nieder-
halten, bei uns genügt allerdings noch die Feuerwehr. Man
scheint mit der Angst vor der Sozialdemokratie
im Trüben fischen zu wollen. Es bleibt vor allen Dingen
anzustreben, daß die unbefähigten Hände Beschäftigung finden.
Es muß Abbruch geschafft werden in der Kolonien durch eine
ernsthafte Kolonialpolitik, nicht durch Kolonialspielereien. Wir
müssen für unsere Arbeiter sorgen und ebenso wie in anderen Ländern
die Einwanderung fremder Arbeiter verhindern. Groß ist vor
allen Dingen die Ungleichheit mit den bescheh-
den Neatzuständen; die hohen Gerichtskosten, die will-
kürliche Behandlung der Presse durch die Ge-
richte erzeugen Unwillen.

Wir meinen, daß das neue Bürgerliche Gesetzbuch,
welches nach dem Urtheil Sachverständiger keineswegs einen
deutschen Charakter hat, in mehreren Theilen einer gründ-
lichen Durchsicht unterzogen werden muß. Wir befürchten, daß
das neue Gesetzbuch Unzufriedenheit erzeugen wird, deshalb wollen

wir das Gesetz zu einem möglichst deutschthümlichen und sozialen
Werke ausgestalten.

Abg. Kaufmann (Südd. Vp.) hält es für notwendig, das
neue Gesetzbuch materiell gründlich zu prüfen; man wird dabei
Scheiden müssen zwischen den Materien, welche besser in der
Kommission erörtert werden können, und solchen, welche gleich
vom Plenum zu erledigen sind. Der Etat sieht nicht so aus,
wie es die Finanzverwaltung prophezeit hat; er ist ein Stüm-
meblatt für den Reichstag und seine Staatsveranschlagung. Der
Reichstag wird durch diesen Erfolg sich angeregt fühlen,
auf dem betretenen Wege fortzuschreiten und die Span-
nung zu vermeiden, welche in dem Etat noch enthalten ist.
Die Konversion ist nicht eine grundsätzliche Frage, sondern
eine Frage der Zeit. Auf die Dauer kann den Inhabern von
Staatspapieren nicht eine höhere Rente gewährt werden, als sie
nach Lage des Geldmarktes zu beantragen haben. Dem An-
wachsen des Pensionsfonds muß entgegengetreten werden durch
eine Reduzierung der ganzen Pensionierung auf den richtigen
bürgerlichen Maßstab. (Zustimmung links.)

Was die Marine anbelangt, so war die Stellung des
Zentrumsredners zu ihr erfreulich; die Forderungen sind wohl
engerichtet auf einen gewissen Abbruch. Das Zentrum möchte ich
aber warnen vor einer Missionärpolitik, es sollte denken an den
Auspruch Windthorst's: Wenn wir nicht schon drin wären,
gingen wir in die Kolonialpolitik nicht mehr hinein. Herr
v. Marschall hat gemeint, daß es ein Fehler sei,
wenn die Regierung keine Programme habe. In bezug
auf die Kolonialpolitik hat die Regierung kein Programm,
alle Augenblicke wechseln die Systeme wie die Gouverneure.
Es ist geradezu unerhört, was dem Assessor Wehlan für Vor-
würfe gemacht werden; wie er die Leute hinschlachten und
hungern ließ. Wenn man so wenig geeignete Leute hat zur
Kolonisation, dann soll man sehr vorsichtig sein. (Sehr richtig!
links.)

Der Kriegsminister hat uns mitgeteilt, daß man mit der
zweijährigen Dienstzeit günstige Erfahrungen gemacht
habe insofern, als das Exerzieren und der Paradebrauch eben so
gut seien wie früher. Das ist eine Genugthuung für die
Jungen, welche für die zweijährige Dienstzeit eingetretten
sind, als die Generale dagegen waren. Es war bedenklich,
wie der Kriegsminister von der verantwortungsvollen Stelle aus
von der Eventualität eines großen Krieges als Schulung für das
Heer leichten gesprochen hat. Das wird von der Bevölkerung
nicht verstanden werden. Aus den Aeußerungen des Kriegs-
ministers geht hervor, daß Papier recht hatte, als er vor zwei
Jahren sagte: Die Halbbataillone würden förmlich schreien
nach ihrer besseren Hälfte. Die zweijährige Dienstzeit ist
leider gefehlt nicht selbsteig; die Frage wird wieder
benutzt werden zu einer Steigerung der Wehrkraft.
Bezüglich der Militär-Straf-Prozessordnung
akzeptieren wir die Erklärung des Kriegsministers. Er hat
die Sache gefördert; das ist ein Beweis für den Mangel
an gutem Willen seiner Vorgänger. Der Kriegsminister
hat, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, in seiner
„lernigen Weise“ von „sozialdemokratischen
Schmierfinken“ gesprochen, die mit ihren in die Gasse
getauchten Federn das geheiligte Ansehen unseres großen
Kaisers in trüger Weise besudelt haben. Solche
Ausführungen werden vielleicht den Weifall
der Offiziersklassen finden, vielleicht
wird auch der Kaiserhof solchen „Blüthen“
applaudiren. Meine politischen Freunde und ich meinen:
ein solcher Ton degradirt den guten Geschmack dieses Hauses;
dieses Hauses, überhaupt das Niveau des Hauses...
(Vizepräsident Spahn: Ich glaube nicht, daß der Ausdruck:
„ein solcher Ton degradirt den guten Geschmack dieses Hauses“
angemessen ist; — lebhafter Widerspruch links.) Wenn man im
Verdruß ist, andere, ungebildete Menschen zu tadeln, die sich im
Ausdruck vergriffen haben, dann sollte man nach meiner Meinung
mit gutem Beispiel vorangehen in seiner Haltung und seinen
Ausdrücken, an hohen und höchsten Stellen. (Zuruf links: er!
können!) Der Kriegsminister hat solche Schimpfworte nicht
zum ersten Male in seiner Polemik gebraucht. Er sagte
in diesem Jahre, als er von einem Gedichte Freiligrath's
erklärte, es sei das Ergebnis einer hirnverbrannten Phantasie,
es sei gleich, ob der Verfasser eines solchen Gedichtes ein Ge-
lehrter oder ein „literarischer Schmierfink“ sei. Der
Kriegsminister befindet sich in einem großen taktischen Irrthum,
wenn er mit Kanonen nach Späßen und Schmierfinken schießt.
Er leistet eine große politische Aktion ein gegen Aeußerungen,
welche er selbst als Aeußerungen eines Schmierfinken bezeichnet!

Die anderen Herren von der Regierung werden jeder An-
wort aus, sobald es sich um die Währungsfrage handelt; sie
beantworten nicht die Frage, ob an die englische Regierung eine
Nachfrage in dieser Angelegenheit gerichtet ist. Die süddeutschen
Regierungen stehen auf Seiten der Goldwährung. Wenn die
Regierung auch jetzt nicht antwortet, so nehme ich an, daß sie
entweder den Nord von England noch nicht erhalten hat, oder
daß sie sich genirt, davon Kenntnis zu geben. (Sehr gut! links.)

Wie kommt es, daß wir trotz der Erklärung der Regierung
in der Kommission in der Politik in Ostasien dem
Schein ausgeführt waren, als ob wir die Geschäfte
Rußlands befragen? Wenn wir keine Antwort erhalten, so
liegt darin eine gewisse Mißachtung der Volkvertretung, die
man nicht aufklären will. Ich möchte den Wunsch ausdrücken,
daß die Regierung die den türkischen Angelegenheiten
eine glücklichere Hand haben möge als in China und Japan.
Wenn die Reformen veräußert sind in der Türkei, so liegt das
daran, daß da keine verantwortliche Regierung vorhanden ist,
sondern daß alles abhängt von den Lannern eines Groß-
herren, der umponnen ist von der Hofamantilla
und umgeben ist von seinen „Stumen“. (Weiterkeit.)

Was ist das politische Ergebnis des letzten
Jahres? Das Fiasko der Finanzreform und
Finanzpolitik und das Fiasko des Umsturzgesetzes!
Das ist das ganze positive oder vielmehr sehr negative
Ergebnis. Es ist unzuverlässig, den Reichstag mit solcher
Unnützigkeit und unzuverlässigen Politik zu beschäftigen. Nur
Zerfahrenheit kommt dabei heraus, sonst nichts. Der Ab-
geordnete Barth hat gestern treffend diese Politik gemein-
samt, die man mit einem Wort dahin zusammenfassen kann:
schneidig nach links, geschmeidig nach rechts! (Weifall links.)
Das ist der Grund der Schwäche, durch welche sich die Regierung
jetzt auszeichnet.

Herr von Köller ist gegangen. Ich kann auf ihn
das Sprichwort anwenden: Ruhig kann ich ihn erscheinen,
ruhig gehen sehen, seiner Blätter fülles Weinen kann
ich nicht verstehen. (Weiterkeit.) Der Reichskanzler hat uns
ja mitgeteilt, daß ein Systemwechsel absolet nicht
eintrete. Nachdem er uns aber das Recht zuerkannt
hat, die Gründe zu wissen, aus denen Herr v. Köller nicht ge-
gangen ist, wäre es auch zweckmäßig gewesen, wenn er uns
gesagt hätte, aus welchen Gründen er gegangen ist. Dann würde
der elende Zustand abhören, daß man alle Tage in „Reichs-
Anzeiger“ große Erklärungen geben muß gegen die Behauptungen
der Blätter, welche Herrn v. Köller nahe stehen. Herr v. Köller
ist auch gegangen, ohne einen seiner Gegner mit nach Walthalla
zu nehmen. (Stürmische Weiterkeit.)

Wichtig ist die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Fägel
etwas straffer angezogen seien, daß also die Politik der
letzten Monate gegen die Sozialdemokratie,
welche wir für das vorübergehende Stadium einer auf-
wallenden Kraftpolitik ansehen, ein planmäßiges und systematisches
Vorgehen ist, ohne daß man jedoch dadurch etwas erreichen könnte.
Glaubt man wirklich, durch straffes Anziehen der Fägel politische
Zustände überwinden zu können, welche zugleich ein wirtschaft-
liches Produkt sind? Durch solche Politik stärkt man
geradezu die Sozialdemokratie in dem Gefühl
der Selbstüberhebung, daß sie so häufig heraufsteht
und zu dem sie allen Grund hat, wenn man sie seit
Jahren immer zum Mittelpunkt der ganzen Reichspolitik
macht. Da müssen ihre Fägel schwellen, müssen sie
sich einbilden, daß sie diejenigen seien, auf
die es allein ankommt. (Auf bei den Sozial-
demokraten: Ist auch so!) Das ist das gefährliche
an der Erklärung des Reichskanzlers, daß sie uns sagt, daß auf
dem Gebiete der Rechtspflege mit einem Male mit anderem
Maße gemessen wird, daß sie das Eingeständnis enthält,
daß alle diese Prozesse Tendenzprozesse sind.
(Zustimmung links.) Die Regierung hat in den letzten 25 Jahren
nicht gelernt, daß, wie der Abg. Weibel sich gestern darauf be-
rufen konnte, daß er zwei Jahre im Kerker gefessen habe, die
Leute, wenn sie aus den Gefängnissen kommen,
dastehen vor den Milimensen, als wenn sie einen
hohen Orden mit Eichenlaub tragen. (Weiterkeit.)
Bei diesen Majestätsbeleidigungsprozessen sollte
man noch eins in Erwägung ziehen. Der Fürst Reichskanzler,
der doch so manches treffende Wort gesprochen, hat einmal gesagt,
der Monarch sollte sich möglichst selten ohne ministerielle Be-
gleitung sehen lassen. In diesem Satz liegt ein großer Kern
Wahrheit und hieraus ergibt sich eine Aufklärung, weshalb in
den letzten Jahren so viel mehr Tadel gegenüber der Krone
gefallen ist. Für alle Aeußerungen der Krone sollte man sich
an die monarchischen Rathgeber der Krone halten; aber dieses
Verhältnis wird von Seiten derjenigen, die das monarchische Gefühl
haben wollen, verschoben, wenn nicht mehr die politischen
Aeußerungen von den politischen Rathgebern gemacht werden,
sondern direkt von der Krone kommen. (Sehr richtig! links.)

Bei der prompten Art von Haft und Urtheil ist es merk-
würdig hervorgetreten, daß wir eine Klassenjustiz haben.
Man vergleiche nur das Vorgehen der Gerichte gegen Personen
aus den niederen Klassen mit ihrem Vorgehen gegen Delinquenten
höherer Klassen. Wir sind gerecht genug anzuerkennen, daß nicht
die Partei verantwortlich gemacht werden kann für die Mißthat
eines einzelnen, aber man kann doch von der Justiz eine
gleiche Behandlung verlangen, während sie in der That
gegen den Herrn von Hammerstein so träge vorgeht,
daß dieser Mann, der ein Verbrecher war, sich ruhig ins Aus-
land begeben konnte. Da hat die Justiz keine Bande vor den
Augen, da schaut sie nach den Personen. (Sehr richtig! links.)
Das ist ein großes Unglück für unser Vaterland. Nur durch
Berechtigkeit können gefährliche Komplikationen vermieden werden.
Der Reichskanzler hat behauptet, daß weite Kreise das
Vorgehen der Behörde billigten. Wie hat er sich
bei dem Umsturzgesetz auf die weiten Kreise gestützt, und wo
waren diese weiten Kreise bei der Beratung desselben? Nur
die oberen Zehntausend sind es, die die Hilfe der Re-
gierung anrufen, wenn eine falsche Politik die Unzufriedenheit erregt
hat. Der Reichskanzler hat gesagt, daß die Zerspaltung der Par-
teien die Regierung von der Initiative abhalte. Die Zer-
spaltung ist aber eine Folge des falschen
Regierungssystems. Wenn kein Programm vorhanden
ist, so können sich die Parteien nicht zusammenschließen. Wenn
man heute ein bishen liberal, morgen agrarisch regiert, dann
kann sich kein Anhang bilden. Wenn ein so „erfahrener“ Poli-
tiker wie Herr v. Kardorff es anspricht, daß wir kein einheit-
liches Ministerium haben, daß ein Ministerium gegen das andere
beht, so ist das bedenklich. Der Reichskanzler bestreitet, daß
ein Ministerium gegen das andere beht; es ist aber schon
weit gekommen, wenn ein so erfahrener Politiker wie
Herr v. Kardorff das öffentlich im Reichstage ansprechen kann.
(Sehr wahr! links.) Im vorigen Jahrhundert haben der Hof,
die herrschenden Klassen, der Adel die Verwicklungen hervor-
gerufen. Man sollte jetzt von oben herab ein besseres Beispiel
geben. Was soll man aber sagen, wenn ein königlicher
Baurath eine beschimpfende Inschrift ein-
meißeln läßt gegen die Behörden der Stadt, wenn dafür
schon im Modell vorgefertigt worden ist? Wenigstens ist
dieser Behauptung nicht widersprochen worden. Was man da
nicht sagen: Das Vergessen kommt von oben?

Der bekannte Stöcker-Brief hat bei allen denjenigen,
die den Fürsten Bismarck hoch und heilig in ihrem nationalen
Herzen halten, eine viel schlimmere Wirkung an-
gerichtet als die Majestätsbeleidigungs-Pro-
zesse. Allmählig schwindet der Einfluß unserer
Klassen und Stände, und das wird sich fortsetzen, wenn
das allgemeine Wahlrecht noch stärker eingeschränkt wird. Die
Abfassung des allgemeinen Wahlrechts ist ein
fester Plan, zu dem sich im stillen zahlreiche Politiker be-
kennen, und die „Alldeutsche Zeitung“, welche Verbindungen mit
der nationalliberalen Partei wie mit der Regierung aufrecht
erhält, hat in einem großen Leitartikel vom 7. August v. J. das
Rezept dazu gegeben: Presse und Versammlungen müssen zusammen-
wirken, um die öffentliche Meinung unabweislich für eine Wahl-
reform zu gewinnen. Nach der Verfassung haben die Fürsten einen
enigen Bund geschlossen, das gültige Recht zu schützen, und es
würde mit diesen Worten nicht recht im Einklang stehen, wenn
man dem Volke das einzige und wahre Recht, welches die Ver-
fassung enthält, rauben würde. Wenn man Zustände vermeiden
will, wie die von 1789, eine gewaltsame Spannung der Nation,
ist es das allergefährlichste, die Ventile zu
schließen, durch welche bewirkt wird, daß die Bevölkerung
nicht auf schlimme Abwege geräth.

Es fehlt der Regierung an Einheitlichkeit;
Graf Caprivi hatte ein ganzes Ministerium hinter sich und
die Vertreter der Bundesstaaten und er schied aus dem Amte,
ohne daß man bisher eigentlich weiß warum. Große Blätter
von der Rechten haben die Möglichkeit ventiliert, daß plötzlich
der Herr Reichskanzler, der heute in diesem Hause nicht an-
wesend ist, aber anwesend sein könnte (Weiterkeit), eines Tages
auch nicht mehr sein würde, ohne daß man eigentlich
weiß weshalb. Hirtenkudde, die auch singt man dort
einmal. Solche Zustände sind ein Hauptgrund, weshalb
die Bevölkerung kein Vertrauen in die Einheitlichkeit und Stärke
der Regierung besitzt; die Verringerung muß kommen von einer ein-
heitlichen und starken Regierung, einheitlich durch ein echt
liberales Programm, und stark dadurch, daß sie sich hält auf
die Kreise der Bevölkerung, welche die erwerben und die
bürgerlichen sind. Um ein solches Programm würde noch heute
die Mehrheit sich scharen, auf dem steht: Nicht der
Einzelwille, sondern der allgemeine Wille
soll entscheidend sein. (Weifall links.)

Staatssekretär v. Marschall: Der Vorredner hat über den
Assessor Wehlan ein ganz schonungsloses Urtheil gefällt, obgleich
das Strafverfahren gegen ihn noch nicht abgeschlossen ist und
die richterliche Entscheidung noch nicht gefallen ist. Ein Mit-

glied dieses Hauses und ein Jurist dazu steht sich damit in Widerspruch mit einem fundamentalen Grundsatz von Recht und Gerechtigkeit und sollte sich hüten, mit so großer sittlicher Enttäuschung Anklage gegen die deutsche Justizpflege zu erheben. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich selbst habe die Anklage veranlaßt, bin also ohne Voreingenommenheit zu Gunsten dieses Herrn, lehne aber jede Diskussion ab, bis ein verurteilendes Erkenntnis vorliegt.

Preussischer Justizminister Schönstedt: Für die Behauptung der angeblich ungleichmäßigen Handhabung der Justizpflege habe ich bisher keine einzelne begründete Thatsache anführen können. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Heute findet der Abg. Hausmann ein Zugeständnis in dieser Richtung in der Bemerkung des Reichskanzlers, daß die bestehenden Gesetze streng gehandhabt werden müßten. Wie eine straffe Handhabung gleichbedeutend sein soll mit einer tendenziösen, vermag ich im Augenblicke nicht zu erfassen. Es ist dann auf die bedauerliche Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse hingewiesen worden. Diese bedauerliche Zunahme kann von niemand lebhafter empfunden werden, als von den Staatsanwaltschaften und Gerichten. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Diese Majestätsbeleidigungsprozesse stammen von der Zunahme der Majestätsbeleidigungen, die insbesondere in den letzten Monaten in der sozialdemokratischen Presse zu Tage getreten sind. Die groben Ausschreitungen jener Blätter, voran des „Vorwärts“, bei Gelegenheit der Sedanfeier, gegen welche die gesammte nationale Presse mit Entrüstung sich aufbäumte (Nachen bei den Sozialdemokraten), sie lassen begreiflich erscheinen, daß wir in Deutschland, wo wir eine Lynchjustiz nicht haben und nicht haben wollen, es als die Aufgabe der Justiz ansehen, einzuschreiten und die Strafwürdigen zur Verantwortung zu ziehen. (Wärm links, Beifall rechts.) Der Dolus eventualis mit dem auch viel Unfug getrieben wird (Sehr richtig! links und Heiterkeit), gehört zum alten Inventar der Strafrechtswissenschaft und läßt sich durch kein Gesetz aus der Welt schaffen. Bedauerlich ist ja, wenn ihm durch künstliche Auslegung eine ansehbare Tragweite gegeben wird. Oft war es garnicht nötig, ihn mit heranzuziehen. Von den Majestätsbeleidigungen interessieren hier nicht sowohl die unüberlegten, hingeworfenen Äußerungen ungebildeter Leute, sondern jene, welche insbesondere gegen die sozialdemokratische Presse Anlaß zum Einschreiten geben, diejenigen, die sehr überlegt, sehr vorsichtig abgefaßt sind, um die Monarchie und das Ansehen der Monarchen zu untergraben, aber an der Majestätsbeleidigung vorbeizukommen bemüht sind. Diese sorgfältig nachzuprüfen, war unsere Pflicht. (Zustimmung rechts.) Wir haben keine tendenziöse Justizpflege in Deutschland und werden uns durch derartige Angriffe auf die angebliche Parteilichkeit von der ferneren Erfüllung unserer Pflicht nicht abhalten lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Leuschner (Rp.) protestirt gegen die Ausführungen der Abgg. Barth und Hausmann in bezug auf die Währungsfrage.

Abg. Bebel (Soj.): Daß ich zum zweiten Male in der Debatte zum Worte komme, könnte mich veranlassen, mich mit dem Kriegsminister auseinander zu setzen über seine verlegenden, um nicht zu sagen beschimpfenden Äußerungen gegen meine Partei. Aber Herr Hausmann hat ihm so ausgezeichnet gedient, daß ich darauf verzichten kann; gerade diese Abfertigung durch ein Nichtmitglied der sozialdemokratischen Partei erwidert den Eindruck derselben. Auf die andere Redner will ich nicht eingehen, aber auf die Majestätsbeleidigungsprozesse muß ich doch zurückkommen. Der preussische Justizminister hat sich gegen den Vorwurf der tendenziösen Justiz verwehrt. Ich glaube, er hat den Reichskanzler sehr mißverstanden. Das ist die günstigste Annahme, die ich von ihm machen kann. Der Reichskanzler hat seine Ausführungen ausdrücklich auf Grund einer Provokation des Abg. v. Kardorff gemacht, die dahin ging, daß gegenüber der großen Gefahr der Sozialdemokratie die Reichsregierung in Unthätigkeit verharre. Der Reichskanzler hat sich nach 24 Stunden genötigt gesehen, zu erklären, man würde nunmehr gegen die Sozialdemokratie die Gesetze scharfer anwenden als bisher. Wenn das keine tendenziöse Anwendung der Gesetze ist, dann giebt es überhaupt keine Tendenzprozesse. (Sehr wahr! links.) Augenscheinlich ist seitens des Justizministers auch auf die Staatsanwälte in dieser Richtung eingewirkt worden. Die Behauptung, daß in Deutschland überhaupt keine Tendenzprozesse geführt seien, steht in Widerspruch mit den täglichen Nachrichten der Presse, wovon als Hauptargument in allen Prozessen gegen Sozialdemokraten anerkannt wird, daß sie Sozialdemokraten sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Darauf legen die Staatsanwälte und Richter das Hauptgewicht; sogar in nichtpolitischen Prozessen richten die Richter an den Angeklagten die Frage: Gehören Sie zur Sozialdemokratie? und wenn der Mann das bejaht, dann folgt eine schärfere Verurteilung, als wenn er kein Sozialdemokrat wäre.

Daß darin Tendenz liegt, kann man nicht abläugnen. Der Justizminister spricht von der bedauerlichen Erscheinung der Zunahme der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wissen Sie denn nicht, woher das kommt? (Unruhe.) Daher, daß man uns in rücksichtsloser Weise zur Selbsthilfe provoziert. Man versteckt sich hinter die Unfehlbarkeit und Unverantwortlichkeit. (Nach rechts: Unerschäm!) Der da unerschämmt ruft, ist selbst unerschämmt.

Präsident v. Buol: Herr Abg. Bebel, ich muß den Ausdruck unerschämmt rügen. (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (Soj.): Er ist ja drüber gefallen.

Präsident v. Buol: Ich rüge auch den Zwischenruf.

Abg. Bebel (Soj.): Herr Hausmann hat mit recht auf Grund unserer konstitutionellen Staatseinrichtung auf die Stellung der Krone hingewiesen. Es ist Pflicht der verantwortlichen Minister, sich ihrer Aufgabe bewusst zu sein und ihren Herrn, dem sie dienen, daraus aufmerksam zu machen, daß ein solches Verfahren, wie es seit Monaten beliebt wird, mit Nothwendigkeit die Ansprüchlichkeiten zur Folge haben muß, über die der Minister klagt, wenn er von traurigen Majestätsbeleidigungen spricht. Entschieden muß ich die Behauptung zurückweisen, daß die Sozialdemokraten wegen Majestätsbeleidigung scharfer verurteilt werden müßten, weil sie a) b) c) Majestätsbeleidigungen begehen. Seien Sie doch nicht so tödlich, das zu glauben. (Gelächter rechts.) Denken Sie, es macht Spaß, auf Monate ins Gefängnis zu wandern? Ich habe kein Vergnügen darin gefunden, wenn ich mich auch freis mit Vergnügen dessen gerühmt habe, was ich für meine Ueberzeugung gelitten habe. Eine Sucht, ins Gefängnis zu kommen, besitzen wir nicht. Die Tendenz ist nicht nur in den Urtheilen, sondern schon in der Anklage vorhanden. Will der Justizminister leugnen, daß es in weiten Kreisen peinliches Ruffen gemacht hat, daß man Leute, bei denen kein Minderverdacht vorlag, wegen ganz geringer Vergehen, wobei höchstens drei Monate Strafe herauskommen, mir nichts, dir nichts über Nacht in den Betten überfallen und auf Monate in Untersuchungshaft gesteckt hat, während man einem Hammerstein, der die schwersten Verbrechen begangen hat, ruhig Zeit und Gelegenheit giebt, sich im Auslande in Sicherheit zu bringen? (Sehr richtig! links.) Ein Sozialdemokrat wäre sofort in Untersuchungshaft gekommen. Aber wenn ein solcher Vorkämpfer für Religion, Ordnung und Sitte der Schuldige ist, dann ist der Staat im allerhöchsten Grade daran interessiert, daß diese Stütze der heutigen Ordnung nach Möglichkeit zum Ausreifen kommt. (Heiterkeit.) Den Dolus eventualis hat der Justizminister schon in seiner Jugend gekannt; er ist groß geworden und die Tendenzprozesse sind immer zahlreicher geworden und sind heute eine allgemeine Kalamität.

Mit den Majestätsbeleidigungsprozessen werden wir uns noch weiter beschäftigen können bei der Beratung unseres Antrages wegen Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen; ich hoffe allodann auch bei den Herren da drüben, von denen wir es sonst nicht gewohnt sind, ein gewisses freundliches Entgegenkommen zu finden. Es ist mir mitgeteilt worden, daß es gewisse Briefe hochkonservativer Herren geben soll, in denen so fulminante Majestätsbeleidigungen enthalten sind, wie sie ein Sozialdemokrat in der Öffentlichkeit zu machen sich nicht unterstehe würde. Man sieht, daß doch ein gewisses Bedürfnis nach Erleichterung, wenigstens im Geheimen vorhanden ist. (Nach rechts: Naus damit!) Sie werden schon kommen. Ich habe von den Briefen keine Einsicht genommen, es sind mir über dieselben aber von zuverlässiger Seite Mittheilungen gemacht. (Nach rechts: Naus damit!) Noch auf eine Aeußerung, welche anlässlich der Erörterung des bekannten Stöckerbriefes in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ von einem Geistlichen gemacht ist, will ich hinweisen. Dieser Geistliche ist der Meinung, daß eine ganze Reihe angegebener Männer wegen ihrer Aeußerungen der Majestätsbeleidigung schuldig befunden werden würden. Man sollte vorsichtig sein; denn es wird überall gesündigt. Wir haben nach unserer ganzen Stellung im öffentlichen Leben, nach unserer Auffassung der Entwicklung der Gesellschaft und des Staates keine Veranlassung, die höchste Person in die Erörterung zu ziehen. Bei der ganzen Entwicklung des öffentlichen Lebens hat der Monarch einen sehr geringen Einfluß auf die ganze Verwaltung. Es ist ja auch unmöglich, daß der Monarch mit voller Sachkunde überall eingreifen kann. Es ist ja der Grundsatz des konstitutionellen Lebens, daß der Monarch im Hintergrund bleibt. Sorgen Sie dafür, daß Provokationen nicht vorkommen, Sie werden sich nicht mehr zu beklagen haben und thun uns damit einen außerordentlichen Gefallen.

Der Abg. Enneccerus hat mein Urtheil über den Artikel des Reichsgerichtsraths Stenglein in der „Zukunft“ bemängelt. Ich hatte diesen Artikel ursprünglich nicht selbst gelesen, sondern war auf ihn aufmerksam geworden durch eine scharfe Zurückweisung desselben in liberalen Blättern. Als gestern Herr Enneccerus mit so apodiktischer Sicherheit mein Urtheil als hinfällig hinstellte, war ich einigermaßen verblüfft und schwieg lieber, um Zeit zu haben, mir nochmals den Artikel anzusehen. Ich nehme von dem gestern Geäußerten auch nicht ein einziges Wort zurück, der fragliche Artikel ist überschrieben: „Eine Umsturzvorlage“. Der Verfasser ergreift das Wort zur Vorbereitung einer künftigen Umsturzvorlage. Es sei nicht notwendig, zu Ausnahmegesetzen zu greifen, wenn man nur versuche, die Gesetze entsprechend zu formuliren und die Rechtsprechung dementsprechend zu gestalten. Merkwürdigerweise habe man bis jetzt die Unterordnungsmethode nur auf objektivem Boden gesucht, während man subjektive Bestrebungen treffen wollte.

Wenn das nicht die Proklamirung der Tendenz in bezug auf die Persönlichkeit des Angeklagten sein soll, dann verliche ich nicht, was es sonst sein soll. Das Gefährliche ist hiernach nicht das äußerlich Gefährliche, sondern die Tendenz. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Verfasser illustriert seine Anschauung durch ein Beispiel aus der Praxis. Ein Pastor sprach aus Anlaß einer katholischen Prozession von einem geborenen Herrgott, der einhergetragen werde. Der Verfasser findet in dem Ausdruck, über dessen Geschmack sich ja streiten lasse, keine strafbare Handlung, insofern er von einem andersgläubigen Geistlichen gebraucht werde, der seiner gleichgültigen Gemeinde gegenüber seiner Mißbilligung über eine katholische Einrichtung Ausdruck gebe. Wohin muß eine solche Anschauung in unserer Gesetzgebung mit Nothwendigkeit führen? Dabin, daß jede Aeußerung der Angehörigen einer mißbilligenden Partei rücksichtslos bestraft wird, während dieselbe Aeußerung im Munde eines andern als harmlos betrachtet wird. (Sehr richtig!) Das ist ja nichts Neues. Ich habe hier ein Urtheil aus der Brausewetter-Kammer vor mir, aus dem ich Ihnen nachweisen könnte, daß die Tendenz die Entscheidung herbeigeführt hat. Früher war es anders. In den 40er Jahren hat das Kammergericht dahin entschieden: Politische Ansichten des Inculpanten, entscheidende Prinzipienfragen der Politik können nicht Gegenstand richterlicher Entscheidung sein. Die Meinung als solche ist kein Verbrechen, sie kann keine Strafverschärfung sein. Heute aber soll sie eine Strafverschärfung sein. Was bei dieser Handlungsweise des Reichsgerichtsraths Stenglein besonders verlegt ist, daß in einem populären und vielgelesenen Blatt von einer so angelegenen Stelle für diese Art von Rechtsprechung Propaganda gemacht wird. Wenn von so einflussreicher Stelle aus versucht wird, die Rechtsprechung und die Gesetzgebung zu beeinflussen, dann haben wir als Volksvertreter hier alle Ursache, solchen Gebahren auf das Entschiedenste entgegen zu treten, und das habe ich gethan und werde es weiter thun. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Schönstedt: Das kammergerichtliche Urtheil, von dem Herr Bebel sprach, unterschreibe ich vollständig; ich habe auch nichts Entgegengesetztes behauptet. Herr Bebel hat heute den Versuch wiederholt, die Ausschreitungen der sozialdemokratischen Presse seit den Erinnerungsfesten damit gewissermaßen zu entschuldigen, daß diese Presse sich lediglich in der Abwehr befunden habe gegen beleidigende Aeußerungen von hoher Stelle. Dieser Versuch ist vielleicht nicht ganz ungeschickt, nur schade, daß er den Thatsachen widerspricht. Die hier erwähnten Aeußerungen richteten sich gegen vorhergegangene Aeußerungen der sozialdemokratischen Presse (Zustimmung), und die späteren Aeußerungen Ihrer Blätter sind eine Replik. Ich darf es als ein wertvolles Zugeständnis betrachten, daß der Abg. Bebel nach einer Entschuldigung für die Aeußerungen seiner Presse gesucht hat (Abg. Bebel: Ist mir gar nicht eingefallen!). In der sozialdemokratischen Partei selbst hat die Auffassung weit Verbreitung gefunden, daß die Parteipresse weit über das Maß des Zulässigen und auch für die Partei Forderlichen hinausgegangen ist. Einem gewöhnlich geschickteren und gemäßigteren Mitgliede der Fraktion ist denn auch die Aufgabe zugefallen, in öffentlichen Volksversammlungen abzuwehren, aus der Erkenntnis heraus, daß die Führer der Partei und die Proporgane die Partei in dieser Angelegenheit nicht hinter sich hatte.

Die Gerichte sollen in ihren Urtheilen den Sozialdemokraten gegenüber einen anderen Standpunkt eingenommen haben wie gegen andere Personen, und darin läge gerade die Tendenz, heißt es. Nun ist es ein alter Grundsatz in der Rechtsprechung und Rechtswissenschaft: si duo faciunt idem non est idem; wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Es kann deshalb in dem Munde des einen eine Aeußerung eine ganz andere Bedeutung haben wie in dem Munde des andern. Man fragt sich: was ist denn die Tendenz dieses Mannes, wozin strebt er, wozin will er hinaus? (W! links.) Die Herren von der sozialdemokratischen Partei müssen es sich gefallen lassen, daß vor Gericht für die Auslegung und Tragweite ihrer Worte auf andere Aeußerungen zurückgegangen wird, die sie bei anderen Gelegenheiten in Versammlungen oder in der Presse gethan haben, was sie als Ziel ihrer Bestrebungen hingestellt haben und was sie von anderen Parteien wesentlich unterscheiden. (Große Unruhe.)

Die Justiz soll mit zweierlei Maß messen und die Staatsanwaltschaft ihre Pflicht verletzen, wenn es sich um hochgestellte Personen handelt. Der letztere wird offen vorgeworfen, daß sie Herrn v. Hammerstein Gelegenheit gegeben habe, den deutschen Boden zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen vor hoher Strafe. (Sehr richtig! links.) Das ist unwahr. Die Staatsanwaltschaft ist eingeschritten, sobald die Verbrechen des Herrn v. Hammerstein zu ihrer Kenntniß kamen. (Nachen bei den Sozialdemokraten.) Ich könnte Ihnen dies

allenmäßig beweisen, vorläufig genüge mein Wort. (Unruhe.) Herr v. Hammerstein wurde angehalten, seine Auftragsgeber, das Komitee der „Kreuz-Zeitung“ in ihrem Vermögen geschädigt zu haben durch betrügerische Handlungen, Untreue, Wechselfälschungen und was es sonst sein sollte. (Heiterkeit.) v. Hammerstein widersprach dem und kündigte eine Verleumdungsklage an. Die angeblich Geschädigten traten gegen die Anschuldigungen öffentlich auf, und das Komitee der „Kreuz-Zeitung“ erklärte, daß es nicht geschädigt sei (Heiterkeit). Ich möchte den Staatsanwalt sehen, der unter solchen Umständen gegen Herrn v. Hammerstein hätte vorgehen können. An dem Tage aber, als öffentlich bekannt wurde, daß H. heurlaubt, oder vom Amte suspendirt sei, ist die Staatsanwaltschaft eingeschritten, ohne erst eine Anzeige abzuwarten. Das ist der Sachverhalt, und ich stehe dafür ein, daß die Staatsanwaltschaft ihre volle Schuldigkeit gethan hat. Für die Beschuldigungen gegen die Rechtsprechung des Reichsgerichts hat Herr Bebel nichts vorgebracht als die literarische Leistung eines Reichsgerichtsraths.

Abg. Enneccerus (natl.): Herr Bebel hätte besser gethan, anzuerkennen, daß er sich zu einem falschen Schritt hat hinreißen lassen und daß er das bedauert. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Daß er bei seiner Behauptung stehen bleibt, hätte ich nicht erwartet. Was er heute vorgelesen hat, bezog sich nicht auf die Rechtsprechung, sondern auf die Gesetzgebung, auf die Gestaltung der strafrechtlichen Vorschriften. Redner verliest den Artikel theilweise und überläßt das Urtheil über Herrn Bebel der öffentlichen Meinung. Schließlich spricht Redner auch noch über den Dolus eventualis, der von den Richtern meist in sehr ungeschickter Weise angewendet wurde.

Abg. v. Stamm (Rp.): Wenn Herr Bebel bestreitet, daß die Tendenz einer Handlung als erschwerend in das Gewicht falle, so muß er überhaupt die mildernden oder erschwerenden Umstände aus der Rechtsprechung entfernen. Die Sozialdemokratie als solche ist ja eine geborene Majestätsbeleidigung. (Große Heiterkeit.) Herr Bebel hat die Sozialdemokratie als ein Dämlein, weiß wie Schnee, dargestellt. Hat Herr Bebel vergessen, daß er der internationalen Sozialdemokratie angehört, daß offen erklärt worden ist, der Sozialdemokrat kennt kein Vaterland? Herr Engels ist der Führer und hat die Pariser Kommune verherrlicht, die doch kein Dämlein weiß wie Schnee war; er hat also die blutige rothe Revolution verherrlicht. Es sind massenhaft Zitate vorgebracht über die Aeußerungen der Sozialdemokratie in bezug auf den gewaltsamen Umsturz; und nun soll das alles verlesen werden. Jetzt ruft man die Verfassung und die Gesetze zum Schutze an, während Sie sich auf das unersorenste über Recht und Gesetz hinwegsetzen. Ich behaupte, daß Sie gar nicht berechtigt sind, in diesem Saale zu sitzen. (Nachen bei den Sozialdemokraten.) Nicht weil Ihnen das passive Wahlrecht nach meinem Vorschlage entzogen werden sollte, sondern weil nach § 32 der Verfassung die Reichstags-Abgeordneten keine Diäten beziehen sollen. Sie beziehen aber Diäten, das ist allgemein bekannt. Ich weiß nicht, wie an anderen Stellen diese Bestimmung ausgefaßt wird, sonst würde ich einen Antrag stellen. Jedenfalls zeigt sich der Reichstag und die Regierung sehr konnivent Ihnen gegenüber in bezug auf die Anwendung der Gesetze. Der Reichskanzler hat vollkommen recht, wenn er meint, daß gegenüber der Zusammenfassung des Hauses keine Initiative möglich sei. Die Regierung muß darauf verzichten, eine Umsturzvorlage oder ein Ausnahmegesetz einzubringen, deshalb muß sie um so scharfer vorgehen auf dem Verwaltungswege und auf dem Wege der Justiz. Herr v. Köller hat diese scharfere Tonart zuerst einzuführen versucht und alle Gutgesinnten sind ihm dafür lebhaft dankbar. (Zustimmung rechts; Widerspruch links.) Ich wünsche, daß sein Nachfolger ebenso scharf sein wird. Wenn scharf nicht gescheit werden wird und wenn auch die Affiliirten nicht gescheit werden, so wird das einen guten Eindruck im Lande machen. (Zustimmung rechts; Widerspruch links.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Herr Bebel hat bestritten, daß die Aeußerung von dem kulturvidrigen Begriff des Vaterlandes von sozialdemokratischer Seite komme. Ich habe hier eine kleine Schrift: „Zum Schutze und Trutz“ vor mir, eine Festschrift, gehalten am 22. Oktober 1871 von Herrn Liebknecht, worin es heißt: „Das Vaterland in Eurem Sinne ist ein überwundener Standpunkt, ein reaktionärer, kulturvidriger Begriff.“ Von Bakunin war an dieser Stelle keine Rede. Herr Bebel irrt sich, daß ich zu meinen Aeußerungen gegen die Sozialdemokraten erst durch Herrn v. Kardorff veranlaßt worden sei. Die Ursache des Vorgehens ist das provokatorische Auftreten der Sozialdemokraten im Sommer und Herbst dieses Jahres. Und wenn Aeußerungen der Entrüstung an einer bestimmten Stelle gefallen sind gegen die sozialdemokratische Partei im besonderen, so sind diese Aeußerungen der Entrüstung berechtigter Aeußerungen, und ich werde mich hüten, dem Rathe des Abg. Bebel zu folgen, die betreffende Stelle abzuhalten, ihrer gerechten Entrüstung Ausdruck zu geben.

Abg. v. Mantuffel (L.): Mit der Bemerkung, daß die Konserativen für den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung aller Strafgesetz-Paragrafen über die Majestätsbeleidigung stimmen müßten, hat sich Herr Bebel wohl nur einen Scherz erlauben wollen. Wir werden unsere bisherige Stellung zu den Majestätsbeleidigungen auch ferner aufrecht erhalten. (Beifall rechts.) Die Aeußerung in der Presse, daß wir bei der Abstimmung über den Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Liebknecht nicht sitzen könnten, sondern wir andere Parteien aufgestanden wären, ist irrtümlich. Es war daran die unliebsame Bemerkung geknüpft, daß wir aus Furcht vor den bekannten Briefen milder gegen die Sozialdemokraten austräten. Die Verwerfung von Privatbriefen, die auf irgend eine dunkle Art in die Hände politischer Gegner gelangt sind, halte ich unter allen Umständen für unanständig. (Große Unruhe. Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Will man es thun, so thue man es doch! Bloße Drohungen sind lächerlich oder ordinär. Also heraus mit Ihren Briefen! (Beifall rechts.)

Abg. Liebknecht (Soj.): In meiner Broschüre heißt es: „Das Vaterland in ihrem Sinne ist ein reaktionärer Begriff“, und die Broschüre wendet sich an die Feinde des Volkes und der Freiheit. Ich rede nicht von dem Vaterland, wie wir es verstehen, sondern vom Vaterland der Hammersteine. (Gelächter rechts.) Um ein Wort des französischen Schriftstellers Paul Louis Courier zu gebrauchen, triesen Sie kein von Patriotismus, wenn Sie irgend einen Aktentat gegen die Freiheit des Vaterlandes im Sinne haben. Diesen Patriotismus bekämpfen wir und alle solche Patrioten bekämpfen wir. Uebigens ist diese Kampfweise beliebt von dem obersten Beamten des Deutschen Reichs, doch charakteristisch für die Art und Weise, wie man die Sozialdemokratie bekämpft. Hätte ich in dieser Broschüre schlechtweg gesagt, das Vaterland ist ein reaktionärer Begriff, dann wäre dieses Zitat berechtigt, aber da ich mich gerade gegen die Gegner wende, was es nicht berechtigt. Bekämpft man uns so von oben, wie mag es erst unten geschehen? (Gelächter rechts.) Herr von Mantuffel spricht von Briefen, die auf unanständige Weise in unseren Besitz gekommen seien. (Abg. v. Mantuffel: habe ich nicht gesagt!) Er verwechselt wohl die Redaktion der „Neuen Preussischen Zeitung“ mit der Redaktion der „Neuen Preussischen Zeitung“. Die früher vielfach Briefe in unanständiger Weise an die Öffentlichkeit gebracht hat, sogar solche an fürstliche Personen. Die Moral der Redaktion der „Neuen Preussischen Zeitung“ ist nicht die der Redaktion des „Vorwärts.“ Was

wir haben, ist auf anständigste Weise in unseren Besitz gekommen und wird gegen die Gegner, wenn es nötig ist, rücksichtslos gebraucht werden. (Ause rechts: Heraus damit!)

Abg. Bebel: Herr Emmeerus und ich können uns nicht verweigern. Wenn er an das Urteil der öffentlichen Meinung appelliert, so appelliere ich an das Urteil aller derjenigen, die sich die Mühe geben wollen, den Artikel „Zukunft“ genau zu lesen. Stenglein hat nicht den bestehenden Rechtszustand verteidigt, sondern neue Wege der Gesetzgebung und Rechtsprechung haben wollen. Die Tendenz des Artikels ist entscheidend. Die in unsern Besitz gekommenen Briefe verwerthen wir, wie es uns paßt. Wenn die Herren (rechts) behaupten, daß sie Briefe von uns, wenn solche in ihre Hände fallen, nicht veröffentlichen würden, so erscheint mir das unwahrscheinlich. Was die „Kreuz-Zeitung“ in den fünfziger Jahren veröffentlicht hat, das hat nie ein Blatt in ähnlicher Weise getan. Dem Reichsanwalt danke ich für seine Erklärung; es ist immer gut, wenn man klar sieht. Wenn es so weiter geht, uns schadet es nicht. Sie können einzelne materielle zu Grunde richten, dafür treten hunderte und tausende neue ein. Es ist jammervoll, daß Herr von Stumm nicht Reichsanwalt ist, dann wären wir schon weiter. Es würde aber auch sehr schnell der Tag kommen, an welchem er wieder gestürzt wird. Er sagte, er habe alle Ursache, Herrn v. Köller für sein schneidendes Ausstreichen dankbar zu sein. Wir haben gegen diesen gänzlich die Freundschaft, die Herr v. Stumm voraussetzt. Wenn Herr v. d. Rede diese beiden Wege einschlägt, dann soll er uns willkommen sein. (Weiterkeit.) Herr v. Stumm hat deduziert aus Art. 92 der Reichsverfassung, daß wir hier im Hause eigentlich garnicht berechtigt seien, weil wir Diäten beziehen. Ein Mann, wie er, der sich beständig rühmt, die gesammte Thätigkeit der Sozialdemokratie zu verfolgen — (Abg. von Stumm: Viel zu langweilig! — Abg. Singer: Sie träumen ja sogar von der Sozialdemokratie! Weiterkeit.) Daß wir Diäten beziehen, ist eine sehr alte Sache. Bismarck hat uns verlägen lassen und die Diäten zu Gunsten der Staatsklasse einzuziehen lassen. 3-4000 M. hat er auf diese Weise der Partei abgezogen. Das können wir verschmerzen. Wenn irgend eine Partei bedürftig sein sollte, vielleicht die des Herrn v. Stumm, wir sind bereit, auszuweichen. (Weiterkeit.) Ich habe mit der größten Zuversicht von dem Siege unserer Sache gesprochen; ich bin nicht barmhellig, ich würde mich vor mir selber schämen, wenn mich jemand für einen barmhelligsten Menschen betrachten würde. (Weiterkeit.) Das Jahr des großen Kladderadatsches habe ich auch nicht prophezeit. Auch habe ich nicht gesagt, daß wir ihn herbeiführen würden, sondern nur, daß die kapitalistische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, zumal wenn noch ein allgemeiner europäischer Krieg hinzutreten würde, notwendig dazu führen müsse. Fürst Bismarck hat selbst einmal anerkannt, daß in der Rommune ein ganz gerechter Kern stecke. Der Abg. v. Stumm meinte, wir gebärdeten uns wie Sämmlein, weiß wie Schnee und vergäßen, daß wir immer von einer „internationalen“ Sozialdemokratie sprächen. Wenn gesagt ist, wir könnten kein Vaterland, so berücksichtigen wir in unserer Bereitwilligkeit, uns gegenseitig zu unterstützen, allerdings kein Vaterland, ebenso wenig wie das Christentum ein Vaterland kennt; alle Menschen sollen Brüder sein. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Begriff Vaterland in einem allgemeinen Lohnwahn untergeht. — Ich habe weder erklärt, daß wir keine revolutionäre, noch daß wir eine Reformpartei seien. Solange wir hier im Reichstag sitzen, beweisen wir, daß wir eine Reformpartei sind. Ein gut zueilendes, was hier durchgeführt ist, haben wir veranlaßt. Fürst Bismarck hat 1884 im Reichstag selbst anerkannt, daß die Furcht vor der Sozialdemokratie ein wichtiges Moment für die Arbeiterbeschäftigung gewesen sei.

Abg. v. Stumm (Rp): Die letzten Ausführungen Bebel's sind unrichtig. Ich habe 1873 die Arbeiterversicherung auf Grundlage des Knappschaftswesens vorgeschlagen. Damals ist kein Mensch darauf eingegangen; ich wurde ausgelacht. Aber aus Furcht vor der Sozialdemokratie habe ich den Vorschlag nicht gemacht. Selbst wenn die Regierung aus Furcht die Vorlage gemacht hätte, so ist das noch kein Verdienst für die Sozialdemokratie; da hat wieder einmal die Kraft, die das Böse will, das Gute geschaffen. Engels hat erklärt, daß er die Littatur des Proletariats wolle und auf die Rommune verwiesen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß aus allen anderen Parteien der Berliner Armenpflege Unterstützung zustießen, nur nicht aus sozialdemokratischen Kreisen, welche die Parteikasse gebrauchten für die Unterhaltung der Parteiverwaltung.

Abg. Singer: Ich möchte Herrn v. Stumm bitten, mitzuheilen, wer ihm das Märchen angebunden hat, daß die sozialdemokratische Parteikasse eine Aufforderung der Berliner Armenpflege abgeben hat. Es ist ganz unmöglich, daß die Berliner Armenpflege an eine politische Partei herantritt. Ich weiß wirklich nicht, ob derjenige, der es erzählt hat oder derjenige, der es geglaubt hat, mehr Naivität besitzt. Ich kann Ihnen sagen, daß es keine Partei giebt, die mehr zur Unterstützung Bedürftiger thut als unsere Partei. Es kommen oft Leute zu mir, welche trotz ihrer konservativen Gesinnung von Konservativen nicht unterstützt werden sind. Vielleicht erzählt Herr v. Köddieski Herrn v. Stumm einen Fall nach dieser Richtung hin. Ich könnte auch verweisen auf die musterhafte Haltung der Sozialdemokraten bei der Cholera-Epidemie in Hamburg. Die Parteigenossen oder die der sozialen Stellung des Herrn von Stumm angehörigen Personen haben Hamburg burg verlassen und sind erst nach dem Erlöschen der Cholera zurückgekehrt. Sie wissen, daß einem Weber wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung eine Unterstützung zur Verbesserung seines Wohlstandes verweigert wurde, dem nun aus der Parteikasse Unterstützung gewährt wurde.

Abg. v. Stumm (Rp): Ich will nicht bestreiten, daß die Sozialdemokratie viel thut, wenn es sich um Unterstützungen zu politischen Zwecken handelt. Ich habe nicht von Parteien gesprochen und von der städtischen Armenpflege, sondern von der freiwilligen Armenpflege und von den Parteikassen. **Abg. Vielhaben (Reform-P):** bestritt, daß in Hamburg in erster Linie die Sozialdemokraten bei der Cholera mitgearbeitet hätten. Im Gegentheil, es müßte dafür gefordert werden, daß die Unterstützung nicht in verkehrte Arbeiterhände kam. Die Arbeiter gingen auf den Bantzen umher und forderten die Arbeiter auf, doch nicht zu arbeiten, sie könnten ja ohne Arbeit 3 M. Unterstützung bekommen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wer hat das gesagt?) Deshalb wurde ein Arbeitsnachweis eingerichtet und nur wer die Bescheinigung dieses Nachweises brachte, daß er keine Arbeit erhalten könne, erhielt Unterstützung.

Abg. Frohne (Soz): Als die Seuche in Hamburg ihren Höhepunkt erreicht hatte, wandte sich die Polizeibehörde direkt an die sozialdemokratische Organisation mit dem Ersuchen um Unterstützung, und diese Unterstützung ist in ausgiebiger Weise gewährt worden. (Hört! Hört!) Das im Reich gesammelte Geld ist zweckentsprechend verwendet worden ohne Ansehen der Partei, und es ist ein Märchen, daß wir den Bantzen gefügt haben, arbeitet doch nicht, ihr werdet zu unterschätzt. Die offiziellen Unterstützungen waren in der Regel so knapp, daß kaum der äußersten Noth gesteuert werden konnte. Wir rühmen uns unserer That nicht, wir haben unsere Schuldigkeit getan und bewiesen, wie un begründet die Anzügen sind, daß die Sozialdemokraten für ihre Mitmenschen kein Herz haben.

Damit schließt die erste Berathung des Etats. Auf Antrag der Abg. v. Massow und Genossen wird eine ganze Reihe von Etatspositionen der Budgetkommission überwiesen.

Gegen 5 Uhr verläßt das Haus die erste Berathung des Besetzungswunsches betreffend den unläuteren Wettbewerb auf Freitag 1 Uhr.

lokales.

In Weiskensee stehen der Arbeiterschaft folgende Lokale zur Verfügung: Café Rettig, Joh. Heinrich; Demein's Gesellschaftshaus, König-Clauffee 84; Pfeifen-Müller (H. Saal), König-Clauffee 88; Zum Prälaten, Ledert. 122; Häbling (Palmenaal), Langhansstr. 108; Kühne (H. Saal), Röllstr. 20; Bemdorf (Wachhaus' Volkstheater), Feinersdorfer Weg 55; Deutscher Schützengarten, Feinersdorfer Weg und General-Strafen-Gde.

Zum Fall Zietzen. Der Brief aus Algier, welchen wir gestern dem „Berliner Tageblatt“ entnahmen, ist von der Redaktion des genannten Blattes freundlich zur Einsichtnahme übergeben worden. Die Echtheit des Briefes ist aber jeden Zweifel erhaben. Die deutsche Vorkast in Paris, welche den Aufenthalt Wilhelm's, des — nach Ueberzeugung so ziemlich aller mit dem Sachverhalt bekannten Personen — wirklichen Mörders der Frau Zietzen, bisher nicht zu ermitteln vermochte, wird jetzt wohl bald in der Lage sein, den Gesuchten der deutschen Justiz zu überliefern, damit endlich einmal Licht in die Zietzen-Angelegenheit gebracht wird, die mehr und mehr den öffentlichen Geist beschäftigt, das Rechtsgefühl des Volkes mehr und mehr beunruhigt.

Der Dachdecker Loh, der vor einigen Monaten durch den Kottbuser Anarchistenprozess als Denunziant entlarvt worden ist, hält sich gegenwärtig wieder in Berlin auf. Zuletzt lebte er in Magdeburg, wo er durch die Lüge, er sei Delegierter zum Halberstädter Dachdeckerkongress gewesen, Unterstützung zu ergattert suchte. Nachdem er durch die „Volkstimme“ gekennzeichnet und so der Möglichkeit beraubt war, auf seine Weise unter der Arbeiterschaft zu wirken, verstand er aus Magdeburg. Zum Schluss hat er noch, allerdings vergeblich, eine antisemitische Versammlung einzuberufen gesucht. Die Berliner Arbeiter und vor allem die Dachdecker seien vor dem Denunzianten Loh auf das eindringlichste gewarnt.

Rekruten für die radikale Nothe. Zum Glend unter dem Proletariat der Feder liefert eine Bekanntmachung des Direktors vom königlich statistischen Bureau einen bemerkenswerten Beitrag. Der Herr Direktor Bient macht nämlich wiederholt darauf aufmerksam, daß der Bedarf des Bureau's an Hilfskräften für die berufstatistischen und Volkszählungsarbeiten bereits vollständig gedeckt ist, fernere Beschäftigungsgesuche daher unbedingt unberücksichtigt sind und zur Verminderung weiterer Belastung des Bureau's auch unbeantwortet bleiben müssen! — So fördert die göttlich-kapitalistische Weltordnung das Massenelend an allen Ecken und Enden und liefert neue Rekrutenschaaren der Armeere, die jedem, der arbeiten will, sein gutes Brot aus dem Ueberfluß der Natur liefern wollen. Und einer Bewegung gegenüber, die fortwährend neue Kraft aus dem Boden der trostlosen Wirklichkeit saugt, redet man vom Gebrauch des Achtmillimeter-Gewehrs und ähnlicher Geschmutterungswaffen. Was hat schon Heine diesen Helden lächelnd geantwortet? Auch nicht Kanonen, viel Hundertpfünder, sie helfen euch heut', ihr lieben Kinder!

Das Auratorium der Berliner Unfallstationen sendet uns folgende Mittheilung: In der Nr. 290 des „Vorwärts“ befindet sich eine Zuschrift aus den Kreisen hiesiger Krankenlassen-Beamten über die Berliner Unfallstationen. Dieselbe enthält durchweg falsche bezw. unrichtige Angaben. Wie nachweislich bei den maßgebenden Personen und bei den Behörden bekannt ist, ist das Unternehmen auf finanziell sicherer Grundlage errichtet und wird durch eine große Zahl von Berufsgenossenschaften, die dem Unternehmen schon nahezu 200 000 M. zugewendet haben, wirksam unterstützt. Die bei dem Unternehmen thätigen Ärzte sind von dem Auratorium auf Empfehlung der ersten hiesigen Minister als habelhaft erprobte Chirurgen gewonnen worden. Der Magistrat und die Polizei, insbesondere auch Herr Präsident Dr. Wädiker, haben nach genauester Kenntnisnahme aller inneren Einrichtungen dem Unternehmen ihr vollstes Lob gesollt. Nahezu 15 000 verunglückte Personen haben innerhalb eines Jahres in den Stationen Hilfe gefunden. Immermehr wird auch in Arbeiterkreisen die Wohlthat der Einrichtung anerkannt. Beispielsweise weist die Ludwig Löwe'sche Krankenliste in ihrem letzten erschienenen Jahresbericht darauf hin, daß die Unfallstationen in mehr als 100 Fällen zum Segen gewesen seien. Einstimmig sei das Lob aller dort ambulatorisch oder stationär behandelten Mitglieder über die widerfahrne ärztliche und sonstige Behandlung. Es erscheine dem denkenden Menschen unbegreiflich, wenn sich Ärzte finden, die bei jeder ihnen passenden Gelegenheit das Wort „Humanität für den Arbeiter“ im Munde führen und dabei eine Institution bekämpfen und anfeinden, die gerade dem verletzten Arbeiter die rationellste, schnellstmögliche Hilfe gewähre. Was nun eine eventuelle Zuwendung der städtischen Behörden betrifft, so ist dies im eigentlichen Sinne nicht eine Unterstützung, sondern ein Erfolg derjenigen sehr erheblichen Kosten, welche das Unternehmen im Sinne der Armenpflege für unentgeltliche Hilfeleistung und Transporte aufwendet.

Vor allen Dingen ist zu beachten, daß die Unfallstationen jederzeit schnelle Hilfe leisten und selbstverständlich unentgeltlich für Unbemittelte.

Bei den Stadtverordneten-Stichwahlen in Charlottenburg liegt im 1. und 8. Bezirk der reaktionäre Kandidat über den liberalen.

Der Petitions-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung beschloß sich am Dienstag mit der Petition des Berliner Nektorenvereins an die Gemeindebehörden wegen Gleichstellung der Ferien an den Gemeindeschulen mit den höheren Schulen. Der Ausschuss hat beschlossen, die Angelegenheit zu vertagen und den Magistrat um Erhebungen zu ersuchen, wieviel Kinder ein und derselben Familie die Gemeindeschule bezw. höhere Lehranstalten besuchen. In seiner nächsten Sitzung will derselbe alsdann seine Beschlüsse fassen.

Wenn die Polizei das gleiche Recht für Alle zur Geltung bringt, so ist es natürlich den privilegierten Klassen nicht recht. Diese Blätter wehklagen voller Entrüstung: „Die Handhabung des Vereinsgesetzes seitens der Polizei findet gegenwärtig mit außerordentlicher Schärfe statt, die selbst dort Anwendung findet, wo Politik nicht getrieben wird und wo sonst eine polizeiliche Ueberwachung der Versammlung nicht beliebt würde. Ein hiesiger Grundbesitzerverein hatte für letzten Mittwoch eine Sitzung einberufen, und, wie dies schon seit Jahren geschah, die Anmeldung dergestalt bewirkt, daß dieselbe ungefähr zwanzig Stunden vorher in den Händen der Behörde war. Trotzdem wurde seitens der Polizei die Abhaltung der Versammlung wegen „verspäteter Anmeldung“ untersagt.“

Militärmusiker gegen Zivilmusiker. Der Ausfall der Audienz, welche das Präsidium des Deutschen Musikerverbandes vor kurzem bei dem Kriegsminister gehabt hatte, soll, wie ein hiesiges Blatt schreibt, nicht den Erwartungen der Zivilmusiker entsprochen haben. Was kann verwundern dürfte!

Von dem frühlichen Hause Leipzigerstr. 4 schreibt ein Berichterstatter: Die Verwaltung des alten Reichstagsgebäudes ist nach dem Ausscheiden des Herrn Bierck, der sich seiner Aufgabe durchaus nicht gewachsen gezeigt hat, von dem Freiherrn v. Broich als Richter vorläufig einem Komitee von drei Herren, dem Wirth des Reform-Restaurants Herrn Kronberg und den Herren Biesling und Braun übertragen worden. Daß die Wirthschaft in dem alten Hause künftig weniger amerikanisch betrieben werden wird, zeigt sich schon jetzt. Die häßlichen Diebstahlschilde der Hygiene-Ausstellung sind von der Front des Gebäudes bereits entfernt worden.

Briefmarken-Fälscher. Wie aus Nixdorf gemeldet wird, ist als Verfälscher der dort aufgetauchten falschen Zehnpfennig-Briefmarken der Buchdrucker Julius Rose ermittelt und zur Haft gebracht worden. Wie er angeht, hat er für etwa 120 M. gefälschte Briefmarken mit einer Ziegelbrudrpressen hergestellt und davon 80-100 M. an dem Arbeiter Paul Neumann in Nixdorf zum Vertrieb abgegeben. Neumann wurde ebenfalls verhaftet.

Zwei schwere Unfälle im Eisenbahnbetriebe sind am Mittwoch im Reichthilde von Berlin vorgekommen. Der Streckenarbeiter Christian Gogel aus Mödern, der hier in der Müllerstr. 35a wohnte, hatte den Auftrag, auf dem Hamburger Innenbahnhofe einen beladenen Güterwagen aus einem Wagenschuppen zu schieben. Ein Arbeitsgenosse war ihm dabei beistehend. Als der Wagen aus dem Schuppen ausließ, gerieth Gogel zwischen diesem und den Thorpfosten und wurde vollständig eingeklemmt. Gogel wurde an Kopf und Brust so stark gequetscht, daß er auf der Stelle verstarb. — Der Rangierer August Schulz aus Schöneberg, der schon über 10 Jahre lang im Eisenbahndienste steht, kam Donnerstag Mittag auf dem Anhaltischen Bahnhofe schwer zu Schaden. Schulz muß auf dem Trittbrett eines Wagens gestanden haben, der in Bewegung war. In der Nähe der Ueberführung der Yorkstraße, an der sogenannten Gogelstraße, wurde er mit dem Kopfe gegen einen Laternenpfahl geschleudert; er fiel bewußtlos vom Wagen herab. Als man eben dabei war, ihn in einen Tragkorb zu legen, um ihn ins Elisabeth-Krankenhaus zu bringen, kam er wieder zu sich und ließ sich nun in seine Wohnung tragen, wo er schwer darniederliegt.

Abermals ein Opfer des Elends. Selbstmord hat Mittwoch Mittag ein Mann begangen, der nach dem bei ihm vorgefundenen Papiere als der Maler Witting aus Finkenwalde ermittelt wurde. Derselbe hatte sich zwischen den Stationen Landsberger Allee und Zentral-Viehbof auf die Schienen gelegt, so daß ihm durch einen Vorübergang der Kaps abgefahren wurde. Witting scheint den Selbstmord aus Nahrungssorgen begangen zu haben. Denn er soll dieser Tage wiederholt hier um Arbeit angeprochen haben, ohne solche finden zu können. Dafür daß er sich bis zuletzt um eine Stelle bemüht zu haben scheint, spricht der Umstand, daß bei dem Tode die sämtlichen Legitimationspapiere, deren er zur Erlangung von Arbeit bedürftig war, vorgefunden wurden.

Verunglückter Anscher. Hilfloß aufgefunden wurde vorgestern Abend um 7 Uhr der 37-jährige Kutcher Gustav Schmidt aus der Wollstr. 16 vor dem Hause Müllerstr. 49. Ein Schuhmann des 57. Reviers brachte ihn mit einer Droschke in ein Krankenhaus. Der Mann war von seinem eigenen Wagen abgefahren und am rechten Bein erheblich verletzt worden. Wie viele Stunden mag der Mann thätig gewesen sein, bevor ihm das Unglück passierte?

Künstlers Erbenwaisen. Viel Arbeit hat ein zu einer kleineren Jürgelgesellschaft gehörendes Kunstlerpaar, das jetzt den Bund für's Leben zu schließen gedenkt, den Ständebäumen bereitet. Das Aufgebot der beiden jungen Leute, das in Alisa (Sachsen) beantragt worden ist, hat nämlich in 22 Orten des Reiches, und zwar auf der Strecke von Frankfurt a. O. nach dem Königreich Sachsen, veröffentlicht werden müssen. Diese 22 Orte hat die Gesellschaft in den letzten sechs Monaten zu längerem oder kürzerem Aufenthalt berührt, und nach den gesetzlichen Bestimmungen mußte überall, darunter auch in mehreren Berliner Vororten, das Aufgebotsverfahren bekannt gegeben werden.

Mit dem Tode endete für den 23-jährigen Stakmann Leopold Sziedat ein Streit, in den er mit seinem Arbeitsgenossen Wilhelm Buggert gerieth. Sziedat und Buggert waren beide beim Aufgebot auf dem Grundstück Koloniestr. 21 beschäftigt und wohnten auch dort. Mittwoch Vormittag gegen 10 Uhr entstand eine Schlägerei zwischen den beiden. Das Ende war, daß Sziedat seine Wohnung aufsuchen und sich niederlegen mußte. Er gab an, von seinem Gegner mit einem eisernen Hammer einen Schlag über den Kopf erhalten zu haben. Das scheint jedoch der Wahrheit nicht zu entsprechen, wenigstens hat man auf dem Kopfe keine Verletzungen wahrgenommen. Sziedat verfaumte es, einen Arzt zu Rathe zu ziehen und war noch am selben Abend eine Leiche. Wie es scheint, ist er an inneren Verletzungen und Verblutungen gestorben.

Der zweite Mörder des Bahnwärters Schulz aus Zeltow, der obdachlose Kutcher Adolf Wehlan, ist gestern Nachmittag um 5 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße festgenommen worden und hat vor der Kriminalpolizei bereits ein Geständniß abgelegt. Der Versicherungsagent Karl Kurz, der in Rowaues ergriffen wurde, hatte die Sache so dargestellt, daß Wehlan allein der Thäter gewesen wäre. Das trifft nach dem Geständniß Wehlan's nicht zu, vielmehr sind hier-nach beide gleich schuldig. Wehlan erklärt, daß er mit Kurz gemeinschaftlich den Raubmord in der Weise ausgeführt habe, daß er den alten Mann niederschlugen und Kurz ihm darauf die tödtlichen Stiche und den Schnitt in den Hals beibrachte. Den Raub von 1500 M. hätten sie sich dann getheilt. Die Ergreifung des Wehlan erfolgte unter eigentümlichen Umständen im Gange des Bahnhofes Friedrichstraße vor dem Wartesaal zweiter Klasse. Hier stand Wehlan, der wohl im Begriffe war, von Berlin abzufahren, aber noch keine Fahrkarte gelöst hatte, als vom Bahnsteige herab die Mutter des Kurz kam. Die Frau, die noch immer an die Unschuld ihres Sohnes glaubt, war zur Vernehmung im Gerichtsgebäude zu Noabit gewesen. Sobald Wehlan, den sie kennt, ihrer ansichtig wurde, wollte er fliehen. Frau Kurz aber eilte ihm nach und rief einem Bahnbeamten zu, er möge einen Schuhmann holen. Von der Bahnwache kam denn auch gleich ein Beamter, der den Wehlan festnahm und ihn, als er von Frau Kurz entsprechende Ausklärung erhalten hatte, von zwei anderen Schutzleuten unterstüzt, auf die Wache des 2. Reviers in der Bauhofstraße brachte. Von hier brachte man den Mörder mit einer Droschke nach dem Alexanderplatz.

In dem neuen Brandstiftungsfall zu Spandau hat die in Untersuchungshaft genommene Frau Ziegen bereits das Geständniß abgelegt, daß sie allein ohne Vorwissen ihres Mannes das Feuer angelegt habe; leichter ist infolge dieser Aussage aus der Haft entlassen worden.

Die Arbeiter der Löwe'schen Gewehrfabrik zu Martinickensfelde, welche in Spandau wohnen, haben beschlossen, bei der Eisenbahndirektion um Errichtung einer Haltestelle im Verlehr Becken-Dehler Bahnhof-Spandau auf der Ringbahnstation Beußelstraße zu petitioniren.

Zu dem Bericht der Arbeiter-Sanitätskommission über das Haus Wiesenstraße 63 wird uns von dem Hauswirth mitgeteilt, daß die Kellerwohnung daselbst trocken sei; die Wohnung sei vor Jahresfrist ausgebessert worden; eine Beschwerde seitens der Mietherin sei, obgleich diese jetzt sechs Jahre die Wohnung inne habe, nicht vorgebracht worden.

Vermischtes.

Schiffskollision. Der Dampfer „German“ der White-Star-Linie, welcher am Mittwoch von Liverpool nach New-York abging, stieß an der Mündung des Mersey-Flusses mit einem schottischen Küstendampfer zusammen; die „German“ wurde hierbei stark beschädigt und mußte nach Liverpool zurückkehren.

Vom Nordsee-Kanal liegen folgende Beschäftigungsnachrichten vor: Den Meldungen der Blätter gegenüber wird festgestellt, daß der Dampfer „Jans“ außerhalb des Kanals im Ober-Gdressee infolge einer schweren See festgenommen war, aber längt wieder flott geworden und weitergeleitet ist. Der Dampfer „Arminster“ ist überhaupt nicht fest gewesen. Der Dampfer „Higland“ war vorgestern Nachmittag bei Schestedt festgerathen; wurde aber nach vier Stunden wieder abgebracht. Eine Sperrung des Kanals ist nicht vorhanden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 13. Dezember.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Der Störenfried.
Deutsches Theater. Der Misantrop.
Das hohe Lied.
Berliner Theater. Prinzessin Goldhaar.
Altes Theater. Niniche.
Festung-Theater. 3 Musik.
Schiller-Theater. Der Traum ein Leben.
Residenz-Theater. Hals über Kopf.
Vorher: In doppelter Besetzung.
Adolph Ernst-Theater. Der kleine Lord.
Hierauf: Die ewige Braut.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Kammern.
Vorher: Nr. 66.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Freitag: Zum ersten Male: Der Traum ein Leben.
Sonabend: Der Traum ein Leben.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Zum 99. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Fosse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Julius Freund und Will. Mannstädt.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonabend: Zum 100. Male:
Eine tolle Nacht.
Jeder Besucher dieser Vorstellung erhält ein Souvenir gratis.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Hrn. Georgios Sobjeska vom kgl. National-Theater zu Ugram.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
Regie: Max Samst.
Morgen: „Der Jude.“
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der G'wissenswarm.

Alexanderplatz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Zum 51. Male:
Die kleinen Kammern.
Baudrville in 2 Akten von L. Varney.
Vorher:

Nummer 66.
Operette in 1 Akt von Offenbach.
Sonabend: Zum 66. Male:
Die kleinen Kammern.
Vorher: Zum ersten Male:
Fortunios Lied.
Operette von Offenbach.
Sonntag-Nachmittag (4 Uhr):
Zum 1. Male:
Der Weihnachtsmann.
Weihnachtskom. in 3 Akten von Kolbe.
Parquet 75 Pf. zc.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Innenstr. 42/43
(City-Passage).
Hui! Hui!
Auf Helgoland!
Aufführungspost mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Reichard u. Schmalow. Musik von R. Martin.
Riesen-Programm.
Auf. Wochent. 8, Sonnt. 6 Uhr.
Entree 10 Pf., 30 Pf.
R. Winkler.

Neuer Circus.
Circus BUSCH
(Bahnhof Börse)
Freitag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Sensationeller Erfolg!
Fischens, das Waldmädchen.
Schwimmende Elefanten und schwimmende Pferde mit Reitern.
Grandioses Ballet.
Außerdem: Auftreten der amerikan. Reitmännchen Geschw. Powell. Ein equest. Arrangement v. 70 Hengsten, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Sodann die besten einzeln dress. Hengste. Eine Damen-Schulquadrilla, ger. von 6 Damen. Leopard, Pferd medley. Rasse, dress. u. ger. v. Herrn Poottli-Burghardt. Austr. d. Glows Gebr. Rossi, Gebr. Dax, Gebr. Cavallini, Hr. Veldeman u. Tom-Tom.
Sonabend: Fischens, das Waldmädchen.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise und 1 Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr: Zuchens.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panopticum.
!! Neueste Illusion !!
Allerseelen.
Die syrischen Fechter.
Die Sünde.

Passage-Panopticum.
42
Mädchen
vom
andern Ende
der Welt
(Samoa).

Kaiser-Panorama
(Passage).
Zum ersten Male:
V. Reise nach Konstantinopel u. Athen.
Erste Wanderung durch d. malerische holsteinische Schweiz.
Eine Reise nur 20 Pf.
Tausende Abonnenten.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Nou! Angely-Gertiny-Trio Nou!
die besten fliegenden Hochturner am patentierten Luft-Apparat, dazu das neue große 15. Dezember-Programm.
Spezialitäten.
Anfang) Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.
Das Theater ist gut geheilt.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Mlle Duclere
und 14 Nummern
I. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Adolph Ernst-Theater.
Der kleine Lord.
Lebensbild in 3 Akten nach dem gleichnamigen Roman v. Mr. Hodgson Burnett, übersetzt von Volten-Wäcker.
In Amerika 3240 Mal, in London 1262 Mal aufgeführt.
Hierauf:
Die ewige Braut.
Operette in 1 Akt von W. Mannstädt und Jean Strin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété-Theater.
Königsstraße, Kolonnaden.
Sensationeller Erfolg des neuen Programms!
Um 10 Uhr:
Die pikante und tolle Farleske
Coulissen-Geheimnisse.
Arthur Fränkel, Henny Schmid, Edi Blum,
mehr braucht man nicht zu sagen!!! das genügt.

Nächste Soiree der Stettiner Sänger
(Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Sonntag, 15. Dezember, im
Concerthaus Sanssouci
Kottbuserstraße 4a.

Vorwärts!
Beliebter (38542)
Berliner Bitter.
R. Hubert,
W., Göbenstraße 21.
Strichvoll-Reste, Zephyr, Modivolle zu Partylepreisen jetzt Holzmärktstr. 60, Hof links 1 Tr.

W. Noack's
Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Johann Harting, Biederfänger, Fr. Berger, Bieder- und Walzerfängerin. Franz Feld, Gefangshumorist. Fr. Marion, Koflamsoubrrette. Gust. Conrad, Charakter- u. Komiker. Geschw. Tilly, Duettisten.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 8 M. an, Teilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst.
Gndel, Kaufplatz 2, Gfasserstr. 12.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstr. 46.
verleiht gegen Nachzahlung (nicht unter 10 M.) garant. was vorz. Matratzen-Bettfedern, d. 55 Pf. Goldbaumend. 24. 1, 25 h. welche Halbbaunen, d. 45 Pf. 1, 25, vorzügliche Taunen, d. 45 Pf. 2, 25.
Von diesen Taunen grünen u. Blau zum ardhsten Federbett.
Verpackung und nicht h. rednet.

Selbst ist der Mann.
Wer rechnen kann und Cognac trinkt, mache sich seinen Cognac selber. Für 75 Pf. erhält man in Apotheken und Drogerien eine Originalflasche von Mellinghoff's Cognac-Essenz, welche mit 1 Liter Weingeist und 1/4 Liter Wasser für wenig Geld einen vorzüglichen Cognac giebt, welcher der chemischen Zusammensetzung nach dem echten Cognac gleich ist.
Man vermeide alle andern Zusätze und kaufe nur Originalflaschen zu 75 Pf. mit dem Namenszuge des Herstellers Dr. F. W. Mellinghoff in Mülheim a. d. Ruhr, der event. für 75 Pf. in Briefmarken die Essenz franco sendet.
Für den Wiederverkauf wird Rabatt gewährt.
Depôt in Berlin: Apotheke zum weißen Schwan, Paul Hillmann, Spandauerstr. 77.

Honigkuchen-, Marzipan- u. Chokoladen-Fabrik
von **Stürmer & Koch**
(in Firma: A. Stürmer & Comp.)
nur Brunnenstraße 26
empfehlen zum bevorstehenden Feste ihre Fabrikate. (39072)
Baumbehang in reichster Auswahl zu billigsten Preisen.
Honigkuchen auf 3 Mk. 1 Mk. u. ein Schwein Rabatt.

Dankagung.
Allen Verwandten u. Freunden, sowie der Liedertafel der Maler mit ihrem Dirigenten sagen wir unseren herzlichsten Dank für die große Theilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau und Mutter.
Friedrich Rauch nebst Kindern.

Brockhaus', Meyer's
Verikon, Drehm's Thierleben, Bellegeschichten, Bücher, ganze Bibliotheken lauft Antiquariat Ködstr. 56, I. (21/20)
Spezial-Geschäft
f. Buppenwagen, Kinderwagen, Kinderbettchen, Kinderklappstühle, Sportwagen, Schankelpferde.
Theilzahl. geflattet.

Kinderwagen-Bazar „Baby“.
Hauptgesch.: Landsbergerstr. 70.
Alexanderstraße 44 am Alexanderplatz
Ede Landsbergerstraße.
Kilissen: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr., Reinickendorferstr. 20, Markthalle; Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 52a.
Ia. Blüthenhönig, garantiert reiner Bienenhönig (Schleuder- u. Ledhönig), Postkoll 9 1/2 Pf. nur M. 5.—, Versandt franco Nachnahme. Halbescheibenhönig 80 Pf. 4 Pf. Verpackung frei! 25 Mal prämiert, viele hundert Anerkennungen. Meyer's Zinkerei, Oberhöhe b. Waldstede.

Hirschfleisch, Pfd. 90 und 40 Pf., vom Blatt 50, Reule 70.
Blutrische Hasen 2,75 M., gespickt 3,25.
Oberbruh: Gänse, Pfd. 50-55 Pf.
Wild- u. Geflügel-Keller
A. Ritschl, 87. Dresdenstr. 87, Eingang vom Hür.
Vorwärts nach Wiesenstraße 19 a. Ca. 6 1/2 Pfd. Brot für 50 Pf.

Alte Stiefeln, ausw. Bestellung u. Reparaturen reell u. billig Staligerstr. 147a, Kunge. (17586)
Theilnehm. möbl. Zimmer m. Pension, 45 M. Zahl. wöchentl. od. monatlich. Wilhelmstr. 48, S. I. 8 Tr. 1755b

Arbeitsmarkt.
Schriftlithographen u. Stein-drucker für Handpresse (Merlantii) werden verlangt. Arbeitsnachweis der Lithographen u. s. w., Neue Friedrichstr. 86, 1 Tr. 96/15
Vergolder, tüchtig u. zuverl., zum sof. Antritt nach Wien gesucht. Näheres bei Nixdorfer Goldbearbeitungs-Jabr. Adolf Butterweich, Nixdorf, Bergstr. 192.
Licht. Mechanik, f. elektro-med. App. verl. Kranke, Marienstr. 28, 1754b
Vehrung zur Kunstschlosserei verlangt sofort N. Voisch, Brüderstr. 24.

1 Million Cigarren zu Spottpreisen

Höchst wohlwollend und würzig. Süddeutsches Fabrikat, drei verschiedene Marken in drei verschiedenen Größen, gut brennend und lustend.

Regie Nr. 1, ca. 8 1/2 cm lang, 100 Stück 1 Mk.
Regie Nr. 2, ca. 9 cm lang, 100 Stück 1,25 Mk.
Regie Nr. 3, ca. 10 1/2 cm lang, 100 Stück 1,50 Mk.

Auf den anseherndlich vortheilhaften Kauf der letzteren wird ganz besonders hingewiesen.

1 Million vorzügliche Sumatra-Cigarren

fämmtliche schneeweiß brennend, gut lustend und von vorzüglichem Geschmack. — Sumatra BB, ca. 10 cm lang, 100 Stk. 1,75 (harmlos). — Sumatra CC, ca. 10 1/2 cm lang, etwas geschmackvoller, 1,25. — Sumatra DD, ca. 10 1/2 cm lang, vollwürzige Cigarre, per 100 Stk. 2,50. — Sumatra EE, ca. 10 1/2 cm lang, eine edle Gesellschafts-Cigarre, per 100 Stk. 3. — Sumatra FF, ca. 10 1/2 cm lang, eine hervorragend wohlwollende Gesellschafts- u. Promenaden-Cigarre, per 100 Stk. 3,25. — Sumatra GG, ca. 10 cm lang, rein überfeilich, vorzügliche Java- und Brasil-Einlage, eigenes Fabrikat, per 100 Stk. 3,75.

Brasil, La Cruz des Almas u. Ostindische Cigarren. — Diese Serie von durchaus nur vornehmsten, ausgesucht edelsten Gewächsen spricht für sich selbst u. erübrigt jede weitere Empfehlung. Die mit * bezeichneten Marken sind meine eigenen Fabrikate.

Cigarren, ca. 9 1/2 cm lang, 100 Stk. 1,75. — dieselbe in größerer Packung 1,50. — **Alfonso**, ca. 10 1/2 cm lang, eine Zusammenstellung ausdieser Havana- und La Cruz des Almas-Tabake, per 100 Stk. 1,50. — **Reine Handarbeit-Cigarre**, ca. 12 cm lang, überwiegend aus hervorragenden, zarten Havana- und Vell-Tabaken zusammengewickelt, welche von meinen Kunden ihrer milden und wohlthuenden Eigenschaften wegen echten Import-Cigarren vorgezogen wird, per 100 Stk. 11 Mk.

1 Million Havana,

Hochfeine St. Felix-Cigarre, ca. 11 cm lang, 100 Stk. 4,50, eine Kiste 250 Stk. für 11 Mk. — Marke Deli B/A mit Havana- und Vell-Einlage, 9 1/2 cm lang, per 100 Stk. 5. — **Vuelta Havana-Cigarre** (Bremer Fabrikat), ca. 10 1/2 cm lang, ist mit 10 Mk. preiswürdig verkauft, kostete bei mir bisher 11,50, jetzt nur per 100 Stk. 5. — **Marke Torpedo**, ca. 12 1/4 cm lang, Regalia-Import-Vuelta aus durchaus edlen, milden Tabaken zusammengestellt, per 100 Stk. 5,50. — 2 Marken 1 A prima Havana-Cigarren.

Jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag erhält jeder Käufer 5 Pfg. pro Mark zurück.

Jede Sendung betrachte nur als Ansichtsendung. — Nichtzugehendes nehme auf meine Kosten zurück. — Muster-räucher gratis. — Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages; — von 9 Mark an franco. — Farben nach Wunsch hell, mittel oder dunkel.

Jacques Raphaëli, Berlin C.,

Neue Promenade 8, gegenüber Stadthof Börse.
Von Ende Februar ab nur Spandauer Brücke 2 im eigenen Hause.
Meine Offerte betreffend Schuhwaren auf Seite 3, 2. Beiblatt bitte zu beachten! Sonntag bis 7 Uhr geöffnet!

Der Begriff des „Vereins“.

In der soeben erschienenen Nr. 11 der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht Reichstags-Abgeordneter Justizrat A. Mundel, bekanntlich einer der ersten Rechtsanwälte im Reich, eine juristische Untersuchung der Grundlagen des preussischen Vereinsrechts aus Anlaß der Maßnahmen der Polizei gegen unsere Organisationen. Wir empfehlen unseren Lesern die Ausführungen Mundel's zum Studium.

Auf Grund des § 8 der Verordnung vom 11. März 1850 hat der Polizeipräsident zu Berlin durch Verfügung vom 29. November dieses Jahres elf hiesige angebliche Vereine der sozialdemokratischen Partei geschlossen. Eine Aufhebung dieser Maßregel ist bisher nicht erfolgt, und es ist demgemäß der vorläufige, sowie demnach der endgültige Spruch des Gerichts über die getroffene Maßregel zu erwarten.

Wie dieser Spruch im allgemeinen ausfallen wird, läßt sich zur Zeit umsoweniger beurteilen, als Gründe für die polizeiliche Maßregel, abgesehen von dem allgemeinen Hinweis auf den genannten § 8 — vermutlich ad b — nicht angegeben sind. Es muß vermutet werden, daß den vorläufig aufgelösten „Vereinen“ verbotene Verbindung mit anderen Vereinen gleicher Art vorgeworfen wird, und die tatsächliche Begründung dieses Vorwurfs bleibt abzuwarten. Schon heute ist indes davon zu warnen, daß die öffentliche Erörterung sich gar zu ausschließlich auf die Frage konzentriert, ob solche Verbindungen statigefunden haben oder nicht. Rechtlich ist ebenso wichtig die Frage, ob die für aufgelöst erklärten Organisationen u. als „Vereine“ zu betrachten sind.

Unter den elf vom Polizeipräsidenten aufgeführten Vereinen befinden sich sechs, welche sich selbst als Vereine bezeichnen und welche vereinsmäßig organisiert sind. Drei sind bloße in Versammlungen gewählte Kommissionen (die Agitations-, Preis- und Sozialkommission). In der Polizeiverfügung wird ferner aufgeführt der „Partei-Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, so daß also der Polizeipräsident von der Anschauung ausgeht, die Mitglieder dieses Parteivorstandes bildeten unter sich einen Verein und dürften daher mit anderen gleichartigen Vereinen nicht in Verbindung treten. Endlich befindet sich aber auch in der Liste:

der Verein „Öffentliche Vertrauensmänner“ der Berliner Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hiermit sind die in öffentlichen Versammlungen gewählten Vertrauensmänner gemeint. Die betreffenden Vertrauensmänner selbst sind bisher nicht des Glaubens gewesen, daß sie einen Verein darstellen, haben sich auch nicht als solchen bezeichnet. Die Benennung eines Vereins als „Öffentliche Vertrauensmänner“ ist auch eine dergestalt ungewöhnliche, daß in verschiedenen öffentlichen Blättern, welche die im „Staats-Anzeiger“ veröffentlichte Kundgebung der Behörde wiedergaben, aus dem Verein „Öffentliche Vertrauensmänner“ ein Verein öffentlicher Vertrauensmänner geworden ist.

Dem Laien könnte es leicht als eine mäßige Frage erscheinen, ob die Polizei das Recht habe, Vereine aufzulösen, welche gar nicht existieren; denn was nicht besteht, könnte ja auch von einer Auflösung nicht betroffen werden. Trotzdem wäre jene Befugnis der Polizei von den weitgehendsten praktischen Folgen. Nach § 16 der zitierten Verordnung sind Personen, die in solchen Fällen als Vorsteher der vermeintlichen Vereine betrachtet werden, strafbar. Jede Thätigkeit, welche sich als Fortsetzung eines auch nur vorläufig gelösten Vereins darstellt, ist ebenfalls mit Geld- oder Gefängnisstrafe bedroht. Die Thätigkeit einzelner Personen, erwählter Kommissionen u. s. w. kann also gänzlich unterbunden werden, sobald man sie als Vereine betrachtet und den Beschränkungen des Vereinsgesetzes unterstellt.

Es leuchtet ein, daß wir es hier mit einer Frage von der einschneidendsten Wichtigkeit für die politische und soziale Entwicklung unseres öffentlichen Lebens zu thun haben. In politischer Beziehung beruht das parlamentarische Leben auf dem lebendigen Zusammenhange der Fraktionen im Parlament mit den Parteien im Lande. Wie ein parlamentarisches Leben möglich sein soll, wenn den Parteien im Lande verboten wird, einen Vorstand zu haben, der mit einzelnen Vereinen in Verbindung tritt, ist gar nicht abzusehen. Für die sozialen Reformen unserer Zeit stehen sich heute verschiedene Auffassungen gegenüber, von denen die eine eine gesteigerte Staatsbetheiligung, die andere mehr private Initiative verlangt. Aber beide bedürfen für die Verwirklichung ihrer Anschauungen einer Zusammenfassung vorhandener Kräfte, sei es nun, um Staats-Maßregeln vorzubereiten, sei es, um private Verbesserungen durchzuführen. Wenn die Polizei das Recht behielte, jedes gemeinschaftliche Handeln mehrerer Personen unter das Vereinsgesetz zu stellen, so würde hierin eine gleich große Gefahr für die Anhänger aller sozialen und politischen Richtungen zu erblicken sein.

Alles dies führt zu der Nothwendigkeit, den Versuch zu machen, den Begriff des „Vereins“ fester zu umgrenzen, als dies bisher in Gesetzgebung und Praxis geschehen ist. Die Gesetzgebungen haben bisher eine authentische Auslegung dieses Begriffs nicht für erforderlich gehalten; auch der Entwurf des neuen bürgerlichen Gesetzbuches setzt den Rechtsbegriff eines Vereins als bekannt voraus. Die Terminologie des preussischen Landrechts spricht von Gesellschaften und unterscheidet unter ihnen erlaubte und unerlaubte, mit Korporationsrechten versehene und nicht versehene. In der neuen Gesetzgebung wird die Bezeichnung „Gesellschaft“ oder „Genossenschaft“ gewöhnlich auf solche Personen-Mehrheiten beschränkt, welche sich zum Zweck eines Erwerbes zusammengethan haben, während bei anderen die Ausdrücke Vereine, Versammlungen und Verbindungen gebraucht werden. Allgemein wird bei allen diesen Mehrheiten das Vorhandensein eines gemeinsamen Zweckes gefordert, welcher bei Verbindungen und Vereinen ein dauernder, bei Versammlungen nur ein vorübergehender, durch die Versammlung selbst erledigter Zweck ist.

So hat das Reichsgericht 2. Senat in seiner Entscheidung vom 2. November 1888 (Entscheid. Bd. 18, S. 172) ausdrücklich folgende Begriffsbestimmung für richtig und ausreichend gehalten.

„Ein Verein ist jede dauernde Vereinigung mehrerer Personen zur Verfolgung bestimmter gemeinschaftlicher Zwecke unter einer Leitung.“

Und ähnlich erklärt der 3. Senat in der Entscheidung vom 22. September 1890 (Entscheid. Bd. 21, S. 73) eine Personen-Mehrheit für eine Versammlung dann, wenn dem durch das äußerliche Zusammensein bedingten äußeren Bande eine auf gemeinsamen bewußten Zwecken und Zielen, also auf gemeinsamen Willen beruhende innere Vereinigung hinzutritt. Verein und Verbindung soll sich alsdann von der Versammlung dadurch unterscheiden, daß bei jenen die Personen-Mehrheit es auf dauernde Ziele abgesehen hat und daß das organische Band der Regel nach auch äußerlich durch eine Organisation verdeckt sein wird.

Es liegt aber auf der Hand, daß diese Begriffs-Merkmale das Wesen des Vereins nicht erschöpfen, und zwar um so weniger, als das Reichsgericht selbst von der als Regel verlangten Organisation vielfach abgesehen und eine sogenannte stillschweigende Organisation, ja selbst einen Beitritt zu einem derartig stillschweigend organisierten Verein durch konkludente Handlungen

unter Umständen als ausreichend angesehen hat. Dabei kann leicht der Fall eintreten, daß jemand erst durch die Auflösung eines derartigen Vereins davon Kenntniz erlangt, daß er bestanden hat und er selbst dessen Mitglied gewesen ist, oder daß er diese Kenntniz überhaupt nicht erlangt.

In der That giebt es dauernde Vereinigungen mehrerer Personen zur Verfolgung bestimmter gemeinschaftlicher Zwecke unter einer Leitung, welche niemand für Vereine erklären wird. Dem Wortlaut nach paßt die Begriffsbestimmung auch auf die Familie, welche die dauerhafteste Vereinigung mehrerer zu höchst stichtlichen gemeinsamen Zwecken unter einer Leitung darstellt, oder doch darstellen sollte; jedenfalls paßt sie dann, wenn die Familienmitglieder erwachsen sind. Sie würde ebenso anwendbar sein auf jedes Beamtenkollegium, auf jede mehreren gemeinschaftlich a-vertraute Privatverwaltung, auf jeden aus mehreren Personen bestehenden Vorstand einer Erwerbs-Gesellschaft u. s. w. Die Bestimmung des § 2 der Verordnung vom 11. März 1850, welche kirchliche und religiöse Vereine unter Umständen von der Unterwerfung unter das Gesetz ausschließt, würde, wenn die reichsgerichtliche Auslegung des Begriffs „Verein“ ausreichend ist, diese Konsequenzen weit eher befristigen, als beseitigen. Ja der eigene Vorstand eines Vereins selbst fällt, wenn er aus mehreren Personen besteht, unter diese Begriffsbestimmung, und würde daher, da er mit seinem Verein gleichartig ist, durch § 8b der Verordnung gehindert werden, mit dem Verein selbst in irgend welche Verbindung zu treten.

Nach es kann nicht einmal behauptet werden, daß diese zu einem in sich widersprechenden Ergebnis führende Folgerung dem eigentlichen Sinn der Begriffsbestimmung des Reichsgerichts widerspreche. Denn in derselben Entscheidung, welche die Begriffsbestimmung entfällt, führt das Reichsgericht im Widerspuch mit der abweichenden Entscheidung des ersten Richters aus, daß es unerheblich sei, wie die zu einem Verein verbundenen Personen dazu gekommen sind, sich einen gemeinschaftlichen Zweck zu setzen, insbesondere ob sie ein von anderen als wünschenswerth bezeichnetes Ziel ins Auge gefaßt und sich angeeignet oder sich ein selbstgeschaffenes Ziel gesetzt haben, und daß es ebenso wenig entscheidend sein kann, ob die Personen durch einen Beschluß einer Versammlung und einen Wahlakt zur Vereinigung bestimmt worden sind. Die Wahl enthält nur die Aufforderung zur Verbindung, welche dadurch, daß die Aufgeföhrten Folge leisten, zur Wahrheit werde.

Der dieser Ausführung hinzugefügte Zweckmäßigkeitsgrund, daß durch die Wahlen in einer vorübergehenden Wahlversammlung ein diese Versammlungen überdauerndes Recht der Gewählten nicht begründet werden könne, und daß deshalb, wenn sie dauernde Wirksamkeit äßen, unter ihnen ein Verein als bestehend angenommen werden müsse, beweist nichts. Er verlangt für den doch rechtlich gleichliegenden Fall, daß nicht eine Mehrheit von Personen, sondern ein einziger gewählt wird, dessen Wirksamkeit die vorübergehende Wählerversammlung an Dauer übertragen soll. Er kann nach den Grundzügen der Logik nur dazu beitragen, die Dauer der Zwecke der Wählenden vom Standpunkte des Vereinsgesetzes zu prüfen, nicht aber die Gewählten zu einem Verein zu machen, wenn sie dies nicht ohnehin sind.

Man wird nicht umhin können, der Begriffsbestimmung des Reichsgerichts hinzuzufügen, daß die dauernde Vereinigung mehrerer Personen zur Verfolgung bestimmter gemeinsamer Zwecke einen Verein erst dann darstellt, wenn der Verein seine eigenen, lediglich von ihm selbst freiwillig festgesetzten Zwecke, und zwar allein und lediglich aufgrund freiwillig übernommener Pflichten verfolgt. Jeder Austrag eines anderen, der erfüllt wird, jede gesetzliche Bestimmung, welche abgesehen von dem freien Willen der Mitglieder, verpflichtet, schließt den Begriff des Vereinswillens und damit des Vereins aus. Daß auch zwischen gewählten Personen ein Verein gebildet werden kann, daß sogar die Zugehörigkeit zu einem Verein von der Voraussetzung einer solchen Eigenschaft abhängig gemacht werden kann, wird damit nicht ausgeschlossen; immer aber muß der Verein einen eigenen selbstgewählten Zweck haben und für Ausübung seiner Thätigkeit nicht schon anderweitig verpflichtet sein.

Hält man diese Grundzüge für richtig, so ergiebt sich ohne weiteres, daß weder der Parteivorstand, noch die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei einen Verein im Sinne des Gesetzes bilden. Denn der Parteivorstand verfolgt nicht eigene, selbstgesetzte Zwecke, sondern er ist berufen und gewählt, um die Interessen der gesamten sozialdemokratischen Partei zu wahren. Er selbst ist kein Verein; er könnte aber auch kein Vorstand sein, wenn er nicht mit Vereinen gleicher politischer Richtung in Verbindung treten könnte. Keine Partei kann eines solchen Parteivorstandes entbehren, und jede Partei ist gleichmäßig dabei interessiert, daß ihr das politische Leben nicht durch eine Auslegung des § 8b, wie die jetzt vorliegende, unterbunden wird. Aber auch die Vertrauensmänner der Partei bilden keinen Verein. Sie sehen unter sich in keiner organischen Verbindung; vielmehr einzelne unter ihnen, die nahe bei einander wohnen, in freundschaftlicher Beziehung zu einander. Eine Organisation unter ihnen besteht nicht. Als ein gemeinsamer Band läßt sich höchstens die gleiche politische Parteirichtung aufstellen, die aber nicht ausreicht, das Vorhandensein eines Vereins anzunehmen. Sie fassen weder Beschlüsse, noch verfolgen sie andere eigene Zwecke, als die ihnen durch ihre Wählerchaften aufgetragenen. Sie sind auch nicht einmal unter einem gemeinsamen Namen (wie „Kommission“ oder dergleichen) zusammengefaßt, wie es in einer kurzlich ergangenen Entscheidung des Reichsgerichts für ausreichend erachtet sein soll, um das Bestehen eines Vereins nachzuweisen. Dort soll angenommen sein, daß die Gründung einer Kommission diese Kommission schon dann zum Verein mache, wenn jedes Mitglied für sich den allen gemeinsamen Zweck verfolgt. In der That das bloße Vorhandensein einer gemeinsamen Beziehung ausreicht, so wird jeder politisch denkende und handelnde Mann, welcher die Ziele seiner Partei-Überzeugung verfolgt, dadurch Mitglied eines die ganze Partei umfassenden großen „Vereins“ und darf als solcher, damit nicht der große Verein mit kleineren gleichartigen in verbotenen Verbindung trete, keinem Spezial-Verein mehr angehören. Diese Ausdehnung des Vereinsbegriffes führt zur Vernichtung des Vereinsbegriffes überhaupt.

Je beharrlicher die Bestimmungen unseres Vereinsgesetzes nach allen Richtungen sind, und je ausdehnender die Strafbestimmungen in der Praxis ausgelegt zu werden pflegen, desto bringender ist das Bedürfniz, wenigstens die Grundlage der Anwendung dieses Rechts, den Begriff des „Vereins“ selbst klar zu legen, damit niemand in die Lage komme, unwissentlich Vereinsmitglied zu sein, um es erst zu erfahren, wenn er deshalb abgeprakt wird. Und deshalb wird auch dieser Versuch, zur Klärung des Begriffes beizutragen, trotz der noch anstehenden gerichtlichen Entscheidung, nicht verfrüht sein.

Vom Rechte der Polizei in Preußen.

Ein interessanter Prozeß des Gastwirts Wilhelm Grindel gegen den Polizeipräsidenten von Berlin beschäftigte am 10. Dezember den 1. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Verslus. Im Saale Grindel's, Brunnenstraße 188, hielt die Privat-Theatergesellschaft „Elisabeth“ am 4. November 1894 ein Vergnügen ab, das, weil es von einer geschlossenen Gesellschaft veranstaltet war, der Polizei nicht angezeigt worden war. Zwischen 8 und 9 Uhr abends fanden sich uniformirte Schulkleute ein, welche jeden Ankommenden nach seiner Legitimation (Mitgliedskarte) befragten und die nach den Angaben Grindel's sich bis 11 Uhr theils vor, theils in dem Festsaal aufhielten. Der Kläger beantragte in seiner Klage, die Anordnung dieses Verhaltens für unzulässig zu erklären. Er sah in derselben eine ortspolizeiliche Verfügung, die im Verwaltungs-Streitverfahren anzusehen sei. Der Bezirksauschuß war jedoch der Meinung, daß eine ortspolizeiliche Verfügung nicht vorliege und wies deshalb die Klage als unzulässig zurück. Vor dem Ober-Verwaltungsgericht, der Berufungsbank, vertrat Rechtsanwalt Dr. Schöps den Kläger. Der Bezirksauschuß vertrete, führte er aus, den Begriff einer Verfügung der Ortspolizei im Sinne der §§ 127 und 128 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung, wenn er annehme, die Maßregeln eines Polizeileutnants stellen eine derartige Verfügung nur insoweit dar, als der Leutnant von der vorgeordneten Behörde ausdrücklich zu denselben aufgefordert sei. Ein Polizeileutnant könne indessen innerhalb seines Reviers im Rahmen seiner Instruktion selbständig vorgehen und bestimmen, welche Versammlungen zu überwachen seien, welche nicht. Für solche Anordnungen müßte doch wohl der königliche Polizeipräsident (die Orts-Polizeibehörde) ohne weiteres eintreten. In anderen Fällen könne man zu unehörligen Konsequenzen; es könnte ja dann jeder Leutnant im Gegenstoß zu den Verfassungsrechten der Bürger in jede Privatgesellschaft eindringen, ohne daß das Publikum sich durch die Klage zu schätzen vermöchte. Abgesehen davon, habe man es ganz sicher in der frohlichen Anordnung des Vorstandes des 62. Polizeireviers mit einer ortspolizeilichen Verfügung deshalb zu thun, weil die vorgeordnete Behörde (Präsidium) auf eine Beschwerde gegen eine Reihe gleicher Maßnahmen dieselben insgesammt als „durchaus begründet“ anerkannt habe. Da in der Antwort das ganze Vorgehen des fraglichen Polizeileutnants gegen Grindel „durchaus“ gebilligt wurde, so sei in diese Anerkennung auch die Anordnung vom 4. November 1894 eingeschlossen gewesen. Und von einer bloß exekutiven Maßregel könnte nicht die Rede sein. Wenn zwei uniformirte Schulkleute sich Stundenlang aufhielten und dann gar noch abgelöst würden, komme das einer regelrechten Ueberwachung gleich; eine Ueberwachung gefelliger Zusammenkünfte geschlossener Gesellschaften sei aber nach der Praxis des Ober-Verwaltungsgerichts unzulässig. — Geheimrath Regierungsrath Schmidt glaubte seine Vertretung des beklagten Polizeipräsidenten am besten dadurch einzuleiten zu können, daß er Grindel als sozialdemokratischen Agitator hinstellte, der gemäß den Prinzipien der Sozialdemokratie sich gegen jedes Gesetz ausbäume und von jeder polizeilichen Kontrolle entbunden sein möchte. Dann meinte er, der Kläger gehöre zu denen, welche öffentliche Tanzlustbarkeiten unter dem Deckmantel von Privatfestlichkeiten arrangiren; es lägen wegen dieses Delictes noch eine große Zahl von Anzeigen gegen ihn vor. Die Revierpolizei war berechtigt, an jedem Abend festzustellen, ob eine angebliche Privatfestlichkeit nicht eine solche öffentlicher Natur ist, und nur um eine derartige Feststellung habe es sich am 4. November 1894 gehandelt, ebenso in den anderen, nicht zum Gegenstande der Klage gemachten Fällen. Daß das ganze Verfahren des Polizeileutnants sanktionirt wurde vom Präsidium, sei richtig, jedoch müsse bestritten werden, daß die Schulkleute in den Saal hineingingen und dazu Auftrag hätten. Auf Vertragen des Präsidenten sagt Schmidt, das Polizeipräsidium würde eine Observation des Festes selbst, wie sie behauptet werde, nicht gebilligt haben; gebilligt sei nur die Kontrolle. Rechtsanwalt Schöps blieb dem gegenüber bei der Behauptung stehen, daß sich die Schulkleute auch in den Saal begaben und dort aufhielten; außerdem erklärt er, die letzten Angaben des Vertreters des Beklagten ständen in Widerspruch mit dem früheren Verhalten desselben. Geheimrath Schmidt beruhigte den Anwalt hinsichtlich seiner Befürchtungen, die Polizei könnte das Privatleben unflüchtig machen, damit, daß es sich bei der strengen polizeilichen Kontrolle nur um sehr wenige, meist sozialdemokratische Gastwirthe handele, die das Gesetz durchaus nicht beobachteten wollten. — Das Urtheil des Bezirksauschusses wurde bekräftigt und die Klage als unzulässig abgewiesen. Gründe: Zum Gegenstand des Verwaltungs-Streitverfahrens könnte die Aktion des Reviervorstandes und der entsendeten Schulkleute nur insoweit gemacht werden, als sie die Anerkennung des Polizeipräsidenten erhalten habe; nur ortspolizeiliche Verfügungen seien durch die Klage angreifbar. Die Aktion der Schulkleute sei aber nach der ausdrücklichen Erklärung des Vertreters des Polizeipräsidenten nur insoweit gebilligt worden, als dieselben am Eingange des Lokals die Kontrolle ausübten, ob die in den Saal eintretenden Personen Legitimationskarten hätten oder nicht. Die vom Polizeipräsidium dem beklagten Vertreter gebilligte Kontrolle habe sich aber innerhalb des geschlossenen Rahmens gehalten. Die Polizeibehörde sei befugt, solche Kontrollmaßregeln zu treffen, wenn Grund zur Annahme vorliegt, daß mit Umgehung des Gesetzes öffentliche Tanzlustbarkeiten stattfinden. Dieser Grund habe hier vorgelegen, denn der Anwalt des Klägers selbst hätte zugestanden, daß dieser wegen eines Vergehens gegen die entsprechenden Gesetzesvorschriften schon bestraft sei. Anders würde es sich mit einer Aktion im Saale selbst verhalten; soweit Maßnahmen der Schulkleute im Saale sich möglicherweise feststellen ließen, könnten dieselben jedoch diesmal nicht vor den Verwaltungsgerichten angefochten werden, weil sie nicht die Billigung des Polizeipräsidiums erfahren hatten.

Dies Urtheil mit seinen Begleiterscheinungen bildet eine prächtige Illustration der Bedeutung, die vielfach noch dem Oberverwaltungsgericht als einer Schutzstätte vor allzufrühen Polizeimaßnahmen beigelegt wird.

Soziale Rechtspflege.

Gewerbegericht. Die Wälschein R., welche am Monats-schluß ihre Stellung bei der Postiers-Kröner aufgeben wollte, verlangte von derselben die nöthige freie Zeit, sich nach einer anderen Stellung umzusehen. An einem Tage wurde ihr dies auch erlaubt; sie hatte jedoch kein Glück bei der Auffindung ihres Vorhabens und hoffte, am nächsten Tage ihre Bemühungen fortsetzen zu können. Die Erlaubnis dazu wurde ihr aber verweigert. Das Mädchen, das die in Diensthofentzweifeln weitverbreitete Ansicht theilte, sich mindestens dreimal während der Arbeitszeit nach einer anderen Stellung umzusehen zu dürfen, glaubte sich nunmehr bei der Polizei über Frau R. beschwerten

Lederpreise gefallen!

Lederpreise gefallen! Schuhwaren verkaufe von heute ab zu alten spottbilligen Preisen

unter Garantie der Haltbarkeit durch Garantiescheine, die Jeder beim Einkauf erhält.

Herrenstiefel.

Rossleder-Zugstiefel, genagelt, Handarbeit 5,50 M.
 Dieselben auf Rand genäht. 6,75 M.
 Dieselben, glattes Oberleder oder mit Befah und durchlöcher Kappe, Handarbeit 7,90 M.
 Kalbleder-Zugstiefel auf Rand genäht, Handarbeit 9,25 M.
 Spiegelrossleder-Zugstiefel ohne Seidenmaht eigen. Fabrikat, Handarbeit, genagelt 7,75 M.
 Dieselben weniger voll im Spiegel 6,- M.

Spiegelrossleder-Zugstiefel, ohne Seitennaht mit aufgelegter Doppel-Sohle, genagelt, Handarbeit, eigenes Fabrikat . . . 8,75 M.
 Spiegelrossleder-Zugstiefel, gewalzt aus einem Stück, auf Rand genäht, eigenes Fabrikat, Handarbeit 9,50 M.
 Kalbleder-Zugstiefel auf Rand genäht, aus einem Stück gewalzt, Handarbeit 10,- M.
 Kanya-Jagd-Stiefel mit 32 cm hohem Schaft, durchweg warm gefüttert 13,50 M.

Damenstiefel.

Rossleder-Hauschuhe, aufgeschuitten, genäht 2,90 M.
 Rossleder-Schuhrschuhe, genäht. . . 4,10 M.
 Dieselben genagelt 3,80 M.
 Rossleder-Zugstiefel auf Rand genäht, mit oder ohne Lackspitze, 6" hoch im Zuge, zu 5,90 u. 6,90 M.
 Satin-Kalbleder-Zugstiefel in vorstehender Ausführung 7,75 u. 8,75 M.

Glacé-Zugstiefel in vorstehender Ausführung 8,25 u. 9,25 M.
 Rossleder-Knopfstiefel auf Rand genäht, aufgenähte Knopflöcher, verzierte Epithlappe 7,25 M.
 Satin-Kalbleder-Knopfstiefel in derselben Ausführung 9,- u. 10,25 M.
 Glacé-Knopfstiefel in derselben Ausführung 9,50 u. 10,75 M.

Größere Auswahl, sowie Kinderstiefel und Filzwaren jeder Art zu bekannt billigen Preisen am Lager!

Frankatur beim Versandt, der gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages geschieht, ausgeschlossen. — Nichtkonventures nehmen im Originalzustande zurück. — Das Maß bitte durch Versehen eines genau passenden Stabes in den getragenen Stiefel festzustellen und in Zentimetern angeben. — Jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag erhält jeder Käufer 5 Pfennige pro Mark zurück!

Jacques Raphaëli, Berlin C., Neue Promenade 8, gegenüber Stadtbahnhof „Börse“.

Sonntag bis 7 Uhr geöffnet! Sonntag bis 7 Uhr geöffnet!

Alle freundlichen Leser werden hierdurch auf mein Seite 4, 1. Beilage erscheinendes Cigarren-Zusatz hingewiesen.

Lederpreise gefallen!

Charlottenburg.

Berliner-straße 49a. **Herm. Laskau Nachf.,** Scharren-straße 1.

Inh. A. Spiro

Barbo, Meter von 42 Pf. an	Beizenge, Meter von 25 Pf. an	Fäuserstoffe, Meter von 40 Pf. an
Reinw. Jaquard, " 70 "	Inletts, " 42 "	Witraged, " 15 "
" Chevots, " 110 "	Beisfedern, Pfd. 60 "	Gardinen, " 30 "
" Cachemires, " 70 "	Schladdecken, Eid. 190 "	Portiären, " 65 "
Ein großer Posten	Cattun, Meter von 27 Pf. an	
do.	Woll-Mousline, " 80 "	
do.	Unterröcke, Stück " 100 "	
do.	Kopf-Shawls, " 85 "	
do.	Tändel-Schürzen, " 15 "	

Weiss-Wäsche für Herren und Damen in großer Auswahl. Fertige Herren-Confection zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.



R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passender Kräutern abdestilliert, befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Karol Weil's Lanolinseife schon

die Haut und erhält sie mild und zart. Preis 10 Pfg. Ueberall käuflich. Nur echt mit unserer Firma. 8804L*

Glühwein-Extrakt,

hochfein & literfläsch 1,80 M., 5 literfläsch 8 M. infll.
 Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, & Extr. 1,60 M., 5 Extr. 7,50 M.
 Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch & Extr. 3,50 M.
 Cognac fine Champagne, Orig.-Fl. 1/4 ltr. infll. 3,50, 4,50, 5,50 M.
 Echt Jamaica-Rum und Verschnitt Extr. 2,10, 2,50, 3,10 M.
 Rum No. 3, Junitation, & Extr. 1,10 M., 5 Extr. 5 M. infll.
 Medicin. Ungarwein, 1/2 Ausbruch, beste Qualität, Extr. 2,10, 5 Fl. 9,25.
 Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzügl., Extr. 1,30 M.
 Stachelbeerwein Fl. 1 M. Heidelbeerwein Fl. 75 Pf.
 Johannisbeerwein, herb. Fl. 60, infll. 75 Pf. Ananas-Bowle Fl. 60 Pf.

Eugen Neumann & Co.

6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81.
 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: Potsdam, Waisenstr. 27.
 R. Buske (Seefeld) früher Ratier Wilhelmstraße 18 M., 2. Eing. Grenadierstraße 33.
 Grosse u. kleine Säle, mehrere Vereinszimmer, Kegelbahnen, Billard. 13821E*

Sophistoffe
 in Resten
 in Ripa, Damast, Cröpe, Phantase, Gobelin und Plüsch spottbillig!
 Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
 Berlin S., Oranienstraße 158.
 Emil Lefèvre, Arbeitsanjüge W. Pahr, Brunnenstr. 112

Fritz Wilke,
 Andrastr. 26, (8907L* (nahe Schlef. Bahnhof) empfiehlt sein
Restaurant,
 sowie Saal für 200 Personen, Vereinszimmer, Kegelbahn und Fremden-Logis.
 Telefon: Amt VII, Nr. 8459.

Neues Klubhaus
 72 Kommandanten-Strasse 72. Sonnabend, den 30. November, 7. u. 14. Dezember, sowie Sonntags noch Säle frei. 1181b

R. Buske (früher Seefeld)
 Grenadierstr. 33
 Säle mehrere Sonnabende noch frei.

Th. Boltz' Festsäle,
 S., Alte Jakob-Strasse 75. Amt I, 1082. 8813L*
 Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen.

Säle zu Festlichkeiten u. Versamml. mientgeltl. Alexandr. 27c.
 Weiß- und Vairisch-Bier-Local, Fremden-Logis.
 8963E* Timrod, Infest. 1.

Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise
 Sämtliche Fabrikations-Utenilien.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Bitte lesen Sie!

Da ich große Posten auf Auktionen sehr billig gekauft habe, empfehle ich jedem Genossen, der seinen Bedarf an

Winter-Baletots,

Anzüge, Mänteln, Joppen, einzelnen Jaquets, Hosen, Westen, ferner Arbeitsanzüge billig und gut kaufen will, mein bekanntes reichhaltiges Lager von Herren- und Knaben-Garderoben aller Art zu enorm billigen Preisen.

A. Wergien,
 Schneidermeister, 8515L*
 127 Skalitzerstraße 127.
 Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Kaufen Sie nicht

anderwärts, bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei mir die „billigste Bezugsquelle für Hüte“ ist, und nur streng reelle Waare bei reichhaltigster Auswahl geföhrt wird!

Herrenhüte steif und weich 2,- 2,50 3,- 3,50
 do. in 8. Haarfl. 2,- 2,50 3,- 3,50
 do. in Loden 1,25 1,50 1,75 2,- 2,50
 Kinderhüte 1,- 1,25 1,50 2,- 2,50
 Confermandenhüte 1,- 1,25 1,50 2,- 2,50
 Cylinderrhüte 1,- 1,25 1,50 2,- 2,50
 im Fabrikantenteil bei **Oscar Arnold**
 am Oranienplatz
Dresdenerstr. 116 (kein Laden).

Kontrollmarken-Hüte zu sehr billigen Preisen.

14. Brunnen-Strasse 14.
Billigste Bezugsquelle
 für
 Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaren
 im Spezial-Geschäft **Lust & Co.**
 14. Brunnen-Strasse 14.
 Berlin N. 8764L*
 Bei Bestellungen von 3 M. an franco Versand, auch nach den Vororten. Nach ausserhalb franco Bahnhof Berlin bei freier Verpackung.
 Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

Hackescher Markt 4. Promenade. J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse.
 Der **Weihnachts-Ausverkauf** ist eröffnet.
Teppiche! Gardinen! Portiären!
Steppdecken! Leinenwaren!
Fertige Wäsche!
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Bezirks-Versammlung
für **Wedding und Gesundbrunnen**
am Sonntag, den 15. Dezember, vorm. 10 Uhr,
in **Raabe's Salon, Kolbergerstraße Nr. 23.**
Tages-Ordnung:
1. Sollen die Organisationen Kampfes-Organisationen oder
Unterstützungs-Organisationen sein? Referent: Genosse Näther.
2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen folgender Werkstätten sind zu dieser Versammlung eingeladen:
Neup. Neue Hochstr. 24; **Aurth.** Neue Hochstr. 8; **Hörs.** Reinstraße 45;
Pinsche. Wolfstr. 12; **Mair.** Schulzendorferstr. 26; **Poff.** Schulzendorfer-
straße 26; **Fiebig.** Chausseest. 52; **Holdenbauer.** Alderstr. 58.
Der obengenannten Werkstätten sowie jedes organisierten Kollegen Pflicht
ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Vertrauensmänner-Versammlung
für **Wedding und Gesundbrunnen**
am Montag, den 16. d., ab 8 1/2 Uhr, in **Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23.**
Tages-Ordnung:
Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Branche der Parquetbodenleger.
Versammlung
am Sonntag, den 15. Dez., vorm. 10 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44.
Tages-Ordnung:
Die Lohnreduzierung der Firma Kampmeyer.
Es ist Pflicht sämtlicher Bodenleger, in dieser Versammlung zu erscheinen.
79/10 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein.
Sonntag, den 14. Dezember 1895, abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wahl des gesamten Vorstandes für das Jahr 1896. 198/14
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Bauanschläger Berlins.
Oeffentl. Versammlung
am Sonntag, den 15. Dezember 1895, vormittags 10 1/2 Uhr,
bei **Buste, Grenadierstraße Nr. 53.**
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Nothwendigkeit der Organi-
sation. Referent: Genosse **Jahn.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
33/12 Der Einberufer: **Alb. Vergau, Friedenstr. 81.**

Achtung, Zimmerer!
Sonntag, den 15. Dezember 1895, vormittags 10 Uhr,
in der **„Berliner Ressource“**, Kommandantenstr. 57:
Oeffentl. Versammlung d. Zimmerer
Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Platzdeputierten über das im nächsten Jahre ge-
plante Sammelwesen zur Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Be-
richt und Neuwahl des Delegierten der Gewerkschafts-Kommission. 3. Ver-
chiedenes.
236/19 Der Vertrauensmann der Berliner Zimmerer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin Osten.
Sonntag, den 14. Dezember 1895, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
bei **Wille, Andreadstraße Nr. 26.**
Tages-Ordnung:
1. Kasfenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Vortrag des
Genossen **Sauschle** über: „Kampf ums Dasein“. 4. Diskussion und Vereins-
angelegenheiten. — Um pünktliches Erscheinen ersucht
114/14 Die Ortsverwaltung.

Achtung. Achtung.
Große öffentliche Versammlung
der auf Holz- und Kohlenplätzen beschäftigten Arbeiter und
Kutscher Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 15. Dezember 1895, abends 6 Uhr,
bei **Köllig, Neue Friedrichstr. 44.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Frau **W. Greisenberg** über: Die wirtschaftliche
Lage und der Zweck der Organisation. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Ver-
trauensmanns. 4. Verschiedenes. Der Einberufer.
Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Freunde und Gäste sehr willkommen. — Aufnahme neuer Mitglieder. —
Frauen haben Zutritt. 42/7

Friedrichsberg.
Sonntag, den 14. Dezember 1895, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentl. Volks-Versammlung
in **Spizig's Salon, Frankfurter Allee 193.**
Tages-Ordnung: 223/1
1. Vortrag über: „Hausindustrie, Schwelgerei und Arbeiterschutz“.
Referent: Genosse **J. Timm.** 2. Diskussion. Der Vertrauensmann.

Cöpenick.
Oeffentliche Versammlung des Sozialdem.
Arbeiter-Vereins
am Dienstag, den 17. Dezember ev., abends 8 Uhr, im Vereinslokal
des Herrn **A. Schulz, Schönerlinderstraße.**
Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen **A. Hoffmann** über:
Glaube und Vernunft. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 7/9
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und Freunde unserer Sache
ersucht Der Vorstand.

Achtung!
Militärmützen - Arbeiter
Berlins!
Sonntag, 14. Dez., abends 8 1/2 Uhr,
bei **Köllig, Neue Friedrichstr. 44:**
Gr. öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen wir uns zur Gründung
eines Streikfonds? 2. Gewerkschaft-
liches. 3. Verschiedenes.
17496 Der Vertrauensmann.

Orts-Krankenkasse d. Schneider,
Schneiderinnen u. verw. Gew.
zu Berlin.
Die Arbeitgeber werden hierdurch
zu den am
20. Dezember 1895, Abds. 8 Uhr,
im Neuen Klubhaus, Kommandanten-
straße 72, stattfindenden
Vertreterwahlen pro 1896
ergerbenst eingeladen.
Tages-Ordnung:
Wahl von 100 Vertretern aus den
Reihen der Arbeitgeber. § 49 d. Statuts.
Anmeldebuch der Arbeiter dient als
Legitimation.
Um 9 Uhr finden in demselben
Lokale die
Vertreterwahlen
der Kassennmitglieder pro 1896
statt, wozu dieselben ergerbenst ein-
geladen werden. 1752b

Vertreterwahlen pro 1896
Tages-Ordnung:
Wahl v. 240 Vertretern aus d. Reihen
der Kassennmitglieder. § 49 des Statuts.
Das Kassennbuch dient als Legitimation.
Berlin, 13. Dezember 1895.
Der Vorstand:
F. Mathis, Vorsitz., C. Schröder,
An der Schriftföhrer,
Jerusalem. Kirche 3. Belleall.-Str. 71a.
Am 15. Dezember erscheint:
Staatssozialismus
und Anarchismus 1750b
in wie weit sie übereinstimmen
und worin sie sich unterscheiden.
Von **Benj. R. Tucker.**
Preis 20 Pf.; gegen Einsendung:
franko Zusendung. Durch alle Buch-
handlungen zu beziehen und vom Verlag
B. Bad, Berlin SO., Oppelnerstr. 45.

Kinderwagenbazar Max Brinner
Jerusalemstr. 42 u. Brunnenstr. 6.
Großer Puppenwagen-Weihnachts-
Ausverkauf, außerordentlich billig.
(von 1,70 M. an).

Achtung, Steinmetzen!
Sonntag, den 15. Dez., in **Cohn's Festsälen, Beuthstr. 21:**
Innungs-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Meister zum Achtstundentag und Regelung des
Tarifs? 2. Verschiedenes. 172/14
Der Gesellen-Ausschuss.

!Stuckateure!
Sonntag, den 15. d., vorm. 10 Uhr, in **Cohn's Festsälen, Beuthstr. 21:**
Grosse öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Welche Forderungen stellen die Stuckateure zu den kommenden
Arbeiten? 2. Verschiedenes. 171/11
Kollegen! Erscheint alle, um Euch auszusprechen, damit nicht Beschlässe
gefasst werden, die Eurer Ansicht nicht entsprechen, was nachher gern anderen
in die Schuhe geschoben wird. Die Vertrauensleute.

Freie Vereinig. d. Bauarbeiter Berlins.
Sonntag, den 15. Dezember, vorm. 11 Uhr,
im Lokale des Herrn **Kranz, Gadenstraße Nr. 12:**
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Heudeck** über: „Ländliche Arbeiter“. 2. Dis-
kussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 81/8
Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um regen Besuch ersucht Der Vorstand.

Soeben Arbeiter-Verkehrs-Almanach für Berlin und
Umgebung.
Winter-Ausgabe 1895/96. Mit einem Plan von Berlin. Preis 20 Pf.
Enthaltend die neuesten Fahrpläne, Adressen der Organisationen u. s. w.
Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-
pediteure, sowie vom Verlage: **Hans Baake, Berlin S., City-Passage**

Arbeiter, Parteigenossen!
Die ausgesperrten **Schuhmacher Burgs** haben hier
Anvalidenstr. Nr. 112, Ecke Chausseestraße,
eine **Verkaufsstelle** errichtet und führen nur gute und reelle Waare zu
billigsten Preisen.
Wir bitten die Genossen, uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.

Bürger Genossenschafts-Schuhfabrik.
Musik-Instrumente.
Größtes Lager in Zithern, Violinen,
Gitarren, Mandolinen, Harmonikas von
den größten bis kleinsten. Album mit
Musik, sowie sämtliche Musikwerke zum
Drehen und selbstspielend empfiehlt
Aug. Kessler, Lanfängerstr. 32.

Muffen erregend billig u. gut
offerire ich ein durch eigenhümlige Veranlassung erstandenes Lager von zirka
80 000 M. Herren- und Knaben-Garderobe.
Die Waare ist durchweg auf das **peinlichste** — sauber — wie nach Bestellung gearbeitet und übernehme ich
wie bei all' meinen Artikeln für die Güte durch gedruckte Garantiescheine volle Garantie. Die Stoffe
bestehen aus deutschen, englischen und französischen hervorragenden guten Fabrikaten, keine Schundwaare.
für **Weihnachtsgeschenke** passend, in elegantester Ausführung zu 8,75, 11,—,
Schlafrocke, 14,—, 17,50, 24,— bis 36 M.
Herren-Jaquet-Anzüge, ein- und zweireilig, zu 12,50, 15,—, 17,50, 20,—, 22,—, 24,— bis 35 M.
Ramngarn-Jaquet- und Rock-Anzüge, einreilig, zu 25,—, 27,—, 30,—, 32,—, 34 bis 45 M.
Ramngarn-Gehrock- oder Gesellschafts-Anzüge, zweireilig, zu 28,—, 33,—, 38 bis 45 M.
Elegante Fracks aus schwarzem Grois, mit Seidenfutter, peilich sauber ausgeführt, zu 25, 30 u. 35 M.
Valetots in allen Farbenstellungen, deutschen und englischen Façons, zu 9,—, 11,50, 13,50, 15,—, 18—30 M.
Ältermäntel mit Pelervinen zu 22,—, 24,—, 28,—, 32 bis 40 M.
Hohenherren-Mäntel aus Dostin m. Samafutter u. zu 24 bis 34 M. (aus schlechterer Qualität auch schon
für 18 M. herzustellen).
Hohenzollern-Mäntel m. Stoffreicher, einnäthiger, abknöpfbarer Pelervine — aus rein wollenem
Dostinm. schwerem reinwollenem Samafutter zu 42 Mark;
begleichen in blau und schwarz zu 48 M.
Boisermäntel m. Cart, Mufftaschen u. warmem Plaidfutter zu 17,50 bis 25 M.
Cart Mufftaschen u. warmem Futter, zu 7,50,
acht bayerische Lodenjoppen 8,75, 9,75 bis 18 M.
Beinkleider von Cheviot, Ramngarn, Velour, Burkin und sonstigen guten wollenen dauerhaften Stoffen,
tabellos sitzend, zu 3,75, 4,50, 5,—, 5,50, 6,—, 7,—, 7,50, 8,50 bis 13 M.
Einzelne Jaquets und Westen in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.
Arbeitsachen von dauerhaftem Material, in gediegenster Näharbeit sind in großer
Auswahl am Lager, wovon ich die gangbarsten Artikel nachstehend auf-
führe: **Zwirnhosen** 1,85, 1,90, 2,25, 2,50, 2,75, 3,50 M. **Englisch Lederhosen** zu 2,50, 3,—, 3,75, 4,50
und 5 M. **Gestreifte engl. Lederhosen** 2,80, 3,50, 4,50 M. **Weiße englisch Lederhosen** 3,50 und 4,50 M.
Zwirnjackets mit und ohne Futter 2,75, 3,50 und 4 M. **Englisch Lederjackets** mit Futter 7,25, 8,50
und 9,75 M. **Blaue Maschinen-Blusen** zu 1,80 M., beagl. Posen 1,70 M.
Knaben-Anzüge für das Alter zwischen 3—8 Jahren in verschiedenen Stoffen und Façons zu 2,50, 3,—,
3,50, 4,—, 4,50 bis 11 M.
Knaben-Anzüge für das Alter zwischen 8—13 Jahren mit kurzen oder langen Hosen zu 7,50, 8,50 bis 13 M.
Burschen-Anzüge für das Alter zwischen 13—18 Jahren zu 10,50, 12,50, 14,—, 15 bis 25 M.
Knaben-Pelervinen-Mäntel für das Alter zwischen 3—8 Jahren zu 4,—, 4,50, 5,— bis 9,50 M.
Knaben-Pelervinen-Mäntel für das Alter zwischen 8—13 Jahren zu 6,—, 7,—, 8,—, 9,— bis 12 M.
Burschen-Pelervinen-Mäntel für das Alter zwischen 13—18 Jahren mit warmem Futter zu 11,50, 13,—,
15,— bis 25 M.
Maßbestellung! Reichste Auswahl in Stoffen, für beste und schnellste Arbeit wie nobelsten
Sich wird garantiert. **Gehandelt wird nicht!** **Me** war
ich in der Lage, gute Qualitäten so billig zu verkaufen; bin auch zum theil durch den im
Januar stattfindenden Anzug hierzu gezwungen.

Jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag
erhält jeder Käufer 5 Pfennig pro Mark zurück.
Jacques Raphaëli, Berlin,
Fabrik für Cigarren, Schuhe und Stiefel. Herren-Garderob., Liköre. **Größtes und**
ältestes Versandhaus der Residenz. Hauptgeschäft: **Neue Promenade 8,**
gegenüber Stadtbahnhof „Börse“. Zweiggeschäft: **Spandauer Brücke 2.**
Sämmtliche Abtheilungen meines Etablissements sind
Sonntag bis 7 Uhr abends geöffnet.
Mein Inserat Schuhe und Stiefel betreffend, siehe Seite 3, 2. Beiblatt.
Cigarren betreffend, siehe Seite 4, 1. Beiblatt.